

Hierauf ergreift namens des Parteivorstandes das Wort

Auer: Ich glaube wohl, im Namen aller Delegierten zu sprechen, wenn ich zunächst meinem Vorredner für die freundlichen Begrüßungsworte herzlich danke. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist der erste Kongreß, den die sozialdemokratische Partei Deutschlands in Bayern abhält. Die Gestaltung des Vereinsgesetzes hat uns bisher daran verhindert. Diese Hindernisse sind nun gefallen, und allgemein herrschte das Bestreben, in diesem Jahre nach München zu kommen. Jetzt sind wir hier und wir sind überzeugt, daß sich dieser Parteitag würdig seinen Vorgängern anreihen wird. Wichtige Aufgaben haben wir zu bewältigen. Wir haben uns vor allem mit der nächsten Reichstagswahl zu befassen. Mit Ernst und Sachkenntnis — das darf ich wohl aussprechen —, gestützt auf frühere Erfahrungen, wird auch diesmal die Tagesordnung erledigt werden. Gewiß, es werden Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck kommen, aber sie werden in einer Art und Weise zum Austrag gebracht werden, wie sie sich unter Genossen, unter Freunden, unter Personen, die denselben Zielen zustreben, gesiebt. Und dem gleichen Ziele, der Emancipation der Arbeiterklasse, streben wir ja alle zu, wenn auch der eine oder der andere in konkretem Falle, in einem bestimmten Punkte anderer Meinung sein kann. In der Erwartung, daß die Verhandlungen des Parteitages ebenso erfolgreich für unser Parteileben, für die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland sein mögen wie die seiner Vorgänger, erkläre ich im Namen des Parteivorstandes den Parteitag für eröffnet. (Lebhafte Beifall.)

Es folgt nun zunächst die Wahl des Bureaus. Auf Vorschlag **Mollenbuchs** werden **Singer** und **Vollmar** zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten einstimmig gewählt.

Singer übernimmt den Vorsitz und dankt zugleich im Namen **Vollmars** herzlich für die ihnen erteilte Ehre. Wir hoffen, daß uns in unserer Leitung der Verhandlungen die Unterstützung der Delegierten nicht fehlen wird und daß, wenn wir auch nicht gewohnt sind, miteinander durch die Blume zu sprechen (Redner weist dabei auf den vor ihm stehenden großen Blumenstrauß — Heiterkeit), doch dieser Strauß ein schönes Zeichen dafür sein wird, daß unser Parteitag nach wie vor die Einigkeit der Partei konstatiert, und daß wir später mit dem Bewußtsein auseinandergehen können, ein gut Stück Arbeit für den Fortschritt der deutschen Sozialdemokratie geleistet zu haben. (Lebhafte Beifall.)

Zu Schriftführern werden gewählt: **Burkhardt**=Jittau, **Ernst**=Berlin, **Frau Greifenberg**=Augsburg, **Reil**=Stuttgart, **Reiß**=Köln, **Kau**=Mühlheim, **Stubbe**=Hamburg, **Thomas**=Altona, **Witti**=München.

Zu Mitgliedern der Mandatsprüfungs-Kommission, die zugleich Kommission zur Vorberatung der dem Parteitag zugehenden Beschwerden ist, werden gewählt: **Böhle**=Straßburg, **Ebert**=Bremen, **Hengsbach**=Köln, **Säcker**=Augsburg, **Schöpplin**=Leipzig, **Stücken**=Altenburg, **Frau Thiel**=Kempelhof, **Veters**=Gießen, **Wolderski**=Berlin.

Der Parteitag giebt sich hierauf eine Geschäftsordnung. Der vorliegende Entwurf der Geschäftsordnung, der derselbe ist wie bei allen bisherigen Parteitagen, wird debattelos angenommen.

Als tägliche Tagungsbauer des Parteitages wird die Zeit von 9—12 und 1/3—7 Uhr festgesetzt.

Der Parteitag schreitet nunmehr zur Festsetzung der Tagesordnung.

Hierzu liegen außer der vom Parteivorstande vorge schlagenen provisorischen Tagesordnung die Anträge 1—5 vor.

Singer Ich glaube zur Abklärung der Verhandlungen beizutragen, wenn ich Ihnen mitteile, daß im Parteivorstand die Absicht herrscht, zu geeigneter Zeit eine preussische Konferenz zur Beratung unserer Taktik bei den preussischen Landtagswahlen einzuberufen. Dadurch erkräftigen sich vielleicht, wenn der Parteitag derselben Meinung ist wie ich, die beiden Anträge 1 und 2. **Reichs-Tagordnung** zieht infolge dieser Erklärung den Antrag 3 zurück.

Die Anträge 1 und 3 wurden nicht genügend unterstützt, ebenso wenig ein verebentlich nicht in die Vorlage ausgenommener Antrag **Brandenburg-Westhaveland**, die Punkte 1—3 der provisorischen Tagesordnung an den Schluß zu setzen, sowie ein gleichfalls nicht abgedruckter Antrag der Genossen aus **Schiff**, die Stellungnahme der Partei zum Centrum näher zu präzisieren.

Zum Antrag 4 bemerkt

Singer: Es handelt sich hier um einen Eventualantrag, den wir in dieser Form gar nicht akzeptieren können. Oder ist der Antrag vielleicht so zu verstehen, daß die Wirtschaftskrisen einen besonderen Punkt der Tagesordnung bilden sollen? (Rufe: Nein!) Dann darf ich wohl annehmen, daß der Antrag erledigt ist. (Allseitige Zustimmung.) — Ferner gebe ich den Genossen aus **Bremen**, die den Antrag 5 eingereicht haben, den Rat, bei der Diskussion über das Defezat über Arbeiterversicherung eine entsprechende Resolution zu beantragen. (Zustimmung.) Damit ist also auch dieser Antrag erledigt.

Weitere auf die Tagesordnung bezügliche Anträge liegen nicht vor.

Der Parteitag genehmigt die provisorische Tagesordnung. Dieselbe lautet:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
 2. Bericht der Kontrolleure.
 3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
 4. Die bevorstehende Reichstagswahl.
 5. Arbeiterversicherung.
 6. Kommunalpolitik.
 7. Der internationale Arbeiterkongreß 1903.
 8. Rastfeier.
 9. Anträge zum Programm und zur Organisation.
 10. Sonstige Anträge.
 11. Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure.
- Damit ist die Tagesordnung der Vorberfammlung erledigt.
Schluß 3 Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 15. September. — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr eröffnet der Vorsitzende **Singer** die Verhandlungen.

Singer: Genossen, wir haben, wie stets auf unseren Parteitagen, auch diesmal die Freude, eine Anzahl Delegierter der auswärtigen Bruderparteien unter uns zu sehen. Es sind der Vertreter der österreichischen Parteileitung **Genosse Seliger**, für die parlamentarische Fraktion **Oesterreich** **Dr. Adler**, **Bernerstorfer** und **Seib**, ferner die Genossinnen **Popp**, **Pohl** und **Schlesinger** als Vertreterinnen der österreichischen Genossinnen. **Better** sind aus Oesterreich anwesend die **Genossen Abram**, **Belger** und **Silger** und **Haas** für die Tiroler Landesorganisation und für die tschechische Partei **Genosse Nemeec**. Wir sehen außerdem unter uns den **Genossen Akew** aus London für die sozialdemokratische Föderation, **Wanderwilde** aus Brüssel für die belgische Sozialdemokratie und **Giovanni Lerda** aus Genua als Vertreter der italienischen Bruder-

partei. Für den Landesvorstand der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie in der Schweiz erschienen die Genossen Ludwig Bitt und Aug. Müller aus Zürich. Ich heiße diese Genossen und Genossinnen namens der Partei herzlich und brüderlich willkommen. Die Sozialdemokratie Deutschlands ist sich stets bewußt gewesen, welche Pflichten sie gegen die internationale Partei hat. Wir rechnen es uns zur Ehre an, auf unseren Parteitag eine so reiche Vertretung der ausländischen Bruderparteien zu sehen. Wir werden in Deutschland nie vergessen, das Gefühl der Solidarität und das Band der Internationalität, das das Proletariat aller Länder umschlingt, nach Kräften zu stärken, wissen wir doch, daß gleichviel wo Erfolge errungen werden, es die Erfolge der gesamten internationalen Partei sind, und daß auch bei Mißerfolgen die gesamte internationale Sozialdemokratie mit dem Gefühl, die diese Mißerfolge erleiden. Aber auch durch Mißerfolge lassen wir uns nicht entmutigen, sie erheben uns im Gegenteil zu neuer Kraftanstrengung, bis uns endlich der Sieg beschieden sein wird. Ich heiße nochmals die auswärtigen Genossen herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Seltiger-Deplix: Zunächst herzlichsten Dank für die freundlichen Worte Singers. Die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs bringt Ihnen brüderliche Grüße und wünscht Ihren Verhandlungen besten Erfolg. Ich brauche wohl nicht zu betonen, wie eng die Bande sind, die uns verknüpfen. Wer immer, wenn die deutsche Sozialdemokratie etwas unternimmt, so find auch diesmal unsere Augen auf Euch gerichtet. Dieser Parteitag erregt in ganz hervorragendem Maße das Interesse der österreichischen Genossen. Sie stehen im Kampfe gegen den Brotwucher und werden Gelegenheit nehmen, hier die Waffen zu schmeiden, um die zu Boden zu schlagen, die die Interessen des arbeitenden Volkes verletzen. Das hat auch für uns große Bedeutung, denn der deutsche Zolltarif hat sein Echo bei uns gefunden. Es ist zwischen Oesterreich und Ungarn ein Zolltarif gegen das Ausland vereinbart, dessen Säbe an Höhe dem des deutschen Entwurfs gleichkommen. In Deutschland wird die Entscheidung fallen über den österreichischen Wuchertarif. Das österreichische Proletariat hat nicht die Waffen, die Sie im allgemeinen Wahlrecht besitzen, es kann nicht so wie Sie den Brotwucher bekämpfen. Wenn Sie in den Kampf ziehen, dann werden Sie die besten Wünsche für Ihren Erfolg begleiten, denn der Kampf, den Sie gegen die Agrarier führen, kommt auch uns zu gute. Das österreichische Agrariertum ist noch viel mächtiger und besitzt einen größeren Einfluß als das deutsche; deshalb haben wir auch ein besonderes Interesse für den deutschen Parteitag und wünschen Ihnen schon aus diesem Grunde den besten Erfolg. Sie werden in die kommende Wahlkampf ziehen, wir sind überzeugt, daß Sie den Sieg glänzend errufen werden und dieser Sieg wird auch ein Sieg sein für das österreichische Proletariat. Deshalb nochmals: Besten Erfolg! (Lebhafter Beifall.)

Kemer-Prag: Namens der tschechischen Sozialdemokratie begrüße ich den deutschen Parteitag und spreche die Hoffnung aus, daß dieser ein Markstein sein möge in der weiteren Entwicklung der proletarischen Bewegung. Wenn wir auch einer anderen Nation angehören und eine andere Sprache sprechen, so sind doch unsere Bestrebungen die gleichen. Euer Kampf ist unser Kampf. Gsch die internationale revolutionäre Sozialdemokratie. (Beifall und Händeklatschen.)

Alex-London überbringt die Grüße der Sozialdemokratischen Föderation: Das englische Proletariat bringe dem tapferen Boerenwolle seine volle Sympathie entgegen und blicke mit Abscheu auf die Niedermekelung der Frauen und Kinder durch die Engländer. (Beifall.) Die Sozialdemokratie wolle nichts von dem Imperialismus wissen. Zwanzig Jahre Propaganda bei den Gewerkschaften hätten nicht so viel vermocht wie die Weltmachtspolitik der herrschenden Klassen

und die damit verbundene Reaktion. Er wünsche den Verhandlungen besten Erfolg. (Beifall.)

Händler-Brüssel, dessen französische Ansprache von Gen. Zeitlin übersetzt wird, dankt für die Begrüßungsrede Singers nicht nur als Vertreter der belgischen Partei, sondern auch der Sozialisten französischer Junge überhaupt. Ich bedauere, daß ich nicht in deutscher Sprache auf die Bewillkommung des Vorstehenden antworten kann. Die Sprachunterschiede bilden leider vielfach ein Hindernis, das sich der Verständigung der Sozialisten aller Länder entgegen stellt. Ich bin hierher gekommen, um eine Pflicht der Dankbarkeit zu erfüllen, die ich als Vertreter der belgischen Sozialdemokratie gegenüber der deutschen Sozialdemokratie empfinde. Vor wenigen Monaten hat die belgische sozialdemokratische Partei einen ihrer schmerzlichsten, furchtbarsten Augenblicke erlebt. Die Partei stand in einem schweren Kampfe um die Eroberung des gleichen Wahlrechts. Dieser Kampf richtete sich nicht bloß gegen die liberale Reaktion, sondern auch gegen den belgischen Liberalismus. Die Anhänger der Partei stützten auf den Strafen, die Gefängnisse füllten sich mit Opfern, Hilfe war dringend nötig. Wenn heute die Witwen der Gemordeten nicht Not leiden, wenn die Familien der Eingekerkerten gegen die bitterste Not geschützt sind, so ist das wesentlich der thätkräftigen Unterstützung der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie zu danken. Der Kampf um die Eroberung der politischen Gleichberechtigung des Proletariats ist zwar vorläufig unterbrochen, aber nicht beendet, und wird von der sozialistischen Partei Belgiens mit aller Energie und allem Opfermut bis zum endgültigen Siege durchgefochten werden. Auch nach der Niederlage steht die belgische Partei einheitslich und zielfest da. In die Niederlage wurden von den Gegnern überschwingliche Hoffnungen auf eine Zersplitterung gesetzt. Die belgischen Genossen sind aber mit der gleichen leidenschaftlichen Begeisterung wie früher in den Wahlkampf eingetreten. Nicht ein Sonntag ist verfloßen, an dem nicht ein Volkshaus eröffnet worden ist. Wenn auf dem bald darauf stattgehabten Kongreß auch Meinungsverschiedenheiten über die Taktik des Kampfes hervorgetreten sind, so war man doch darüber einig, daß der Kampf bis ans Ende durchgeführt werden müsse. Es hat mich überrascht, hier von Genossen Kautsky zu hören, es habe sich innerhalb der belgischen Partei eine Spaltung vollzogen. Diese „Spaltung“, von der in den Zeitungen die Rede gewesen ist, bestand nur in einer kleinen lokalen Zersplitterung im Dorfage, die dadurch entstanden ist, daß ein Mann die Situation ansah, der bereits vor zwei Jahren aus der Partei ausgeschlossen worden ist. Solche falschen Prehnachrichten können das belgische Proletariat nur schädigen und kompromittieren. Meinungsverschiedenheiten giebt es auch, wie gestern Auer hervorhob, in der deutschen Partei, aber trotz aller Auseinandersetzungen giebt uns die deutsche Partei ein Beispiel der Einigkeit im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind. Wir alle kämpfen unermüdet für das große Ziel, die Befreiung der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.)

Roberto Loda begrüßt in italienischer Sprache (übersetzt von Genossin Zeitlin) den Kongreß als Vertreter der jungen italienischen Partei, die eben eine Krise durchgemacht hat, von der sich vielleicht noch Nachwehen bemerkbar machen werden. Aber es hat sich herausgestellt, daß die Differenzen vielmehr formeller als thätfächlicher Natur waren. Die bürgerliche Presse hat außerordentlich übertrieben. Der Kongreß von Imola hat ergeben, daß keine ernstlichen Differenzen in den ausschlaggebenden Grundfragen vorhanden sind, sondern daß es sich im wesentlichen nur um Unterschiede in der Beurteilung der taktischen Fragen gehandelt habe, in welchem Umfange die Regierung die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei haben kann. In Deutschland freilich hat es vielfach geschienen, als ob der Kongreß zu Imola nicht eine

Stätte der Beratungen, fordern eine Stätte ~~würden~~ Parteien ~~abers~~ gewesen wäre. So hat die „Frankfurter Zeitung“, die in Italien einen großen Aufgenießt, Nachrichten gebracht, als wären die Sozialisten in Triola unter einander handgemein geworden. Das ist natürlich unwahr. Derartige Meldungen bezugen nur, würde tiefe Schadenfreude die bürgerliche Welt empfinden würde, wenn thatsächlich unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten die Sozialisten auseinanderreißen würden. Als Vertreter der einzigen sozialistischen Partei Italiens kann ich der deutschen Sozialdemokratie meinen Gruß anbieten, und die junge italienische Partei bedarf, gerade weil sie jung ist, um so mehr der moralischen Unterstützung der internationalen Bruderparteien. Hoffentlich wird auch der Münchener Parteitag die Sache des internationalen Proletariats und seines Befreiungskampfes fördern. (Lebhafte Beifall.)

Müller-Büch: Ich bin zwar ein Deutscher, kann aber wohl behaupten, daß ich der internationalste Vertreter hier bin. (Heiterkeit.) Ich habe Sie zu begrüßen im Namen des Landesauschusses der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in der Schweiz. In dieser Organisation sind aber nicht nur deutsche und österreichische Sozialdemokraten vertreten, sondern auch Ungarn, Böhmen, Rumänen u. Zu der Schweiz behandelt man die Ausländer etwas anders als in Deutschland. Wenn sie auch nicht zur Wahlurne gehen dürfen, so macht man ihnen doch wenigstens keine Schwierigkeiten, wenn sie sich an der politischen Bewegung beteiligen, man weist sie deshalb nicht aus (Mise: Na, na!) Wir haben vierzig Vereine, die über die ganze Schweiz verteilt sind, die sich die Aufgabe gestellt haben, dem gehehnten Edelwild, das das Völkrecht in Anspruch nehmen muß, unter die Arme zu greifen. Leider versagt dieses Völkrecht mitunter gerade dann, wenn man es am nötigsten braucht. Zur Unterstützung dieser gehehnten Leute haben wir einen eignen Fonds gebildet. Unser Parteileben, an dem sich die in der Schweiz wohnenden deutschen Parteigenossen eifrig beteiligen, bietet ein getreues Spiegelbild der deutschen Bewegung. So erklärt sich auch das rege Interesse, das die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in der Schweiz dem gegenwärtigen Parteitag entgegenbringen. Neben vielen Allen, die schon seit langen Jahren für uns gekämpft haben, kämpfen bei uns auch viele Jüngere, die meist nur vorübergehend bei uns sind. Sie haben da Gelegenheit, die Demokratie kennen zu lernen, sie sehen, wie bei uns der Kapitalismus genau so brutal ist wie in Deutschland, und daß es gleichgültig ist, ob er sich als Absolutismus oder Demokratie geberdet. Während man früher in der Schweiz das Hauptgewicht auf die demokratische Bewegung legte, ist das jetzt anders geworden. Jetzt sind auch bei uns die „Revisionsäre“ an der Arbeit. (Heiterkeit.) Aber sie wollen, im Gegensatz zu den deutschen Revisionsisten, die Trennung von den bürgerlichen Parteien. Die schweizerische Sozialdemokratie ist selbständig geworden und der Erfolg sind die Siege, die wir in den letzten Wochen errungen haben. Weitere Erfolge werden Sie sehen, wenn in zwei Monaten die Schweizer an die Wahlurne schreiten, um ihre Nationalräte zu wählen. Man hat erkannt, daß die demokratischen Ziele den sozialen koordiniert sein müssen und daß der demokratische Gedanke unauflöslich verknüpft sein muß dem sozialen Gedanken. Im nächsten Jahre werden sie in Deutschland zur Wahlurne schreiten und Sie können sich versichert halten, daß Sie dabei die Sympathien der schweizerischen deutschen und österreichischen Sozialdemokraten begleiten. Aber auch mit thatsächlicher Hilfe wollen wir Ihnen beistehen. Deshalb kann ich Ihnen als besten Gruß denjenigen übermitteln, daß wir entschlossen sind, Ihnen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu helfen in dem schweren Kampfe, dem Sie entgegen gehen. In diesem Sinne entsende ich Ihnen den Gruß der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in der Schweiz und des Arbeiter-Bildungsvereins in Zürich. (Lebhafte Beifall.)

Zahlreiche Begrüßungs-Telegramme sind eingelaufen, unter anderem vom deutschen sozialistischen Arbeiterverein „Vorwärts“ in Kopenhagen, von der sozialdemokratischen Partei Dänemarks, von der parti ouvrier français (französische Arbeiterpartei), von Plechanow und Agelrod für die russische revolutionäre Sozialdemokratie, von der sozialdemokratischen Partei Frankreichs; von der ungarländischen sozialdemokratischen Partei, vom Centralausschuß des interöberalen Komitees.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingetreten.

Erster Punkt derselben ist der

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Hierzu liegen folgende Anträge vor: 6, 7, 8, 9, 58a und 58b.

Die Anträge 6, 58a und 58b werden genügend unterstützt. Antrag 7 wird nicht unterstützt. Antrag 8 erledigt sich dadurch, daß Singer erklärt, es handle sich hier nur um einen Auftrag, der den Delegierten erteilt sei. Antrag 9, dessen Verlesung große Heiterkeit hervorruft, wird nicht unterstützt. — Es stehen also nun die Anträge 6, 58a und 58b mit zur Debatte. Den Bericht erstattet

Auer: Der Inhalt des vom Parteivorstande erstatteten schriftlichen Berichts ist Ihnen bereits bekannt. Ich brauche also nicht mehr in alle Details einzugehen. Bekanntlich sind, besonders im „Vorwärts“, Zweifel darüber aufgetaucht, ob die vom Parteivorstand vorgeschlagene provisorische Tagesordnung zweckmäßig sei. Der Parteivorstand hatte sich aber bei der Aufstellung der Tagesordnung an Beschlüsse zu halten, die auf dem vorjährigen Parteitag gefaßt worden sind. Damit waren die Punkte „Arbeiterversicherung“ und „kommunales Politik“ bereits fest gegeben. Ich möchte Sie ersuchen, zu erwägen, ob diese Praxis, daß ein Parteitag immer bereits die Thematik für den folgenden vorschreibt, die richtige ist. Für falsch aber halte ich, wenn jetzt schon die Gegenstände für die nächste Tagesordnung fixiert werden. (Sehr richtig!) Wir legen uns dadurch Fesseln auf, die mir durchaus überflüssig erscheinen. Allerdings halte ich die diesmal gemachten Vorschläge für eine Aenderung der Tagesordnung nicht für besonders glücklich. Ich meine, daß die Punkte der provisorischen Tagesordnung glücklicher gewählt sind, als die zum Ersatz vorgeschlagenen Punkte. Der Parteitag hat ja durch seinen gestrigen Beschluß bezeugt, daß er derselben Meinung ist. Wie soll es möglich sein, wenn der Parteivorstand an eine bestimmte Tagesordnung gebunden ist, nach Bekanntmachung dieser Tagesordnung noch neuen Anregungen zu folgen? Es scheint mir richtiger zu sein, daß in Zukunft die Parteipresse rechtzeitig gebührende Aufmerksamkeit auf die Tagesordnung wendet und die aufgetretenen Vorschläge diskutiert.

Ein weiterer Vorschlag ging dahin, daß ein besonderer preussischer Parteitag abgehalten werde, der sich speziell mit den nächstjährigen preussischen Landtagswahlen beschäftigen solle. Dieser Vorschlag ist ja bereits durch unseren gestrigen Beschluß erledigt. Die Frage, ob dies zu geschehen hat, muß offen gehalten werden. Sie ist vor allem eine Frage der preussischen Parteigenossen. Es erscheint uns unangebracht, wenn der allgemeine deutsche Parteitag den preussischen Genossen Vorschriften darüber machen wollte, ob sie für sich einen Landesparteitag, eine Landesdelegierten-Konferenz einberufen sollen oder nicht. Der allgemeine Parteitag muß gegenüber den preussischen Genossen denselben Standpunkt einnehmen, den er den Genossen aller übrigen deutschen Staaten einräumt. Wir müssen auch hier das Recht der Selbstwahrnehmung der Interessen anerkennen.

Es sind dem Parteivorstand weitere Monita darüber erteilt, daß das Ausschreiben des Parteitagess dieses Mal etwas zu spät erfolgt sei. Ich kann diesen Einwurf nicht für unberechtigt erklären. Ein Zusammentreffen verschiedener Umstände hat es diesmal mit sich gebracht, daß die Einberufung erst kurz vor dem letzten vorgeschriebenen Termin erfolgte. Es kommt hinzu, daß der Parteitag in diesem Jahre etwas früher als sonst abgehalten wird. Dadurch ist hier und da die Empfindung hervorgerufen worden, als mache sich eine Änderung der Organisation notwendig, um solche Vorkommnisse künftig auszuschließen. Die Magdeburger Genossen haben deshalb beantragt, daß die Einberufung des Parteitages nicht wie bisher spätestens vier Wochen, sondern acht Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben erfolgen muß. Ich glaube nicht, daß sich dieser Antrag, der aus einem vereinzelt Fall heraus entstanden ist, empfiehlt. Der Termin zwischen Einberufung und Zusammentritt des Parteitages muß möglichst kurz sein, damit im Notfalle rasche Entscheidungen von der Partei getroffen werden können. Die Nürnberger stellen den Antrag, daß der Vorstand in seinem Berichte Auskunft zu geben hat, was er und die Fraktion zur Durchführung der früheren Parteitags-Beschlüsse getan haben. Ich muß gestehen, daß mir der Antrag in der vorliegenden Form nicht klar genug gefaßt zu sein scheint. Soll der Vorstand Auskunft geben über alle Parteitags-Beschlüsse, die im Laufe der langen Jahre schon gefaßt worden sind? Das ist doch ganz ausgeschlossen. Es kann sich also wohl immer nur um die Beschlüsse des vorhergehenden Parteitages handeln. Darüber geben aber die Berichte des Vorstandes und der Fraktion genügend Auskunft. Und ist das nicht der Fall, so können in der Diskussion des Vorstands- und des Fraktionsberichtes die Mängel gerügt werden. Im übrigen trifft für die Parteitags-Beschlüsse dasselbe zu, wie für alles Menschenwerk. Es kann nicht nur einer viel fragen, was auch viele nicht beantworten können, es können auch viele manches beschließen, was die wenigsten nicht auszuführen vermögen. (Heiterkeit.) Nicht jeder Parteitagsbeschluss ist der Inbegriff höchster Weisheit und Vollkommenheit. Ich gebe zu, daß über viele dieser Beschlüsse in den Berichten keine Auskunft gegeben ist, und daß viele dieser Beschlüsse zu den Akten gelegt wurden und man sich ihrer später nicht mehr erinnert hat, sie sind eben abgelöst worden durch neue Aktionen, die sich notwendig machen. Ich glaube nicht, daß im großen und ganzen etwas wesentliches dabei verloren gegangen ist. Was wirklich Bedeutung hatte, ist erlebigt worden, wenn das vielleicht auch nicht immer in den Berichten erwähnt ist.

Es ist ferner angeregt, den Kampf gegen das Centrum besonders auf die Tagesordnung zu setzen. Die Genossen empfinden das Bedürfnis nach Agitationsmaterial zum Kampfe gegen das Centrum. Dies Bedürfnis wird nirgends mehr anerkannt als im Parteivorstand selbst, aber nicht bloß das Bedürfnis zum Kampfe gegen das Centrum, sondern zum Kampfe gegen alle uns feindlich gegenüberstehenden Parteien. Persönlich wundere ich mich geradezu darüber, wie das Verlangen nach Material gegen das Centrum jetzt auf einmal so in den Vordergrund tritt. Ich bin der Ansicht, daß, wenn gegen irgend eine Partei Material im Ueberflusse vorhanden ist, dann gerade gegen das Centrum. (Sehr richtig!) Diese Partei, die in den letzten Jahren eine völlige Schwelung gemacht und den Charakter als Volkspartei aufgegeben hat, die den Zoll- und Lebensmittelmacher in einer nie gekannten Weise untertütigt, die heute die Erzherrin des Militarismus und der Flotte ist, diese Partei, die noch heute genau so rückständig, wie jemals zuvor ist, wenn es heute gegen diese Partei noch immer nicht genügend Material geben soll, so habe ich die Ueberzeugung, nicht der Mangel an Material ist es, der konstatiert werden muß, sondern der Mangel an Fähigkeit, das vorhandene Material zu benutzen bei denjenigen, die das Centrum bekämpfen sollen. (Sehr richtig!) Das Centrum besitzt gewiß eine ausgezeichnete Organisation, und auch im entferntesten Vorze hat es einen be-

zahlten Agitator in dem Geistlichen. Das Centrum kann sich auch auf eine Macht stützen, von der schon der Dichter sagt, daß selbst Götter gegen sie vergeblich kämpfen. (Heiterkeit.)

Aber dafür, daß die Macht des Centrum nicht absolut unüberwindlich ist, dafür liefert gerade München-Schwabing und der zweite Münchener Wahlkreis einen klaffenden Beweis. (Sehr richtig!) Hier war der Einfluß der Centrumpartei allmächtig, und in diesem Centrums-Eldorado, in diesem stadtatholischen München und seiner Umgebung ist ein Bollwerk der Sozialdemokratie aufgerichtet worden. Was die Münchener fertig gekriegt haben, das müssen auch andere machen. Erreicht werden solche Erfolge aber nicht durch Beschlüsse des Parteitages, wie sie von verschiedenen Seiten vorgeschlagen werden, es sollen so und so viel Broschüren und Flugblätter herausgegeben werden, mit andern Worten, es soll ein Nürnberger Trichter zur Belehrung des ganzen Volkes geschaffen werden. (Heiterkeit.) Solche Beschlüsse können gefaßt werden, obgleich ich keinen dieser Anträge unterstützen werde. Aber was helfen diese Beschlüsse? Brauchbare Broschüren nimmt der Parteivorstand stets mit Handlung entgegen und läßt sie erscheinen. Aber es besteht eben die Schwierigkeit, solche allen Anforderungen entsprechende geistige Arbeiten auch zu produzieren. Ich will damit nicht sagen, daß uns nicht vielleicht das nächste Jahr schon derartige Produkte bringen wird. Aber das Centrum ist nicht überall dasselbe in seiner Stellung uns gegenüber. Das Centrum in Schlesien, das ganz und gar dem Großgrundbesitz und der Großindustrie unterstellt ist, ist ein ganz anderes, als das bairische Centrum, das sich stützt auf einen rüstständigen Bauernstand, auf ein rückständiges Handwerkerturn und auf die Einwohnerzahl kleiner Städte, die durch die wirtschaftliche Entwicklung in eine teilweise Vernichtung ihrer Existenz hineingetrieben worden ist. Ganz anders ist es wieder in den rheinischen Industriebezirken mit ausschließlich katholischer Bevölkerung. Broschüren, die hier in Bayern ausgezeichnet wirken, sind absolut unbrauchbar zur Agitation in der katholischen Bevölkerung Schlesiens oder der rheinischen Industriebezirke. Wir haben ja auch bei der Agitation gegen das Zentrum gesehen, daß eines nicht für alle paßt. Das Flugblatt „Was kosten uns die Junfer?“, das rechts der Elbe ausgezeichnet eingeschlagen hat, hat in Süd- und Westdeutschland, wo ganz andere agrarische Verhältnisse sind, gar keine Wirkung gethan. Für die Beschaffung des notwendigen Agitationsmaterials ist mit Parteitags-Beschlüssen nichts gethan. Im Gegenteil, es ist ungemein billig, das eigne Pflichtgefühl dadurch zu beruhigen, daß man die Ausführung einer für notwendig erachteten Arbeit andern überträgt; der Parteitag beschließt: „Der Parteivorstand hat das und das zu machen“. Sieh zu, Parteivorstand, wo du bleibst! (Heiterkeit.) Wir Delegierten des Parteitages haben unsere Pflicht gethan, indem wir einen Arm oder, wenn es nötig ist, auch alle beide Arme hochheben. Ich bin eigentlich gegen das Centrum auf die Tagesordnung zu stellen, gefunden hat. Es war vielleicht taktisch nicht besonders klug, daß man im offiziellen Organ der Partei diese Anregung gegeben hat. Wir dürfen nicht vergessen: im Centrum rumort es, es ist durch eine gewaltige Frontveränderung aus einer Oppositionspartei zur Regierungspartei geworden und hat seine ganze Vergangenheit desavouiert. Die Neuzeremonien des Reichstags-Abgeordneten Dr. Schaedler auf dem Katholikentag in Mannheim: die Regierung — was hat sie für das Volk? Kanonen und Steuerzettel! — waren alter Centrums-tradition entsprungen. Viele Mitglieder des Centrum wünschen wohl, daß Dr. Schaedler dies Wort nicht gesprochen hätte oder ihm eine abschwächende Bedeutung geben möge. Alle diese Vorgänge zeigen doch, wie es im Centrum selbst rumort. Ich erinnere ferner an die Unmöglichkeit der katholischen Arbeiter im Rheinland gegen die Haltung des Centrum in der Volksfrage. Das beweist, daß es der Partei nicht so wohl ist in

Ihrer Hand, wie sie nach außen den Anschein nicht zu erwecken versucht, sondern auch nötig hat. Und in dieser Zeit der inneren Krisis des Zentrums wird nun mit einem Male gemäßigteren offiziell von uns proklamiert, daß diese Partei der starke gewaltige Sturm ist, gegen den sich unsere ganze Kraft zu richten habe. Was hat dieser Vorstoß zur Folge gehabt? Doch nur, daß das Centrum sich mit einem Male wieder blüht und sagt: „Seht Ihr, welche Bedeutung wir haben!“ ((Sehr richtig!)) Wir sind der Sturm; wir sind noch der einzige Stützpunkt der ganzen bürgerlichen Gesellschaft! Räuschen wir uns nicht! Wenn dem Centrum jemals ein Gefallen erweisen wurde, so war es durch diese Anregung. ((Sehr richtig!)) Damit soll kein Wortwurf ausgesprochen sein (Heiterkeit), aber es ist meine persönliche Ueberzeugung, daß wenn wieder einmal derartige wichtige taktische Fragen von offizieller Seite angeregt werden, man das nicht auf eigene Faust thut, sondern sich vorher mit den Kreisen in Verbindung setzen soll, die nach Lage der Dinge nun einmal die Verantwortung zu tragen haben. ((Sehr gut.))

Ich komme nun zu dem Kapitel Presse.

Ueber die finanzielle Seite dieser Frage wird Genosse Gerisch, der ja der finanzielle Mittelpunkt in unserer Partei ist, noch besondere Mitteilungen machen. Ich will vorausschicken, daß sich die wirtschaftliche Krise auch gegenüber unserer Presse bemerkbar gemacht hat. Es ist zwar nicht ein umfangreicher Rückgang eingetreten, aber immerhin ist es doch so, daß ein Stillstand in der Entwicklung konstatiert werden muß. Nun liegen Entwürfe vor (Nr. 37 und 38), in denen verlangt wird, der Parteivorstand solle besondere Parteiblätter für die polnischen Bezirke und die Reichsländer herausgeben. Dieser Wunsch ist begründlich und es liegt mir ferne, dagegen von vornherein eine ablehnende Haltung einzunehmen. Aber es ist nötig, daß der Parteitag bei derartigen Beschlüssen nicht sich lediglich vom Gefühl bestimmen läßt, denn dem Beschluß muß dann auch die That folgen, und die kostet Geld, hat also finanzielle Folgen. Zum Beweise dafür will ich einige Zahlen geben. Auf dem Parteitag in Halle wurde der Beschluß gefaßt, ein polnisches Parteiblatt herauszugeben. Diesem Beschluß wurde entsprochen und die „Gazeta Robotnicza“, ein Wochenblatt, mußte 11 Jahre lang von uns unterstützt werden. Für diesen Zweck mußten wir im Laufe der elf Jahre die Summe von 29 441 M. bezahlen; es soll kein Wort über diese Ausgabe gesagt werden, wir wollen uns auch darauf nichts zu gute thun, es war unser eigener freier Wille, der uns zu unfremdem Beschlusse bestimmte, diktiert von der Absicht, auch das polnische Proletariat in die Bewegung heranzuziehen. Nun verlangen die Agitationskommission und der Wahlverein für die Provinz Posen, die in polnischer Sprache in Posen erscheinende Wochenschrift „Gazeta Robotnicza“ aus der Parteikasse finanziell zu unterstützen. Ein solcher Wunsch kann uns in sehr große finanzielle Verpflichtungen führen. Sind wir nun in der Lage, derartige Ausgaben auf uns nehmen zu können? Unsere Finanzen sind nicht so besonders; wie in den Finanzbudgets der Staaten wechseln auch bei uns die Ketten mit den mageren Jahren, im Laufe des letzten Jahres haben wir monatelang ein Defizit von 76 000 M. gehabt, und wenn wir am Schluß des Jahres doch noch bilanciert haben, so ist das nur einer Reihe günstiger Umstände zu danken. Alle Jahre stirbt nicht ein Rentier Schmidt und nicht jeder Rentier Schmidt hinterläßt uns 38 000 M.; außerdem sind wir in einem Circular an die Genossen mit der Pistole in der Hand heranzgetreten und haben sie erinnert, daß es nicht genügt, Hoch auf die internationale, völkerverfeindende Sozialdemokratie zu rufen, sondern daß man auch ab und zu seinen Obolus abliefern muß. (Heiterkeit.) Im letzten Jahre hatten wir ein normales Geschäftsjahr, im nächsten Jahre aber stehen uns Wahlkämpfe bevor, die viel höhere Ausgaben erfordern werden, als je vorher. Nun glaube ich ja, daß der Krieg den Krieg ernähren muß und daß im Wahlkampf, wo sich jede Faser

der sozialistischen Arbeiter anspannt, größere Opfer als sonst gebracht werden, aber die Zeit der Krisis, in der wir leben, fordert diese Opferfreudigkeit, und deshalb ist bei allen Ausgaben Vorsicht geboten. Dazu kommt noch eins: In der polnischen Bewegung spielen sich Dinge ab, die wir alle nur bedauern können. Es bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen der polnischen Parteileitung und uns. Wir haben es für durchaus nützlich gehalten, daß sich die Polen eine eigene Zeitung gegeben haben, und wir sind lange gut mit ihr ausgekommen. Gänzlich waren wir in Verbindung. Außer den 30 000 M. für die „Gazeta Robotnicza“ haben wir manches 1000 zur Förderung der polnischen Agitation hergegeben. Wir wollten, wenn die polnischen Führer zu uns zu Besuch kamen, daß es Geld kostet (Heiterkeit), aber wir gaben es gerne, es war Geld für die so notwendige polnische Agitation, notwendig schon, um das Streikbrecherbeden zu verstopfen.

So lange es sich nur um die Einführung des Sozialismus in diese Kreise handelte, waren wir immer einig, aber augenblicklich haben wir es mit einer Bewegung zu thun, die mit den Emancipationsbestrebungen des Proletariats in unfremdem Sinne nichts gemein hat. In Polen hat sich eine nationale Bewegung entwickelt, die geradezu überraschend ist, und diese Bewegung hat nicht nur die polnische sogenannte bessere Gesellschaft erfasst, sondern auch das polnische Proletariat. Durch die brutalen, rücksichtslosen Angriffe auf Sprache, Sitten und Religion wurde das Gefühl der Polen verletzt und das hat auch auf ihr Verhältnis zu uns zurückgewirkt. Das Empfinden, daß man die nationale Eigenart gegenüber brutalen Angriffen zu schützen habe, ist auch in proletarische Kreise eingedrungen. Aus diesem Gegensatz zwischen Polen und offiziellem Deutschland sind uns Unannehmlichkeiten erwachsen, es ist der Gedanke der Zusammengehörigkeit des polnischen Volkes Oesterreichs, Rußlands, Deutschlands wieder aufgetaucht, und so entstand auch bei unseren polnischen Genossen der Trieb zur Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Begreifen kann ich diese Entscheidung, billigen kann ich sie nicht. Wir können nicht auf die Forderungen eingehen, die von diesen Bestrebungen der Polen heraus an uns gestellt werden. Es herrscht das Verlangen nach vollständiger Selbständigkeit, das Verlangen, in den preussischen Provinzen Posen und Oberschlesien eine selbständige polnisch-sozialistische Partei zu bilden, vollständig unabhängig von den dort wohnenden deutschen Genossen, zu denen die Polen nur in demselben Verhältnis stehen wollen wie etwa die Schweizer zu den dort lebenden Deutschen. Die Polen wollen selbst entscheiden, die Auffstellung von Kandidaten u. dgl. soll ihre Sache sein, die Deutschen dürfen sie unterstützen, sie dürfen für sie arbeiten, aber sie haben nichts zu sagen. Der deutsche Arbeiter soll den Polen gegenüber Ausländer sein. Die Auffassung konnten wir nicht billigen, wir wollten aber auch den Streit vermeiden. Es kam zu Auseinandersetzungen, besonders infolge der Vorgänge in Posen. Seitdem dort deutsche Genossen, teilweise mit polnischen Namen, die Bewegung leiten, haben wir einen starken Aufschwung, besonders ein stark entwickeltes Gewerkschaftsleben in Posen zu verzeichnen. Wir freuen uns um so mehr darüber, weil dort nur sehr schwer etwas zu machen ist. Nun wurde gelegentlich einer Nachwahl der Genosse Kasprzak als Kandidat unserer Partei öffentlich proklamiert. Von Seiten der polnischen Genossen wurde gegen diese Kandidatur lebhafter Widerspruch erhoben, es wurden dem Kasprzak Fehltritte, die er sich früher sollte haben zu Schulden kommen lassen, zum Vorwurf gemacht. Man ist uns jeden Beweis für diese Anschuldigungen schuldig geblieben; der einzige Beweis war die Mitteilung, die polnische Partei in Warschau habe ihn seiner Zeit ausgeschlossen. Das konnte aber für uns nicht genügen. Die polnischen Genossen ließen sogar ein Flugblatt erscheinen, in dem sie in rücksichtslosster Weise Verdächtigungen gegen Kasprzak erhoben; es wurde ihm Veruntreuung von Parteigelbern vorgeworfen, er führe ein Parasitenleben

und unterhalte Beziehungen zur Polizei. Dieses Cirkular wurde der polnischen Bourgeoispresse zur Verfügung gestellt und von ihr abgedruckt. Wir selbst konnten über Wahrheit oder Unwahrheit aller dieser Vorwürfe kein endgültiges Urteil fällen, Beweise wurden uns nicht erbracht. Es war der erste größere Versuch für unsere Partei, in jener Gegend Stimmen zu gewinnen, da kam die uns befreundete polnische Parteileitung und warf uns in dieser Weise Knäppel zwischen die Beine. Das war ein ganz unrichtiges Vorgehen, das ist auch taktisch völlig falsch. Derartige Fälle haben sich wiederholt und wir sind deshalb dazu gekommen, daß wir den polnischen Genossen erklärten: Wir billigen Eure Auffassung nicht und können sie auch vor den Parteigenossen nicht verantworten. Wir wollen alles thun, um eine Verständigung herbeizuführen, aber unterstützen können wir diese Bewegung nicht mehr. Deshalb wurde die Unterstützung für die „Gazeta Robotnicza“ gestrichen.

Es muß weiter zur Erwägung gegeben werden, daß, soll ein Blatt in der polnischen Verdüsterung für die Partei wirken, es in Oberschlesien erscheinen muß. Kommen wir nun mit einem zweiten Blatt, der „Gazeta Ludowa“, so ist das natürlich eine Konkurrenz für die „Gazeta Robotnicza“. So lange wir aber auf dem Standpunkte stehen, daß noch eine Verständigung mit den polnischen Genossen herbeigeführt werden kann, so lange können wir kein Konkurrenzblatt gründen. Der Ueberzeugung sind wir noch immer, daß der Zwist nur eine vorübergehende Erscheinung sein wird, und daß die polnischen Genossen mit uns das Bestreben haben müssen, daß zwischen den deutschen und den polnisch sprechenden Genossen in den deutsch-polnischen Provinzen nicht ein dauernder Gegensatz bestehen darf. Die Auffassung aber halten wir für absolut falsch, daß die Polen die Herren der Provinz seien, denen sich die Deutschen bedingungslos zu fügen hätten. Die Deutschen haben natürlich auf einen Schein an der Hand gehalten, und so stehen wir jetzt vor der Thatsache, daß wir in der Provinz zwei Kandidatenlisten haben, eine deutsche und eine polnische. Ich hoffe bestimmt, daß auf Grund neuer Unterhandlungen die deutschen und die polnischen Genossen sich auf eine gemeinsame Liste einigen. Wir sind bereit, in unserer Nachgiebigkeit bis an die äußerste Grenze zu gehen und wir befinden uns dabei in der Rolle des älteren Bruders und erfahrenen Fremdes. Aber unmöglich können wir dulden, daß innerhalb der deutschen Grenzen eine eigene selbständige Partei völlig unabhängig und ohne Rücksicht auf die deutsche Bewegung sich etabliert — das geht nicht. Es ist auch nicht wahr, daß wir, die von manchen Leuten behauptet wird, von der modernen chauvinistischen Strömung angekränkt sind. Wie weit sich bei den polnischen Genossen dieses Vorurteil festgesetzt hat, kann ich Ihnen durch eine Stelle aus dem Briefe eines hervorragenden polnischen Arbeiterführers beweisen. Da heißt es: „Ich kann nicht glauben, daß die deutsche Sozialdemokratie als Partei germanisatorisch aufzutreten oder daß ihr die Traditionen der Hohenollernschen Politik sympathisch sind...“ Ja, wenn hervorragende Führer so schreiben, was soll man dann von den polnischen Arbeitern erwarten? Ich meine, bei aller Anerkennung und aller Rücksicht, die wir den Polen schuldig sind, müssen wir uns darüber klar sein, daß die Polen, so weit sie sich innerhalb der deutschen Grenzen aufhalten, nicht ein von der Gesamtpartei unabhängiger selbständiger Organismus sein können, sie müssen ein Glied von uns sein. Wir müssen daran festhalten: wollen die Polen mit uns zusammen arbeiten, sind sie uns jetzt willkommen; wollen sie es getrennt auf eigene Faust versuchen, wünschen wir ihnen bestes Glück und legen ihnen nichts in den Weg, aber wir müssen verlangen, daß sie, wenn sie sich uns anschließen, nicht uns in der Weise entgegenarbeiten, wie in dem geschilderten Falle.

Solche Schwierigkeiten kommen naturgemäß für ein französisches Parteiblatt nicht in Betracht. Dort entsteht nur die Frage, ob ein solches Blatt auch

Abonnenten finden wird. (Geheimkeit.) In Elsaß-Lothringen hat jahrelang ein Partei-Organ mit Subvention aus der Parteikasse bestanden. Jetzt erscheinen dort zwei Parteiblätter ohne Subvention. Der Versuch, durch Subventionierung in Elsaß-Lothringen ein Partei-Organ aufrecht zu erhalten, hat uns große Opfer auferlegt. Die Subvention für das erst in Mülhausen, dann in Straßburg erschienene Organ haben der Parteikasse in 11 Jahren 88 942 M. gekostet, trotzdem hat das so subventionierte Blatt niemals rechten Einfluß gewinnen können. Auf dem vorjährigen elsäß-lothringischen Parteitage wurde dann seitens des Parteivorstandes offiziell erklärt, daß die Subventionen aufhören müßten. An Stelle des einen subventionierten Blattes werden nun zwei Zeitungen herausgegeben, die nicht subventioniert werden; das Straßburger Blatt erscheint weiter, die Mülhausener haben sich ein eigenes gegründet. Die Vertreter dieses Blattes haben zwar stolz erklärt, sie bräuchten die Partei nicht. Sie haben aber doch einen Brief an den Parteivorstand geschrieben mit dem Ersuchen, 20 000 M. als Kaution für das Blatt zur Verfügung zu stellen; das wäre genügt keine Subventionierung, aber doch der erste Schritt dazu, da die Kaution den Staatsbehörden gegenüber auch als Garantie für etwaige Prozeßkosten usw. dient. Daß im offiziellen Bericht des Vorstandes die Mülhausener „Freie Presse“ nicht aufgeführt ist, beruht auf einem Versehen bei der Abfassung des Berichtes.

Auch die Düsseldorf'schen Genossen sind mit der Stellung des Parteivorstandes bezüglich der Unterstützung ihrer Presse nicht einverstanden. Der vorige Parteitag hat die Unterstützung abgelehnt und der Vorstand ist diesem Beschluß nachgekommen. Ich gebe zu, daß die Düsseldorf'schen Genossen Anspruch auf ein eigenes Organ haben, aber Zeitungen, die nicht aus sich selbst heraus existieren können, sind immer ein sehr kostspieliges Unternehmen. Die Genossen in Bochum sind gleichfalls sehr unzufrieden. Die Verhältnisse sind dort sehr eigenartig, seit Jahren unterstützt die Partei mit sehr bedeutenden Mitteln die Unternehmungen, die im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ins Leben gerufen sind. Es erscheint in Dortmund die „Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung“ mit Kopfbältern für Essen, Bochum und andre Orte. Das Blatt in Dortmund deckt sich jetzt selbst, dagegen macht das Bochumer Blatt Jahr für Jahr bedeutende Zuschüsse notwendig, im letzten Jahre allein 5200 M. Der Parteivorstand ist nun nach vielen Besprechungen mit den Genossen aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk zu dem Entschluß gekommen, in Dortmund ein einziges großes gut geleitetes und gut ausgerüstetes Zentralorgan zu schaffen, das unter Fortfall der Kopfbältern für die Genossen des ganzen Bezirkes gelten soll. Die Bochumer Genossen haben diesen Entschluß gebilligt, aber nachdem die gewaltigen Ausgaben für die Einrichtung der neuen Druckerei gemacht waren, kommen sie mit einem Male und sagen: wir thun nicht mit, wir behalten unser Blatt bei, es hat sich zwar bisher nicht rentiert, aber jetzt gründen wir eine neue Druckerei, und da wird es sich schon rentieren. (Geheimkeit.) Ich wünsche, daß sich diese Hoffnung erfüllt, aber man muß es begreifen, wenn der Vorstand die Unterstützung verweigert, zumal da die Genossen ihre alten Verpflichtungen noch nicht erfüllt haben; für das Bochumer Blatt mußten wir noch 5200 M. nach Dortmund zahlen, und dieselben Genossen, die ihre Schulden in Dortmund nicht beglichen haben, richten sich jetzt eine eigene Druckerei ein und lassen andre die Schulden für sich bezahlen. Das sind interne Dinge, die ich am liebsten in geschlossener Sitzung vorgetragen hätte; da der Parteitag aber eine so starke Abneigung gegen die geschlossenen Sitzungen an den Tag gelegt hat, so müssen wir uns über diese Dinge in aller Öffentlichkeit aussprechen, derartige Zustände können nicht weiter so bleiben, die allgemeinen Verhältnisse dürfen doch nicht so aus dem Auge gelassen werden; einen Stein, den man nicht heben kann, den läßt man liegen. Ist der Parteitag darin anderer Meinung, dann möge er auch dem

Vorstand mitteilen, wo die Mittel hergenommen werden sollen, um die Extravaganzen einzelner Genossen zu befriedigen. (Sehr richtig.)

Nun zu einem andern Gegenstand, zum Verein „Arbeiterpresse“. Sie haben dem ungeschicktesten Antrag zu dieser Frage ihre Unterstützung versagt und ich brauche darauf nicht einzugehen. Dieser Verein „Arbeiterpresse“ ist eine durchaus selbständige Schöpfung der beteiligten Kreise der Parteibeamteten. Im Vorstand herrscht seit langen Jahren die Empfindung, daß auf diesem Gebiete etwas geschehen muß. Auch wir Sozialdemokraten sind dem allgemein menschlichen Gesetze des Kraftverbrauchs unterworfen. Die Fälle mehren sich, wo Genossen, die ihre Kräfte im Dienste der Partei verbraucht haben und aus dem Leben scheiden, ihre Familie in den karglichsten Verhältnissen zurücklassen. Für die Partei besteht eine gewisse moralische und materielle Verpflichtung, für die Familie einzutreten, den invaliden Genossen zu unterstützen. Es ist auch bisher unterstützt worden, aber es bleibt immer ein unangenehmes Gefühl, in jedem einzelnen Falle zu entscheiden. Der Einfluß, das Ansehen, die Liebe, die der einzelne Genosse genießt, sind sehr verschieden. Es giebt ungemein brave Genossen, die ihre Schuldigkeit in vollem Umfange thun und doch der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt sind. Für sie, wenn sie invalide werden, eine Unterstützung zu bewilligen, ist immer schwieriger, als für bekannte Genossen. Auch fehlen die festen Normen; eigentlich darf der Vorstand nur für ein Jahr bewilligen, er läuft immer Gefahr, daß die Kontrolleure anderer Meinung sind. Wie unangenehm für die betreffende Familie, wenn dann der Fall öffentlich behandelt wird. Weil dem so ist und weil derartige Unterstützungen sich immer mehr notwendig machen, ist der Vorstand schon vor Jahren dem Gedanken näher getreten, daß hier etwas geschehen müsse, daß die Beteiligten selber eingreifen müßten, daß aber die Partei gewisse Zuschüsse dazu geben müsse. Wir haben es mit Freuden begrüßt, daß die Beteiligten selber die Angelegenheit in die Hand genommen haben. Es handelt sich dabei nicht um einen Streikverein der sozialdemokratischen Redacteure, wie wohl hier und da im Uebermut einmal gesagt ist, sondern um das Unterstützungswesen für die invalide gewordenen Parteibeamteten und die Angehörigen verstorbenen Parteibeamteten. Wir haben von vornherein erklärt: Gelingt es, eine solche Unterstützungsstelle zu gründen, so werden wir, soweit es auf uns ankommt, eine Unterstützung aus der Parteikasse ganz gewiß bewilligen. Der Verein „Arbeiterpresse“ hat nun einen Ausweg damit gefunden, daß er auf eine Generalsubvention verzichtet und nur einen persönlichen Zuschußbeitrag vorschlägt, dessen Höhe genau der Summe der Beiträge entspricht, welche die Mitglieder des Vereins an die Unterstützungsstelle zu zahlen haben. Das macht 6 M. pro Monat. Es werden also die einzelnen Parteigeschäfte ersucht, ebenfalls 6 M. pro Monat für jedes Vereinsmitglied an die gemeinsame Unterstützungsstelle zu zahlen. Diesem Verlangen hat der Parteivorstand keinen Widerspruch entgegen gesetzt, und wir haben, soweit die Parteigeschäfte im engeren Sinne, der „Vorwärts“, die „Neue Zeit“, der „Wahre Jakob“, das „Hamburger Echo“ und die „Bremer Bürgerzeitung“ in Betracht kommen und falls die sonst noch vorhandenen Instanzen zustimmen, unsere Bereitwilligkeit zur Zahlung von Beiträgen erklärt. Für den „Vorwärts“ und das „Hamburger Echo“ wird dieser Beitrag genau in der Höhe der Mitgliederbeiträge zur Unterstützungsstelle aus dem Geschäft bezahlt. In Bremen hat die Prehlkommission einen bezüglichen endgültigen Beschluß noch ausgesetzt. Nun ist der Vorwurf erhoben worden, wenn für die Herren Redacteure derartige gethan wird, müssen alle Arbeiter in derselben Weise behandelt werden, besonders in Berlin wurde betont, daß derselbe Beitrag dann für alle in der Arbeiterpresse angestellten Arbeiter bis zum Kaufburschen gezahlt werden müsse. Wir haben darüber nicht zu entscheiden. Die Meinung ist aber durchaus falsch, daß bei den Parteiorganen ein Unterschied zwischen Arbeitern und den Partei-

beamteten gemacht werde. Schon bisher ist in allen unseren offiziellen Parteigeschäften — für die Provinzpresse kann ich die Verantwortung nicht übernehmen — für alle Arbeiter, die in der Invalidenversicherung sind, der volle Beitrag aus dem Parteigeschäft bezahlt worden, das sind immerhin auch Summen, es macht in Bremen etwa 600 Mark, beim „Hamburger Echo“ gewiß zwei- bis dreimal soviel und beim „Vorwärts“ noch mehr. Für seine Parteibeamteten bezahlt der „Vorwärts“ jetzt einen Zuschuß an die Unterstützungsstelle des Vereins „Arbeiterpresse“ von 90 Mark monatlich, das ist etwas über 1000 Mark im Jahre. Wenn die Dinge so liegen und mit unsrer Zustimmung solche Summen für die Arbeiter bezahlt werden, dann kann kein Vorwurf erhoben werden, wenn für die Angestellten, die der gesellschaftlichen Versicherung nicht unterstehen, ebenfalls Beiträge zu einer Versicherung gezahlt werden. Andere Angestellten wollen sich ein Recht sichern und wenn wir sie darin unterstützen, so glauben wir damit nichts Unrechtes gethan zu haben.

Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß wurde eine Behauptung aufgestellt, die nicht widerprochen bleiben darf, ein hervorragender Gewerkschaftsführer behauptete, daß man sich in der Partei gegen hohe Gewerkschaftsbeiträge ausgesprochen habe, weil man darin eine Konkurrenz gegenüber der Partei erblicke. Diese Behauptung stützt sich auf eine angebliche Aeußerung, die auf dem ersten Gewerkschaftskongreß in Halberstadt gefallen sein soll. Obwohl schon früher dementiert, kehrt sie immer wieder. Ich konstatiere hier öffentlich, daß niemals von offizieller Seite mit Rücksicht auf die Partei-Einnahmen geraten und verlangt worden ist, die gewerkschaftlichen Beiträge möglichst niedrig zu halten, eine derartige Aeußerung von maßgebender Seite ist niemals in der Partei gefallen; ob es einzelne Genossen giebt, die dieser Anschauung huldigen, und ob hier und da auch eine derartige Aeußerung privatim oder öffentlich gethan ist, das muß ich dahingestellt sein lassen. Ich bin genau der entgegengekehrten Meinung; wenn die Gewerkschaften etwas erreichen wollen, dann müssen die Mitglieder auch Opfer bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Daß im Namen der Partei jemals eine solche Meinung geäußert worden ist, ist absolut falsch und ich wette solche Behauptungen entschieden zurück.

Eine andre unrichtige Behauptung bezieht sich auf die Konsumvereine. Es wird gesagt, der Partei sei es unangenehm, daß die Konsumvereins-Bewegung hohe Anforderungen an die Partei-Intelligenz stelle und dadurch zu viele Kräfte der Partei entziehe. Ob die großen Erwartungen, die man an diese Bewegung knüpft, sich erfüllen werden, darüber brauchen wir uns heute nicht zu äußern. Aber daß jemals die Partei sich geäußert hätte, diese Bewegung abfordere zu viele Kräfte und Intelligenzen, das ist ganz unrichtig; einen derartigen Standpunkt halte ich für reaktionär und durchaus unhaltbar, wir können ihn unter keinen Umständen vertreten. (Sehr richtig!)

Ich komme nun noch zu einer organisatorischen Angelegenheit. In Nürnberg sind Parteigenossen aus der Lokalorganisation ausgeschlossen worden. Damit ist noch nicht gesagt, daß die betreffenden keine Parteigenossen mehr sind. Sollten sie aus der Partei ausgeschlossen werden, so tritt die Bestimmung des Organisationsstatuts in Kraft. Nun sind die in Nürnberg Ausgeschlossenen an andern Orten Mitglieder geworden, einer hat sogar die Geschmacklosigkeit gehabt, sich als Reichstags-Kandidat aufstellen zu lassen. Die Kandidatur ist inzwischen zurückgezogen worden, so daß diese Sache für uns erledigt ist. Die Nürnberger erblickten eine Ungeheuerlichkeit darin, daß die betreffenden in einem andern Orte Mitglieder wurden, die Angelegenheit kam auf dem Ludwigs-häuser Parteitag zur Sprache und dort wurde beschlossen, daß ein in einem Orte in Bayern aus dem Wahlverein ausgeschlossener Genosse nicht mehr Mitglied eines andern sozialdemokratischen Vereins in Bayern werden kann. Diesen Beschluß hatten wir für falsch. Haben die bairischen Genossen die Ueber-

zeugung, daß die Betroffenen nicht mehr würdig sind, der Partei anzugehören, so sind sie verpflichtet, den Ausschluß aus der Gesamtpartei zu beantragen. Geschieht das, dann wird den Betroffenen auch die Möglichkeit gegeben, die Einsetzung eines Schiedsgerichts beim Parteivorstand zu beantragen und weiterhin an den Parteitag zu appellieren. Aber nach der Maxime der bayerischen Genossen bleibt der Betroffene nach wie vor Parteigenosse, seine allgemeine deutsche Parteigehörigkeit wird nicht bestritten, aber etwa parteigenössige Tätigkeit vermag er in Bayern nicht auszuüben. In Betracht kommt noch, daß es für die Genossen, die nach dem bayerischen Organisationsstatut ausgeschlossen werden, nicht die Rekurrsinstanzen giebt, die in unserem allgemeinen Organisationsstatut vorgeesehen sind. Durch den Ludwigschafener Beschluß ist eine grundlegende Bestimmung unfrei für die ganze Partei geltenden Organisationsstatuts ignoriert worden. Würde das maßgebend sein, was dort geschrieben ist, so würde unser allgemeines Organisationsstatut hinfällig werden. Das ist bedenklich; dem läßt sich aber leicht abhelfen, wenn die bayerischen Genossen das thun, was die Genossen im übrigen Deutschland thun, wenn sie sich nämlich an unser allgemeines Organisationsstatut halten. Die Lokal- und Landesstatuten dürfen nicht im Widerspruch zu dem Gesamtstatut stehen. Glaubt man, das Organisationsstatut sei mangelhaft, so stelle man Änderungsanträge, so lange es aber besteht, gilt es für uns alle, gleichviel ob diesseits oder jenseits der bayerischen Grenze. Es darf nicht die Praxis einreißen, daß die allgemeinen Bestimmungen der Partei-Organisation einfach umgangen werden. Es gilt auch, das Recht des Einzelnen zu schützen, und dem Einzelnen ist hier, wenn auch ohne Absicht, Unrecht geschehen; man sagt sich: Für ganz Bayern taugt der Artikel nicht, aber für die Preußen ist er gut genug. (Stürmische Heiterkeit.) Ob eine Aenderung des Organisationsstatuts notwendig ist, lasse ich dahingestellt, ich bin überzeugt, wir werden uns verständigen. Ich bin am Schluß. Setzt ist es an Ihnen, Kritik zu üben. Machen Sie es gnädig, denn auch für uns gilt der Satz: Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Eine Reihe Begrüßungsschreiben sind eingelaufen. Darunter eines von der „Iskra“ und „Garja“ im Namen der „Liga der russischen revolutionären Sozialdemokratie“, des „Petersburger Komitees der russischen Sozialdemokratie“ und des „nördlichen Arbeiterbundes“ (Föderation der Arbeiterorganisationen in den Gouvernements Wladimir, Kostroma und Jaroslaw).

Schluß 12^{1/2} Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

2^{1/2} Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Eingegangen sind wieder verschiedene Begrüßungstelegramme, darunter ein solches vom Sekretariat des internationalen Komitees durch Sekretär Serby.

Den Kassenbericht erstattet nunmehr

Vorsitz: Die Zahlen des Kassenberichts liegen Ihnen im Bericht des Parteivorstandes vor. Des Grundes, warum wir noch einen verhältnismäßig guten Abschluß erzielt haben, hat Auer schon gedacht. Die wirtschaftliche Krise muß naturgemäß auf die Beitragsleistung ungünstig einwirken. Die nur auf freiwillige Beiträge angewiesene Partei befindet sich in weit weniger vorteilhafter Lage als die Gewerkschaften mit ihrer festen Organisation. Zu den Beiträgen kommen die Erträge der Parteiunternehmungen. Diese Einnahmequellen dürfen unter keinen Umständen verstopft werden. Ich bedauere deshalb, daß selbst Berliner Genossen in ihrem Antrag 52 vorschlagen, kurzer Hand zu betreiben, daß der Neue Welt-Kalender für 30 Pf. verkauft werden solle. Wenn auch dieser

Kalender nur eine kleine Einnahmequelle bildet, so sollte doch auch diese nicht in ihrem Ertrag vermindert werden. Weiter lag vor der Antrag der Wandsheder Genossen, die selbst ihre Verpflichtungen gegenüber der Partei sehr prompt erfüllt haben, die Frage besonders zu behandeln: „Wie stärken wir die Finanzen unsrer Partei?“ Wenn auch nach unserm gestrigen Beschluß diese Frage nicht als besonderes Thema behandelt werden soll, so muß sie doch natürlich von uns erörtert werden. Bereits in Liebed ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß der „Wahre Jakob“, die „Neue Zeit“ und die „Gleichheit“ nunmehr völlig auf Rechnung der Gesamtpartei hergestellt und vertrieben werden. Der „Wahre Jakob“ hat im Rechnungsjahr 1901 einen Reinüberschuß von 20 023,45 M. ergeben, gewiß ein erfreuliches, wenn auch noch steigerungsfähiges Resultat. Aber der „Wahre Jakob“ hat von jeher zwei Geschwister gehabt, die sich rechts und links liebend an ihn gehängt haben. Diesen ist er von jeher eine Stütze gewesen. Das hat sich auch jetzt nicht geändert. Durch diese beiden Schwestern wird der Reinertrag des „Wahren Jakob“ wesentlich vermindert.

Die „Neue Zeit“ hat mit einem Deficit von 10 305 M. abgeschlossen (Hört! hört!), die „Gleichheit“ mit einem Deficit von 4450 M. Es ergibt sich also nach Abzug weiterer Ausgaben für Prozeßkosten u. nur ein Reinüberschuß von einigen tausend Mark aus diesen drei Blättern. Nun ist es ja klar, daß wir bei der wissenschaftlichen Revue noch auf absehbare Zeit mit Zuschuß zu rechnen haben werden. Aber das Deficit kann verringert werden, einmal durch eine Vermehrung der Abonnentenzahl, und zweitens dadurch, daß die Parteikolporteurs und die Expedienten in Parteigeschäften die Abbestellungen rechtzeitig beim Verlag anmelden, damit dieser nicht so unendlich viel Hefte zurück bekommt. Bei der verhältnismäßig niedrigen Auflage der „Neuen Zeit“ beträgt die Zahl der zurückgesandten Hefte im letzten Jahre nicht weniger als 17 770. Diese Zahl könnte bei allseitigem guten Willen wesentlich herabgemindert werden. Es ist doch eine Unbenußung sondergleichen, wenn wir erst das teure Papier, Druck und Nachbinderarbeit bezahlen und hinterher Zehntausende von Heften als Mahulatur fortwerfen müssen. Bezüglich der „Gleichheit“ würde uns eine verhältnismäßig geringe Steigerung der Abonnentenziffer schon über den Berg hinweghelfen. Von unsrer Genossin Zeitlin kann nicht mehr verlangt werden, als sie schon leistet, sie thut das menschenmögliche, und was noch zu thun übrig bleibt, müssen die Genossen selbst thun. Ich habe eine weitere Anregung zu geben: Der „Vorwärts“ veröffentlicht allmonatlich eine Parteiquittung, den Fleißigen zur Ehre und den Faulen zur Nachahmung. Nun lesen aber nicht alle Parteigenossen den „Vorwärts“, die große Masse ist vielmehr auf die Provinz-Parteipresse angewiesen. Nun habe ich die Bemerkung gemacht, daß sich eine Anzahl dieser Blätter anscheinend zu vornehm dünkt, nur die Quittungen zu veröffentlichen. Diese bleiben 8 bis 14 Tage liegen und werden schließlich in einem verkürzten Auszug von wenigen Zeilen gebracht. Auf diese Weise werden die Parteigenossen nicht angeeifert, Beiträge zu leisten. Und sehen Sie sich nur die verschiedenen Anträge an, die populäre Flugblätter und Schriften für die Agitation verlangen. Aber diese Sachen kosten doch Geld, und deshalb sollte die Presse dazu beitragen, indem sie die Quittungen in vollem Umfange abdruckt, die Genossen anzureichern, damit sie sich alle an den Beiträgen für die Parteikasse beteiligen. Ganz besonders unangenehm war das Verhalten verschiedener Blätter bei der belgischen Sammlung. Hier war es ihnen besonders leicht gemacht, indem die Quittung die Beiträge aus Berlin und die aus der Provinz getrennt auswies. Nicht einmal den Auszug über die Provinzbeiträge hat man da gebracht, und die Folge war, daß wir mit einer Flut von Aufträgen überschüttet wurden von den Genossen, die wissen wollten, ob ihre Beiträge an die richtige Stelle gelangt seien. Die Parteipresse sollte immer und immer wieder anfeuern, die Parteifinanzen zu stärken.

Eine genaue Uebersicht über den Stand der Parteipresse kann ich leider nicht geben. Es sind diesmal so viele Verlage mit der eingeforderten Auskunft zurückgeblieben, daß ich keine Statistik aufstellen konnte. Nur die allgemeine Tendenz läßt sich feststellen, und die ist nicht erfreulich. Die Einnahme aus Abonnements und Inseraten sind zurückgegangen. 6 Tagesblätter haben ihren Bestzustand an Abonnenten behaupten können, 16 Blätter haben die winzige Ziffer von 6180 Abonnenten hinzugewonnen, 15 Blätter aber haben 5800 Abonnenten verloren. Im verfloffenen Jahre hat die Parteipresse neues Terrain also nicht erobert. Die Wirkung der Kritik auf eine Reihe von Parteigeschäften war ebenso unerfreulich. In guten Jahren neigen die Genossen leicht zu Gründungen. Wie so manches andre ist auch die Art, wie Geschäfte gegründet werden, nicht besser geworden. Die älteren Genossen werden sich noch erinnern, wie es früher war. Da genügte eine Handqueische, ein Mann repräsentierte in seiner Person das gesamte Setzer-, Drucker- und Expeditionspersonal. So ärmlich diese Geschäfte ausfielen, so kerngesund war ihre Grundlage. Sie konnten sich organisch entwickeln, wie waren sie der Partei eine Last und ein Gegenstand der Sorge. Es war eine Freude zu sehen, wie diese Geschäfte sich nach und nach zu rechten Stützpunkten der Partei entwickelten. Nun hat die Partei mit ihrer Ausdehnung auch großen geschäftlichen Kredit gewonnen und damit ist die Unternehmungslust der Genossen so gestiegen, daß sie häufig alle geschäftliche Vorsicht außer acht lassen. Daher haben eine Anzahl von Blättern eine Schuldenlast aufgeschaukelt, an deren Deckung aus eignen Mitteln in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Man ist damit der Entwicklung bedeutend vorausgeeilt. Dann wendet man sich am letzten Ende immer wieder an die Partei. Dafür bietet der Kassenbericht viele Beispiele. Es sind nun aber manche Geldquellen, die Jahr für Jahr gestossen sind, mit einem Male verjagt. Aufmerksamsten Parteigenossen ist diese Tatsache nicht entgangen. Bei andern Genossen hat sich eine eigenartige, romantische Vorstellung vom „Rentamt“ herausgebildet; sie meinen, man brauche in die Kasse nur ein paar Pfennige hineinzustechen und könne doch wie beim „Eselstrod“ die Goldstücke nur herausholen. Ich sehe nicht an, auszusprechen, daß, wenn immer nur der glühende Wunsch maßgebend ist, das Ziel möglichst schnell zu erreichen, wenn weiter einzelne Parteiorde sich in der bisherigen Weise engagieren sollten, immer in so unverhältnismäßiger Weise, über die verfügbaren Mittel hinaus, daß dann allerdings sehr leicht einmal für eine spätere Parteileitung die Frage entstehen kann, ob sie das gesamte Parteivermögen bis zum letzten Pfennig daran setzen, oder einen großen wirtschaftlichen Bruch in der Partei heraufbeschwören will, der jedenfalls von sehr schlimmen Folgen sein müßte. Ich male nicht zu schwarz. Es ist in der That bei solchen Gründungen ein geschäftlicher Optimismus in der Partei vorhanden, der uns sehr leicht in eine sehr unangenehme Situation bringen könnte. Ich würde es für eine Pflichtverletzung halten, wenn ich nicht die Parteigenossen, die an solchen Gründungen teilnehmen, eindringlich darauf hinweisen wollte, daß sie stets auf die Verantwortlichkeit vor der Gesamtpartei Rücksicht nehmen. Ich habe diese Ausführungen ganz besonders mit Rücksicht auf die vielen Anträge gemacht, die eine Unterstützung von Versuchunternehmungen bezwecken. Ich wiederhole: ich male nicht zu schwarz, sondern wünsche nur, daß die Partei vor Schaden bewahrt wird. (Beifall.)

Den Bericht der Kontrolleure erstattet

Meister: Wir haben uns mit verschiedenen Beschwerden beschäftigt. Zunächst mit der des Korrektors am „Vorwärts“, Wieth, der eine Gehaltsnachzahlung von drei Wochen verlangte. Nach genauer Prüfung mußten wir die Beschwerde zurückweisen. Wieth wollte eine neue, näher begründete Beschwerde diesem Parteitag unterbreiten, hat mir aber seiner Zeit geschrieben, daß er davon Abstand nehme. Dann hatten wir uns zu befassen mit dem recht

unangenehmen Brief im feststen Berliner Wahlkreise. Leider hatten die Berliner Genossen keine Neigung, sich unserer Entscheidung zu fügen. Als es zu einer Katastrophe zu kommen schien, wurde die Angelegenheit glücklicherweise durch eine freie Kommission aus Berliner Genossen und Genossinnen, dem Parteivorstand, der Fraktion und den Kontrolleuren beigelegt. Die Berliner Delegierten lächeln mir zu; ich hoffe, daß es über Nacht nicht wieder anders geworden ist. (Beifall.) Eine weitere Beschwerde ging von dem Genossen Jahn-Berlin aus. Er war Berichterstatter am „Vorwärts“; aus gewissen Gründen waren Preßkommission und Redaktion sich darüber einig, daß er seine Thätigkeit einstellen müsse. Die Gründe, die geltend gemacht wurden, waren auch für uns maßgebend; wir waren nicht in der Lage, dem Wunsche von Jahn Rechnung zu tragen. Eine Beschwerde der Genossen Eisinger und Herrmann in Nürnberg richtete sich dagegen, daß die Einberufung eines von ihnen gewünschten Schiedsgerichts abgelehnt wurde. Die beiden Genossen waren seiner Zeit in Nürnberg aus dem Verein ausgeschlossen worden und in einen andern Verein eingetreten. Der Parteivorstand hat selbst Stellung zu dieser Frage genommen und ihnen brieflich mitgeteilt, daß beide noch Mitglieder der Partei seien, wenn sie selbst sich als solche bethätigen. Die Kontrolleure mußten diese Auffassung teilen und sind der Ansicht, daß sich die beiden Beschwerdeführer noch als Parteigenossen zu betrachten hatten.

Die Redaktion der „Sarja“ beschwerte sich, weil die Redaktion des „Vorwärts“ ihr angeblich nicht den gewünschten Raum zur Verfügung stellte. Wir stellten nun zunächst fest, daß die „Vorwärts“-Redaktion bei der Sache ganz unbetheilt war. Die betreffenden Anordnungen waren vom Parteivorstand getroffen worden. Was diese Anordnungen selbst betrifft, so sind wir der Ansicht gewesen, daß die Genossen der „Sarja“ mit dem ihnen zur Verfügung gestellten Raum recht wohl zufrieden sein konnten. Außerdem ging die Beschwerde so verfaßt ein, daß sie schon aus diesem Grunde hinfällig war.

Ferner lag eine Beschwerde vor von den Genossen in Bochum. Ein dortiger, in Notlage befindlicher Genosse hat vom Parteivorstand eine zweimalige Unterstützung von 150 und 100 M. erhalten. Der betreffende Genosse hat dann eine Stellung erhalten; es ergaben sich jedoch Mißlichkeiten, so daß von beiden Teilen der Wunsch ausgesprochen wurde, er möge aus dieser Stellung wieder austreten. Die Genossen in Bochum waren nun der Ansicht, daß sich der Parteivorstand verfehlt habe, indem er sie vor Bewilligung der Unterstützungen nicht befragt hat. Die Kontrolleure haben aber die Beschwerde zurückgewiesen, da sie den Vorstand nicht für verpflichtet halten, solche Erkundigungen einzuziehen, wenn, wie in diesem Falle, ihm die Sachlage und die Person genau bekannt ist. Die Bochumer glaubten, solche Erkundigung habe unter allen Umständen zu erfolgen. Das ist ein Irrtum. Wenn dem Vorstand die Verhältnisse nicht genau bekannt sind, holt er sich stets Auskünfte ein. Aber in diesem Falle handelte es sich um einen alten Genossen, der dem Vorstand sehr genau bekannt war, und infolgedessen wiesen wir die Beschwerde zurück. Die Bochumer gaben sich damit aber nicht zufrieden und unterbreiteten uns ihre Beschwerde nochmals. Kurz vor dem Parteitag erhielten wir noch einmal genau denselben Brief, den wir bis heute aus Mangel an Zeit noch nicht erledigen konnten.

Eine weitere Beschwerde lag von den Genossen in Mülhausen vor. Sie hatten vom Vorstände vergebens die Stellung einer Kautions zur Herausgabe einer Tageszeitung — 20 000 M. — verlangt. Auer hat die Sache schon eingehend behandelt. Der Standpunkt der Kontrolleure deckt sich mit dem des Vorstandes. Der Vorstand ist nicht berechtigt, und die Kontrolleure erst recht nicht, solche ungeheure Summen für einzelne Bezirke festzulegen. Parteigeld ist früher, das jeden Augenblick zur Hand sein muß. Für Elsaß-Rothringen ist außerordentlich viel und gern gethan worden, weil man der besonderen Situation

Sozialdemokratische Partei

Deutschlands

Parteivorstand

Bibliothek

hört Rechnung getragen hat. 19 000 M. sind hergegeben worden in der Hoffnung, daß nun nichts weiter gefordert, sondern das Kapital verzinst werden würde. Für Straßburg sind zu einer Kaution 12 000 M. gegeben worden, jetzt verlangen die Straßburger weiter 8000 M., weil sie das Blatt nach der Stadt verlegen wollen. Würden den Mülhäufern die 20 000 M. gegeben, dann wären 40 000 M. allein in Elsaß-Lothringen festgelegt. Das geht nicht, so wünschenswert es auch sein mag. Man muß sich einschränken und warten, bis die eigene Kraft so weit reicht. Die Kontrollkommission hat gestern die Beschwerde der Mülhäufer abgelehnt.

Dann hat sich die Kontrollkommission noch mit einer Beschwerde des Gauvorstandes für Nordböhern zu beschäftigen gehabt. Der Gauvorstand ist der Ansicht, daß in der Kassenführung des früheren Gauassistenten Kocktopf Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Beweise dafür aber hat er nicht anführen können. Ein Vermittlungsversuch ist vergeblich geblieben. Kocktopf will die Bücher nicht ausliefern, was ihm als großes Vergehen angedreht wird. Er erklärt, daß er, einem alten Gebrauch folgend, nachdem die Gaukonferenz stattgefunden, Bücher und Belege verbrannt habe. Die Revisoren bestreiten, daß dies Usus gewesen sei. Jetzt sind Rechnungen präsentiert, zu denen die Belege fehlen sollen. In einem uns weiter zugegangenen Schreiben wird uns mitgeteilt, daß bei Uebergabe der Bücher an den neuen Gauvorstand auch ein Sparassenbuch mit übergeben wurde. Gelegentlich der Erhebung von Geld wurde dem Gauassistenten eine Quittung vorgelegt, laut welcher Kocktopf unter dem 7. Januar 200 M. Geld erhob, das wieder im Sparassenbuch als erhoben bezeichnet, noch in den sonstigen Büchern im Einnahmen oder Ausgaben zu finden ist. Nach persönlichen Vorstellungen bei Kocktopf gab dieser zu, die genannte Summe erhoben zu haben und versprach, das Geld zurückzuerstatten, was inzwischen auch bereits erfolgte. Darauf haben wir den Genossen in Nürnberg den Rat gegeben, den erforderlichen Instanzenweg zu benutzen und das Weitere selbst zu veranlassen.

Nun hat uns noch beschäftigt der Cigarrenarbeiter Kerl in Delmenhorst, der seine Wiederaufnahme beantragt. Kerl, der seiner Zeit ausgeschlossen worden war, war Redacteur des in Delmenhorst erscheinenden Blattes gewesen. Die Parteigenossen glaubten, er habe eigenmächtig, die bei seiner Entlassung strittige Geldfrage geregelt. Kerl hatte früher niemals gegen seine Ausschließung protestiert. Er gibt an, es sei ihm eine zweite Verhandlung, nachdem er an der ersten nicht habe teilnehmen können, verweigert worden. Wir haben uns für inkompetent erklärt, jemanden, der gegen seine Ausschließung überhaupt keine Einwendungen erhoben hat, wieder aufzunehmen. Wir haben ihn darauf verwiesen, sich in Delmenhorst zur Wiederaufnahme zu melden. Würde ihm diese verweigert, könne er die Parteizustände in Anspruch nehmen.

Endlich hat uns der bereits erwähnte Herr Bielt kurz vor dem Parteitage noch eine sehr umfangreiche Beschwerde eingereicht, weil es notwendig geworden war, ihm seine Stellung zu kündigen. Er protestiert gegen diese Kündigung, die er als Resultat von allerlei Machinationen ansieht. Mit dieser Beschwerde sind wir gestern nicht fertig geworden, ich werde Ihnen später darüber berichten.

Die Revisionen der Parteikasse, der Buchhandlung und des Partei-Organis „Vorwärts“ usw. haben nie zu Monitas Veranlassung gegeben. Ich beantrage Verhänge.

Zum Schluß muß ich mein tiefstes Bedauern zum Ausdruck bringen über den schweren Verlust, den die Partei und im besonderen die Berliner Genossen erlitten haben durch den Tod unseres Veteranen Mehnert. (Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.) Wir, die wir die Kleinarbeit der Kontrolleure mit ihm zu erledigen gehabt haben, wissen am besten, welchen Irkumst und Braden

Genossen wir an ihm verloren haben. Die Partei wird sein Andenken ehren. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Singer bittet, auf die auf die Presse, auf Agitation und auf Taktik bezüglichen Anträge, die doch noch gefordert zur Verhandlung kommen, möglichst wenig einzugehen und über die Polemikfrage besonders zu debattieren.

Der Parteitag ist mit diesem Vorschlage einberstanden.

Kaiser-Pforzheim will eine sich auf die Einberufung eines besonderen preussischen Landtages beziehende Resolution befürworten, wird aber von Singer darauf aufmerksam gemacht, daß der Parteitag sich bereits gestern Abend dahin entschieden habe, diese Frage den preussischen Genossen zu überlassen.

Wolt-Bochum: Wir Bochumer waren mit den Beschlüssen bezüglich der Gründung eines Centralorgans für Rheinland und Westfalen keineswegs einverstanden, wir wurden erst zur Beratung hinzugezogen, als die Sache schon perfekt war, und da erklärte ich ausdrücklich, daß wir es dem Parteivorstande nicht verdenken können, wenn er unter solchen Umständen seine früheren Versprechungen uns gegenüber nicht aufrecht erhält. Die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit eines besonderen Blattes für Bochum hat auch der Parteivorstand anerkannt. Es ist richtig, daß der Parteivorstand für uns große Zusätze geleistet hat, aber wir haben die Schulden, die sonst das Dortmunder Blatt gemacht hatte, auf unser Konto übernommen. Jetzt haben unsere Genossen sich dahin entschieden, daß sie ihr Blatt aus eigener Kraft halten und sich nicht auf den Parteivorstand verlassen wollen. Unsere Verbindlichkeiten werden wir später nachkommen. Wir haben es gewagt, das Blatt zu gründen, weil sich das für unseren Wahlkreis als notwendig herausstellte. Die Einnahmen im Preise sind schon erheblich gestiegen, und wir haben Hoffnung, das Defizit in einigen Jahren zu decken. Was die Beschwerde aus Bochum betrifft, so wurde die betreffende Stellung ausdrücklich nur auf eine bestimmte Zeit vergeben. Der Genosse warke das, als er die Stellung annahm; wir hielten ihn einer Unterstützung nicht für würdig. Der Parteivorstand war nicht genügend informiert.

Kiesel-Berlin VI: Meißner hat erwähnt, daß die Kontrolleure auch mit den Genossen des 6. Berliner Wahlkreises zu thun gehabt haben. Er hat aber nicht gesagt, daß es sich nur um einen Teil der Genossen dieses Wahlkreises handelte. Die übergroße Mehrzahl der Genossen hat sich dem Schiedspruch der Kontrolleure gern angeschlossen. Der hierzu vorliegende Antrag ist hinter dem Rücken der Organisation an den Parteitag gebracht worden. Bei dem Antrage 8, der Protest einlegt gegen die Versicherung der Partei-Angestellten durch den Vorstand, sind die Antragsteller, Parteigenossen in Berlin VI, von durchaus idealen Gründen geleitet worden. Sie glauben, daß die Partei als solche eine Einbuße durch solche Vertragsleistungen für den Verein „Arbeiterpresse“ erleiden kann. Der Genosse Kröhn, der diesen Antrag befürwortete, wollte mit seinem Antrag nur der Partei dienen. Er befürchtete, daß es eine Schraube ohne Ende werden würde, wenn Parteigelber zu solchen Zwecken verwendet würden. Das Gefühl der Empörung hat dann die Parteigenossen dazu bestimmt, dem Antrage ohne weiteres zuzustimmen. Man war der Ansicht, daß den im Dienste der Partei thätigen Genossen, die alle Abend erst um 2 bis 3 Uhr spät von Versammlungen usw. nach Hause kommen, die auch einmal in die Hände des Staatsanwalts geraten können und durch ihre Reden, die sie nicht so kontrollieren können wie ein Redacteur, mindestens dasselbe Recht zugehe. Man hält derartige Einrichtungen für durchaus nicht notwendig innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Sie stehen mit dem alten Geiste der Partei in Widerspruch.

Prohne-Hamburg: Der Bericht des Parteivorstandes befriedigt mich in manchen wichtigen Punkten nicht. Das ist allerdings nicht die Schuld des Vor-

standes, die Schuld liegt vielmehr bei andern Stellen. Es ist wohl mit Recht zu verlangen, daß die Vorstandsberichte ein eingehendes und erschöpfendes Bild von der ganzen Parteibewegung geben. Das war bei den Berichten nicht der Fall. Was besonders fehlt, sind Angaben über die Stärke der einzelnen sozialdemokratischen Organisationen. Nichts ist wichtiger als eine solche Statistik. Sie soll nicht nur uns, sondern auch der Öffentlichkeit zeigen, wie mächtig die Organisation, wie weit die innere Erstarkung der Partei vorgeschritten ist. Ich weiß wohl, daß sich der Vorstand die erdenklichste Mühe gab, solche Angaben zu erhalten. Diese Mühe war aber umsonst. Es ist doch unerhört, daß solche Anregungen nicht besser befolgt werden. Auch auf finanziellem Gebiet kann es nicht so weiter gehen, wie bisher. Wir müssen leider die Beobachtung machen, wie das Gros der Parteigenossen die finanziellen Leistungen an die Partei als etwas recht Nebenwichtiges betrachten. Es ist gewiß nichts dagegen zu sagen, wenn die Gewerkschaften immer höhere finanzielle Anforderungen an ihre Mitglieder stellen. Wenn sich aber Genossen unter Berufung darauf von ihren Verpflichtungen gegen die Partei drücken, so ist das nicht recht. Sehr zu tadeln ist auch die große Masse kleiner Vereine und die Vereinsmeiererei, die unter den Parteigenossen emgerissen ist. Wir müssen dahin wirken, daß die einzelnen Organisationen in entsprechender Weise ihrer moralischen Vereinspflicht nachkommen. Leider wird sich wohl ein Modus nicht finden lassen, der es erlaubt, die Organisationen nach Maßgabe ihrer Stärke zu Leistungen an die Parteikasse heranzuziehen. Aber ihrer moralischen Pflicht sollten sich alle Genossen bewußt sein. Der Wahlkreis Altona gehört gewiß nicht zu den slauen Zahlern. Wir sind aber doch zu dem Entschluß gekommen, die Beiträge zu erhöhen, um Mittel zu gewinnen, daß wir größere Beiträge an die Partei abliefern können. Wir müssen bedenken, daß wir außer durch die bevorstehenden Wahlen auch noch in anderer Weise in Zukunft belastet werden. Es kommen Landtags- und Kommunalwahlen u. und wenn wir da nicht rechtzeitig für die Parteikasse sorgen, werden alle Gelder für diese Zwecke verwendet. Es giebt eine ganze Anzahl von Wahlkreisen, die Vertreter in den Reichstag schicken, aber nicht einmal so viel Beiträge an die Parteikasse abliefern, als diese Abgeordneten an Entschädigungen erhalten. Dieser Zustand ist abzustellen, wenn nur der nötige gute Wille vorhanden ist. Ich richte die Aufforderung an die versammelten Delegierten, in diesem Sinne in ihren Kreisen zu wirken. (Sehr richtig!)

Holf Braun (Münchberg) begründet den Antrag Münchberg betreffend die Auskunft des Vorstandes über die Durchführung früherer Parteitagebeschlüsse. Wir sind nicht so unbescheiden, Auskunft über alle bisher gefassten Beschlüsse zu verlangen, obwohl auch das sehr wünschenswert wäre, sondern wir wollen nur alljährlich wissen, was aus den Beschlüssen des letzten Parteitages geworden ist. Wir gehen von dem Gedanken aus, daß viele Beschlüsse auf Parteitagungen gefaßt werden, nur, um nicht gehalten zu werden, wie ein bössartiger Mann einmal sagte. Das wird aufhören, wenn in Zukunft immer gezeigt wird, wie leicht Beschlüsse gefaßt und wie schwer sie ausgeführt werden. Unausführbare Beschlüsse wird man dann verhindern, und die Anträge werden auch ernster bekämpft werden, wenn man weiß, daß im nächsten Jahre der Parteivorstand mitteilt, daß wieder ein Duzend Beschlüsse gefaßt wurden, die unausführbar sind. Aber sagt, vieles bleibt unerledigt, vieles wird ad acta gelegt. Das ist ja nicht sehr schmeichelhaft für den Parteitag, es wird aber sehr lehrreich sein, wenn man das schwarz auf weiß zu lesen bekommt. Wenn unser Antrag angenommen wird, und wenn ferner, wie es die Dresdener Genossen wünschen, am Schluß des Protokolls die auf dem Parteitag angenommenen Beschlüsse und Resolutionen veröffentlicht werden, dann haben unsere Protokolle einen erheblich höheren Wert, und unsere agitatorisch thätigen Genossen, Journalisten und dergleichen können dann viel leichter als heute orientieren. Was wir wünschen, ist eine rein

formale Sache, der jede Spitze gegen den Parteivorstand fehlt. Es liegt im Interesse der Partei, daß der Antrag angenommen, nicht ad acta gelegt, sondern auch durchgeführt wird. (Heiterkeit.) Ein anderer Wunsch, den ich vorzubringen habe, könnte vielleicht heimlich erscheinen, ich wünsche, daß der Parteivorstand sich einen Stautschufkempel angeschafft. (Heiterkeit.) Es giebt nämlich Briefe, die aus der Kreuzbergstraße 30 an die Redaktionen kommen, aus denen man absolut nicht erkennen kann, ob es Briefe des Parteivorstandes oder private Mitteilungen eines sehr geschätzten Parteisekretärs sind. Diese Entscheidung ist aber für unsere Redacteurs sehr wichtig. Auf Grund des Organisationsstatuts hat der Parteivorstand die Pflicht, die Presse zu überwachen, und die Redacteurs, wenigstens so schlecht wie ich, bekommen von Zeit zu Zeit solche Briefe zugeschickt. Wir wissen aber nicht, ob es sich da um Briefe handelt, die auf Grund des Organisationsstatuts vom Parteivorstande gesandt werden, oder nur um freundliche Mißverständnisse eines nicht ganz unbekanntem Parteisekretärs. (Heiterkeit.) Mein Vorgänger in der „Präussischen Tagespost“ bekam mal solchen freundlichen Brief, weil er sich in einem Artikel gegen die Stellung Bernheims zur Kolonialpolitik wandte. Es hieß in dem Brief, unser Standpunkt zur Kolonialpolitik sei veraltet. Ich bekam, als ich den Stuttgarter „Beobachter“, der uns wegen der Verelendungstheorie angriff, anwackte, einen Brief, in dem gesagt war: ach, mit der Verelendungstheorie, das ist ja Unnunn! (Hört! hört!) Ein andermal bekam ich einen Brief aus der Kreuzbergstraße 30, weil ich nach dem Rücktritt Millerands einen Artikel veröffentlicht hatte, der nicht gerade von Lob gegen Millerand überfloß. In diesem Briefe wurde auseinandergelegt, Millerand habe doch keine großen Verdienste usw. (Hört! hört!) Es wäre doch interessant, wenn man bei diesen Briefen, die ich gar nicht wissen möchte; und die desto schöner, je größer sie sind (Heiterkeit), unterscheiden könnte zwischen solchen, die vom Parteivorstand und solchen, die von dem Genossen Irre ausgehen. (Heiterkeit.)

Windhoff (Düsseldorf): Wir haben durchaus keinen Vorrat geschossen, als wir ein eigenes Blatt gegründet haben. Das Klopfflat hat 1700—1800 Abonnenten, das eigne Blatt hat 3700—3800 Abonnenten, trotz Rand und Streik in den eignen Reihen. Vom Vorstand haben wir noch keinen Pflöckling bekommen. Während wir in der ersten Woche bei dem eignen Blatt ein Deficit von 1400 M. hatten, ist dies Deficit aus der Kreuzbergstraße 30 wöchentlich herabgemindert worden. Würde der Vorstand uns Hilfe leisten, würden wir rasch weiter kommen. Im Vorstand aber herrschte die Meinung, da mit der Fertigstellung der Düsseldorfer Anstellung, wofür 12 000 Arbeiter thätig waren, die Abonnentenzahl sich um 2000 vermindern würde. Das ist nun durchaus nicht richtig gewesen. Durch die Parteipresse lief die Nachricht, daß der Parteigenosse Wasser in Düsseldorf sich das Eigentum der Düsseldorfer Genossen anzueignen versucht habe. Die „Düsseldorfer Volkszeitung“ brachte die Notiz zuerst, wie ich annehme, in gutem Glauben. Dann übernahm sie der „Vorwärts“. Ich konstatiere hier, daß an der Nachricht kein wahres Wort ist. Genosse Wasser wäre ja verrückt, wenn er sich dieses Eigentum aneignen wollte, das aus einigen Tausend Mark Schulden besteht. (Heiterkeit.)

Bömelburg (Hamburg): Das bedauerlichste Vorkommnis in der Parteibewegung ist wohl das, was sich in der letzten Zeit in Bochum zugetragen hat. Genosse Wolf, der den Standpunkt der Bochumer Genossen verteidigt hat, erklärte, daß eine Vereinbarung mit dem Parteivorstande sich nicht habe treffen lassen. Man ist in Bochum der Ansicht des Parteivorstandes nicht gefolgt, der in Dortmund ein Centralorgan für die drei Wahlkreise Dortmund, Essen und Bochum wünscht. Dies Verhalten der Bochumer Genossen ist auf jeden Fall tief zu bedauern. Die Partei hat dort ungeheure Opfer gebracht, es ist ein großer Neubau, neue Schrift, neue Maschinen usw. angeschafft worden. Die

großen Summen sind aus allgemeinen Parteimitteln geflossen. Die Bochumer Genossen hätten also die Pflicht, diesen Opfern der Partei durch Unterstützung des Dortmunder Centralorgans Rechnung zu tragen. Wenn sich später herausgestellt hätte, daß in diesem Centralorgan die speciellen Interessen Bochums nicht genügend berücksichtigt werden könnten, so hätten die Bochumer Genossen auf dem nächsten Parteitag mit ihren Beschwerden kommen können. Die drei Wahlkreise Dortmund, Bochum und Essen sind gewissermaßen als ein einziger Ort zu betrachten, wir haben es dort mit einer rein industriellen Arbeiterbevölkerung zu thun, die politisch und wirtschaftlich die gleichen Interessen hat. Ich halte es für ausgeschlossen, daß ein besonderes Bochumer Blatt existenzfähig sein könne. Aber selbst, wenn das Blatt notdürftig über Wasser gehalten werden könnte, so würde doch keineswegs eine gute Zeitung dort hergerichtet werden können. Der einzige Redacteur, den man anstellen kann, kann doch nur mit der Schere arbeiten. Bei einem Centralorgan könnte man ganz ohne einen Zuschuß der Gesamtpartei auskommen und einen ausreichenden Redaktionsstab anstellen. Das Bochumer Vorgehen kann dahin führen, daß in diesem Bezirke zwei Parteiblätter sich gegenseitig Konkurrenz machen. Das Verhalten der Bochumer Genossen ist ein derartiges, daß sie keine Unterstützung der Gesamtpartei für ihre Interessen beanspruchen können.

Grundwald-Erfurt: Die Anträge der Erfurter Genossen betreffend die Einstellung der hohen Zuschüsse an einzelne Parteiblätter und Hergabe der Berichte des Vorstandes und der Fraktion als Beilagen zu den Parteiblättern bitte ich in dieser Art abzulehnen. Beide Anträge haben materielle Berechtigung, sind aber in der Form unpassierbar. Der zweite Antrag könnte erledigt werden durch die Protokolle, die wir natürlich nicht zu dem Selbstkostenpreis abgeben können, weil wir ja damit ein Geschäft machen müssen. Den zweiten Antrag bitte ich wenigstens dem Vorstand zur Erwägung zu überweisen. Die Reichstagswahlen haben ja nicht nur den Nachteil, daß sie die Centrakasse leeren, sondern auch den Vorzug, daß sie die Lokalkassen vorher ungenügend füllen. Es giebt eine große Zahl von Wahlkreisen, die es mit ihrer Ehre nicht vereinbar halten, sich für die Wahlen von der Centrakasse einen Zuschuß geben zu lassen. Deshalb sind ihre Kassen gefüllt und sie können auch für ihre Kreise etwas thun. Außer der im Vorstandsbericht schon beklagten Zersplitterung der Vereine giebt es auch noch eine bedauerliche Zersplitterung der Litteratur und man kauft ohne positiven Nutzen leider auch Erzeugnisse, die durch die rote Farbe ihres Umschlages das zu erkenne suchen, was ihnen vielleicht innerlich an echter roter Farbe fehlen mag. — Eine Bitte, die ich an den Parteivorstand zu stellen habe, geht dahin, es möge in Zukunft die Tagesordnung nicht schon gleich nach Schluß der parlamentarischen Arbeit, sondern erst kurz vor der öffentlichen Einberufung des Parteitages aufgestellt werden. Das ist schon nötig mit Rücksicht auf die oft recht schnell wechselnde politische Lage. Die Konferenz für die preussischen Landtagswahlen bitte ich möglichst frühzeitig einzuberufen, damit wir dann Zeit haben, uns auf die schwierige Technik der Wahlen gleichmäßig vorzubereiten. Noch auf einen Gesichtspunkt möchte ich hinweisen: Auer hat heute sehr richtig nachgewiesen, daß das Centrum ein ungeheures Maß von Sünden auf sich geladen hat. Das Material zur Bekämpfung dieser Partei ist also de facto vorhanden; aber die kleinen Agitatoren, die für die Partei so ungemein wichtig sind und auf die wir so stolz sein dürfen, wissen oft nicht, wo sie dieses Material zu suchen haben. Diese Genossen müssen deshalb aufgefordert werden, sich wichtige Artikel und Notizen auszuscheiden und für die Agitation aufzuheben. Ich schliesse, indem ich nochmals betone, daß ich die Erfurter Anträge materiell für berechtigt halte, wenn sie auch wegen der Form nicht passieren können.

Holk Hoffmann-Berlin: Auf jedem Parteitage hören wir Klagen über den ungeheuren Zuschuß für die Presse, auf jedem Parteitage wird gewarnt vor

unüberlegten Neugründungen. Das hat aber alles nichts genutzt. Deshalb empfiehlt sich vielleicht ein energischeres Mittel. Ich schlage vor, daß alljährlich auf dem Parteitage ein Ausschuß gewählt wird, der prüft, welche Blätter unterstützt werden sollen, und daß der Parteitag die Unterstützungen beschließt. Auer hat recht: die Genossen sagen sich eben, wenn wir scheitern, setzen wir dem Vorstand die Pistole auf die Brust, dann muß er bewilligen. Es thut aber gar nichts, wenn ein Blatt, das nicht lebensfähig ist, schon im ersten Jahre zu Grunde geht, als daß es fortgesetzt unterstützt wird. (Sehr richtig!) Gerlach hat auch auf die 10 000 M. Deficit der „Neuen Zeit“ hingewiesen. Ich glaube doch, daß sich dieses Deficit bei reger Agitation beseitigen läßt. Aber da stoßen wir auf einen alten Fehler. Wo eine Zeitung lebensfähig ist, da werden zwei und drei gegründet. Genau dasselbe gilt von der „Neuen Zeit“ und dem andern Blatt. Bei diesem aber handelt es sich nicht um eine Parteigründung, sondern um ein Privatunternehmen. Da sollte aber für jeden Genossen nicht maßlos sein zu sagen: Ich mag nicht für die „Neue Zeit“ schreiben, sie gefällt mir nicht. Bringen Sie doch hier vor, was Sie an Forderungen wünschen. (Sehr richtig!) Aber sorgen Sie nicht zu Gunsten eines Privatunternehmens dafür, daß das Deficit eines Partei-Organs größer wird. (Sehr richtig!) Ein großer Teil der Berliner Genossen steht auf dem Standpunkt von Berlin VI. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die die schwierige und gefährliche Kleinarbeit unentgeltlich leisten, besteht kein Unterstützungsfonds wie für die nicht ganz schlecht gestellten Angestellten der Partei-Unternehmungen, die die Versicherung schließlich selbst bezahlen können. (Sehr richtig!)

Winski-Leipzig: Die Unterstützungsgenossenschaft soll den gesamten Anstellungen der Partei und Gewerkschaften zu gute kommen, es ist ein Unverhältnis mit der Generalkommission der Gewerkschaften erzielt worden. Von den Beiträgen in Höhe von 6 M. monatlich zahlen die Gewerkschaften die Hälfte, einige zahlen den ganzen Beitrag. Nun ist gesagt, die Agitatoren sind ausgeschlossen. Aber die Genossenschaft ist doch gegründet worden auf Grundlage der Selbstversicherung der Mitglieder, es ist niemand ausgeschlossen, der in der Partei thätig ist, aber in irgend einem finanziellen Zusammenhang zur Partei muß der Betreffende doch stehen. Die Verwaltung hat gegen die Erweiterung des Rahmens der Genossenschaft gewiß nichts einzusetzen. Vor allem mußte jedoch einmal etwas geschaffen werden; wie notwendig das war, ersehen Sie aus der Thatsache, daß im Laufe eines einzigen Jahres sechs Genossen gestorben sind, für deren Witwen aus Vereinsmitteln über 2000 M. Sterbegeld gewährt sind. Wir sind mit dem Verlangen an die Parteiberlage herangetreten, Beiträge zu leisten, und in dankenswerter Weise ist diesem Verlangen Rechnung getragen durch Zuschüsse oder dadurch, daß man einen Teil der Beiträge leistete. Das liegt im Interesse der Partei selbst, die dadurch nur entlastet wird.

Einger: Ich habe den Vorredner nicht unterbrochen, da er sich auf Neuherungen des Berichterstatters bezogen hat. Ich bitte aber dringend, die jetzige Debatte nicht dazu zu benutzen, um über alle vorliegenden Anträge zu verhandeln. Ein gewisser formeller Zusammenhang ist ja nicht zu leugnen; wenn wir aber alle Anträge jetzt debattieren, so entsteht eine Verwirrung, aus der sich kein Mensch mehr herausfinden kann. Es erscheint mir richtiger, die Bemerkungen bis zur Verhandlung der einzelnen Anträge anzuspazieren; es ist ja nicht möglich, die Genossen zu hindern, über die Frage zu sprechen, ob Parteigenossen nur für Parteiblätter schreiben sollen. Aber die Frage der Umwandlung der „Neuen Zeit“ muß auf alle Fälle aus dieser Debatte ausscheiden.

Zubeil-Berlin: Es ist jetzt und in Zukunft nicht mehr möglich, in dem Maße wie früher die eingegangenen Mittel in der Parteikasse anzuwachsen zu lassen. Die Anforderungen an die Partei sind von Jahr zu Jahr vermehrt

worben. Die kommunale Tätigkeit verzehrt einen großen Teil aller von den Parteigenossen aufgebracht Mittel. Zu dieser Tätigkeit müssen erhöhte Mittel aufgewendet werden. Wir brauchen Mittel, um vorübergehende Hausbesitzer zu schaffen usw. Auch die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen wird die finanzielle Kraft der Partei stark in Anspruch nehmen. Uner hat mit Recht Vertretung dagegen eingelegt, daß vom Parteivorstande der Gewerkschaftsbewegung irgenbtwelche Hindernisse in den Weg gelegt würden. Die heutige Gewerkschaftsbewegung nimmt einen großen Theil der Mittel in Anspruch, die früher an die Partei abgeliefert werden konnten. Die Gewerkschaftsbewegung hat vor allen Dingen ihre Teilnehmer in wirtschaftlicher Beziehung sicherzustellen, um dadurch erst die Teilnahme der Arbeiterschaft an dem politischen Kampf zu unterstützen. Die von Berlin, Hamburg und den andren großen Centren aufgebrauchten Mittel müssen natürlich, wo es not thut, auch den Genossen in den kleineren Orten zu gute kommen, aber der Parteivorstand darf unter keinen Umständen Mittel für solche Unternehmungen ausgeben, wie wir es leider heute wieder durch den Bericht des Parteivorstandes zu hören bekommen haben. Wenn Wochum recht haben soll, hätten wir dasselbe Recht für die ländlichen Kreise um Berlin, für die auch der „Vorwärts“ nicht das ausschlaggebende Organ ist. Auch dort müssen wir den Wahlkampf mit Broschüren, Flugblättern usw. führen, ohne besondere Vorortzeitungen zu besitzen. Wir sind aber trotzdem mit dem „Vorwärts“ zufrieden, der ja in erster Linie in Berlin dominierend ist. Man kommt jetzt dahin, daß man den Wahlkampf an keinem Orte führen zu können erklärt, wo wir nicht ein eignes Partei-Organ besitzen. Ich bitte unsern Parteivorstand und speciell unsern Finanzminister (Heiterkeit), noch weit mehr als bisher in dieser Beziehung die Hand auf die Kasse zu legen. Noch eins. Es berührt schmerzlich, wenn man sehen muß — Sie sehen die roten Hefte dort auf dem Tisch —, daß selbst derjenige Parteigenosse, der in seinem Vorstandsbericht Klage darüber führte, daß die „Neue Zeit“ ein Deficit habe, an der Spitze des neuesten Heftes dieser Zeitschrift seine geistige Arbeit niederlegt. Man zwingt uns, wenn wir heute die geistige Arbeit vieler gebildeter Parteigenossen, die schriftstellerisch thätig sind, kennen lernen wollen, Privatunternehmungen zu unterstützen und damit Partei-Unternehmungen willig oder widerwillig untergraben zu helfen. Ob etwas Derartiges von leitender Stelle richtig ist, das mögen die Parteigenossen selbst beurteilen.

Singer: Nachdem die Diskussion den Verlauf genommen hat, daß über Mitarbeit an nicht-sozialdemokratischen Organen gesprochen wird, halte ich es für richtig, den Antrag 16 Augsburg mit zur Diskussion zu stellen, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß Polemiken von Parteigenossen, die an Artikeln von Partei-Organen oder im Parteiverlage erscheinenden Zeitschriften oder Broschüren geknüpft werden, wiederum in Partei-Organen usw. gepflogen werden. — Der Antrag wird genügend u n t e r s ü h t. Die Umwandlung der „Neuen Zeit“ ist einer besonderen Diskussion vorbehalten.

Richard Fischer-Berlin: Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um auf einige Versicherungen von Braun zu erwidern. Braun meint, die Tendenz des Antrages Nürnberg ginge nur dahin, den Genossen eine Uebericht darüber zu geben, wie viel unnötige und unmögliche Anträge gestellt werden; und er hat sich auf den Wunsch der Dresdener Genossen berufen, daß jeweils am Schluß der Protokolle eine Zusammenstellung der angenommenen Anträge erfolgen solle. Es wäre vielleicht kein Unglück, wenn die Genossen, die solche Anregungen geben, mal ab und zu die Protokolle anschauen (Sehr gut!), sie werden dann finden, daß diese Anregungen bereits seit 1898 zur Thatsache geworden sind. Es findet sich am Schluß nicht nur eine Zusammenstellung der angenommenen Anträge, sondern es wird auch Auskunft über das Schicksal jedes einzelnen Antrages erteilt.

W. Helms-Berlin: Ich würde das Wort nicht ergriffen haben, wenn mich nicht Hoffmann mit seinem Vorstoß dazu genötigt hätte. Er findet, daß die „Sozialistischen Monatshefte“, deren Mitarbeiter ich ja auch bin, der Parteiliteratur Konkurrenz machen. Mag sein, aber ob gerade Hoffmann geeignet ist, das zu rügen, das erscheint mir zweifelhaft. Ich möchte ihm doch ins Gedächtnis rufen, daß er seit 10 Jahren einen höchst lukrativen Verlag betreibt, der der Parteiliteratur ganz erhebliche Konkurrenz macht. (Sehr gut.) Ich mache ihm das nicht zum Vorwurf, das ist sein gutes Recht, aber das Recht, das er persönlich für sich in Anspruch nimmt, muß er auch andren lassen. Zubeil hat sich zum Sprachrohr der Angriffe gegen Uner gemacht, die in verschiedenen Blättern erschienen sind. Ein Blatt hat geschrieben, es wäre ja interessant, daß dem Parteisekretär Uner die Mitarbeit in der „Neuen Zeit“ nicht viel wert sei. Wie wollen doch mal die Sache umdrehen. Wie viel ist denn der „Neuen Zeit“ die Mitarbeit der Genossen wert, die jetzt in den „Monatsheften“ schreiben? Glauben Sie denn, daß wir, die wir für die „Monatshefte“ schreiben, so darauf veressen sind, unfre Artikel irgendwo abzuladen? Glauben Sie denn, ich gehe zu Bloch, und bitte ihn um Gotteswillen, einen Artikel von mir aufzunehmen? Nein, umgekehrt, wir alle schreiben nur, wenn uns dieser unausbleibliche Redacteur der „Monatshefte“ das Haus einläuft und sagt: Hier ist eine wichtige Frage; darüber müssen Sie schreiben! Dann läßt man sich schließlich breit schlagen. (Geldähter.) Ja, so ist es. So verfährt eine gute Redaktion, und wenn die Redaktion der „Neuen Zeit“ die Mitarbeit von Genossen haben will, so mag sie sich darum bemühen. (Widerspruch.) Der Antrag Augsburg richtet sich direkt gegen Bernstein, der die im Verlage des „Vorwärts“ erschienenen Broschüren von Kautsky in den „Monatsheften“ kritisiert hat. Ich finde das ungerecht, der ganze Streit zwischen Bernstein und Kautsky hört am besten auf. Wer in diesem Fall war Bernstein der Angegriffene, denn beide Kautsky'schen Broschüren sind ja gar nicht zur Agitation gegen den äußeren Feind geschrieben, sondern sie dienen zu neun Zehnteln der Agitation gegen den inneren Feind, der Widerlegung sogenannter Lehren, sie sind so halbe Encyklika, halb Walderseebüchlein zur Einpauung guter und Unterdrückung schlechter Gesinnung. Das Deficit der „Neuen Zeit“ bedauere ich, ich erkenne an, daß das offizielle Organ gewisse Rücksichten zu nehmen hat und daß dadurch die Stellung der Redaktion erschwert wird. Aber zu den Rücksichten, die genommen werden müssen, gehört auch die auf die Einheit der Partei. Nach meiner Meinung nimmt Kautsky mehr Rücksicht auf die Einheitlichkeit der Anschauungen, er treibt es sogar bis zur Einseitigkeit, und darunter leidet allerdings die Aktionseinheit der Partei. Die Redaktion der „Neuen Zeit“ geht offenbar immer davon aus, daß es nur eine richtige Ansicht gibt, alle andern Ansichten seien falsch, die richtige müsse propagiert, die falsche bekämpft werden. Wenn der Redaktion der „Neuen Zeit“ etwas zugesandt wird, was ihr nicht ganz richtig erscheint, so wird sofort das Schwärzchen, die Meinung der Redaktion, angehängt. Das paßt nicht jedem. Mir persönlich ist es allerdings noch nie passiert. Ich schide das voraus, um jeden Einwand nach der Richtung hin abzuschneiden. Wir haben gehofft, es würde eine Aenderung eintreten. Nun, die Form der „Neuen Zeit“ hat sich ja auch geändert, aber daß sich die Einseitigkeit nicht ändern würde, das haben wir bewacht, seitdem Kautsky in Lübeck die Zumutung, mehrere Richtungen zu Worte kommen zu lassen, zurückgewiesen hat mit der höhnischen Bemerkung, das wäre literarisches Ueberbretteln. Mich persönlich berührt das ja nicht. Wenn ich die „Neue Zeit“ für einen geeigneten Resonanzboden hielte, so würde ich auch dafür schreiben, denn mich läßt auch die ganze papierne Fehde gegen einen künstlich zurecht gemachten Revisionismus kalt. Indeß, denen, die in der „Neuen Zeit“ persönlich angegriffen sind, kann man es nicht verdenken, wenn sie nicht dafür schreiben wollen, und es ist eine ungehörige Zumutung, sie dazu

zwingen zu wollen. Ebenso ungehörig ist es, ihnen zu verbieten, für ein anderes Blatt zu schreiben, das von Sozialdemokraten gegründet ist, von Sozialdemokraten redigiert und geschrieben wird, sofern es ein anständiges Blatt ist. Noch weiter geht der Antrag, daß man Schriften, die im Parteiverlag erschienen sind, nur in offiziellen Parteiblättern kritisieren dürfe. Das ist doch ein reines Maulkorbgesetz im Interesse des Parteibuchhandels und der offiziellen Parteilehren. (Zustimmung und Widerspruch.) Wohin soll denn das führen? Ueberhaupt geht mir diese Sanktion von altem, was parteioffiziell ist, denn doch zu weit. Das ist nichts als eine bürokratische Engherzigkeit, abgeduckt unsren schlimmsten Feinden. Wäre der Antrag von nordwärts der Mainlinie gekommen, so würde jeder denken: das ist so der preußische Bürokratismus, der sich da breit macht. Nun stammt er von südlich der Mainlinie; es scheint, die Verpreßung Bayerns hat schon ganz erhebliche Fortschritte gemacht. (Sehr gut und Heiterkeit). Wollen die Bürokraten die freie Kritik beschränken, so ist das ihre Sache; für uns bedeutet solche Censur ein Verkennen der Art der geistigen Arbeit, eine Geringschätzung der Freiheit der geistigen Arbeit. Als Zeugen dafür kann ich Kautsky selbst anführen.

Kautsky erörtert in seiner Broschüre „Am Tage nach der sozialen Revolution“ S. 42, 43 die Frage, wie in der sozialistischen Gesellschaft der Zeitungsbetrieb möglich sei. Er bemerkt, daß die kapitalistische Seite des heutigen Zeitungsbetriebes nur durch Staatsbetrieb ersetzt werden könnte, und weist dann auf die Gefahren hin, die mit einer solchen Verstaatlichung verbunden sein würden. Er sagt: „Muß dann nicht die staatliche Centralisation eines so großen und wichtigen Teiles des geistigen Lebens es mit dem schlimmsten bedrohen, was ihm passieren kann, mit Einförmigkeit und Stagnation.“ Man sieht, unser Freund kennt sich aus, er redet aus eigener Erfahrung. (Heiterkeit.) Er fährt fort: „Kann man das geistige Leben von Majoritätsbeschlüssen abhängig machen? Würde nicht jede neue Wahrheit zuerst nur von einer Minorität erfaßt und verfolgt?“ Kautsky meint: „Hier liegt wohl ein ernsthaftes Problem vor, aber kein unlösbares.“ Und als Lösung erscheint ihm die Tätigkeit freier Vereinigungen, die der Wissenschaft und dem öffentlichen Leben dienen und Produktionen auf diesen Gebieten fördern wollen. Also, Kautsky denkt nicht daran, daß man Schriftstellern in der zukünftigen Gesellschaft verbieten könnte, in andern als den offiziellen Staats-Zeitschriften ihre Arbeiten zu veröffentlichen. Aber ich meine, die geistige Freiheit, die wir in der Zukunft haben wollen, wollen wir auch in der Gegenwart für uns beanspruchen. Die „Soz. Monatshefte“ sind seiner Zeit gegründet worden aus diesem Gesichtspunkt heraus, lediglich um für freie Diskussion über alle Fragen des Sozialismus einen Boden zu schaffen, der nicht durch offizielle Rücksichten eingeengt wird; sie sind von den jungen Leuten mit großen Opfern erhalten worden, sie haben nach und nach eine gewisse Bedeutung erlangt, und Sie können niemand zumuten, daß man ein solches Unternehmen lediglich der offiziellen Partei-Organisation zuliebe einstellt. Das würde heißen, die Partei geistig verarmen. (Beifall und Zischen.)

Schmidt-Düsseldorf: Ich hatte nicht die Absicht, die leidigen Düsseldorfer Preßverhältnisse zu erörtern. Aber die Sache ist von Auer berührt worden und deshalb muß ich darauf zurückkommen. Unser sehr gut fundiertes Kopfblatt ist unter gewissen Umständen in ein täglich am Orte erscheinendes Organ umgewandelt worden. Wir haben das größte Elend deshalb durchkosten müssen und sahen uns nun veranlaßt, da wir eines der beiden Unternehmen aufgeben mußten, die Buchhandlung aufzulösen. Ich möchte nun noch den Ausführungen des Genossen Windhoff aus Düsseldorf entgegenzutreten betreffs der Angelegenheit des Verlegers Wasser. Wasser hat sich in der That der Einwirkung der Preßkommission entzogen, wodurch nicht nur allein wir, sondern auch eine ganze

Anzahl Mitarbeiter geschädigt worden sind. Eine Wiederherbeiführung der früheren Verhältnisse wäre für uns ein Rückschlag von 1000 bis 1500 Abonnenten. Wir würden dann auch mit einem demokratischen Konkurrenzorgan zu rechnen haben. Da der Parteivorstand den Düsseldorfer Wahlkreis selbst für sehr wichtig hält, so soll er uns auch die Waffen nicht entziehen, die wir haben müssen, um ihn zu halten.

Berklein-Berlin: Ich will die Debatte nicht auf das Gebiet des Persönlichen ausarten lassen, sondern nur allgemeine Gesichtspunkte beleuchten. Schon Genosse Grundwald hat es für nötig gehalten, von einer Zeitschrift zu reden, die nur äußerlich mit der Partei zusammenhänge und unter der äußeren Hülle ihres roten Umschlages verdeckt, was ihr an innerer Gesinnung abgehe. Es ist ganz klar, daß damit kein anderes Blatt gemeint war als die „Sozialistischen Monatshefte“. Dagegen protestiere ich ganz entschieden. Die „Sozialistischen Monatshefte“ werden redigiert von einem Parteimitglied, von einem entragierten Parteigenossen dem Genossen Woch, der seit Jahren der Partei angehört und so selbstlos für die Partei wirkt, wie es nach seiner besten Ueberzeugung überhaupt nur der Fall sein kann. Das sollte Grundwald bekannt sein. Die „Soz. Monatshefte“ werden von einem Parteigenossen redigiert, und es schreiben für diese Zeitschrift nur Sozialisten, die der Sozialdemokratie angehören. Hoffmann hat davon gesprochen, die „Neue Zeit“ sei das Partei-Organ, die „Soz. Monatshefte“ ein Privatorgan. Ist nun die „Neue Zeit“ in der That das Partei-Organ? Die „Neue Zeit“ ist von der Partei als wissenschaftliche Revue anerkannt, das ist richtig. Die Partei kommt, was ihr nur zur Ehre gereicht, für das Defizit der „Neuen Zeit“ auf. Aber wird die „Neue Zeit“ als Partei-Organ, als Organ der Partei redigiert? Ganz selbstverständlich wird die „Neue Zeit“ so redigiert, wie es ihrem Redacteur im Partei-Interesse am besten zu sein scheint. An seiner Ehrlichkeit der Gesinnung will ich nicht den geringsten Zweifel erheben. Aber wie weit ist sein Gesichtskreis? Ist sein Gesichtskreis so weit, wie derjenige des Redacteurs eines Organs einer so großen Partei sein muß? Ich sage nicht, daß die „Neue Zeit“ darin unrecht hat, daß sie Ansichten kritisiert, die dem Redacteur falsch zu sein scheinen, das ist ihr Recht und ihre Pflicht. Es werden aber in der „Neuen Zeit“ immer und immer wieder eine Anzahl von Parteigenossen angegriffen, die einen Standpunkt vertreten, der in der Sozialdemokratie insofern ein anerkannter ist, als diese Parteigenossen seit Jahrzehnten viele seit einem Menschenalter in der Partei wirkten, als sie Vertrauensposten innerhalb der Partei ausfüllten. Wenn jemand nur die „Neue Zeit“ läse, so müßte er bestimmte Vertreter der Partei für ganz falsche und elende Kerle halten. (Rebhafte Zurufe: Ohoh Weisse, Weisse!) Also der Weisse! Ich mache dem Redacteur der „Neuen Zeit“ als Menschen durchaus keinen Vorwurf. Aber was bedeutet es, wenn dort in höhrender, spottender Weise mit dem Worte „Revisionismus“ operiert wird? Was wird darunter verstanden? In der letzten Nummer der „Neuen Zeit“, in der Parteitagsnummer, werden Sie einen Artikel finden: „Die neue Methode“, von einem jungen Mann, einem Parteigenossen geschrieben, dessen hervorragende Eigenschaft bisher die gewesen ist, daß er der Erde eines großen Namens ist. Mit einer Hochmütigkeit, wie man sie einem jungen Burschen allenfalls verzeihen kann, mit einer Annäherung, in hochtrabender Weise, die vielleicht jemand, der sehr viel geleistet hat, aufsteht, wird da von oben auf den „revisionistischen Klüffler“ geschimpft. (Große Unruhe.) Der Artikel stammt von dem Genossen Karl Liebknecht und richtet sich gegen Jaurès und mit ihm gegen die ganze revisionistische Richtung. (Zuruf: das ist Ihre Standpunkt!) Wenn Genosse Karl Liebknecht irgend eine bestimmte Auffassung, eine Theorie bekämpft, mag er es thun mit so scharfen Worten wie er nur will, aber eine ganze Anzahl von Parteigenossen so von oben herab abzufertigen, Parteigenossen, die weit länger als er im Dienste der Partei stehen,

das steht ihm nicht zu. (Zurufe: Pressefreiheit!) Ich höre das Wort „Pressefreiheit“. Wenn Genosse K. Liebknecht ein eignes Organ gründete, so wäre nichts dagegen zu sagen; aber wenn die „Neue Zeit“, das Organ der Partei sein will, muß es einen gewissen Lärm innerhalb der Partei wahren (Große Unruhe), eine solche Form der Diskussion innehalten, daß man noch als Mensch zu Menschen, als Genossen mit Genossen mit einander verkehren kann. Das ist aber bei einer solchen Art der Diskussion nicht möglich. Wir sind alle der Kritik unterworfen, aber wohin sollen solche Diskussionen führen? Ich könnte noch andre Beispiele anführen. Der Genosse Kollnagen-Augsburg ist zu seinem Antrage veranlaßt worden offenbar durch den Artikel „Die Kautskys, die Bernstein“, der durch eine ganze Reihe von Parteiblättern gegangen ist. Es handelt sich dabei um meine Kritik von Kautskys Schrift in den „Sozialistischen Monatsheften“. Ich bin in dieser Sache nicht angeklagt, sondern der Ankläger. Daß Kautsky die Broschüren geschrieben hat, wird ihm natürlich, wie sie auch sein mögen, niemand verübeln können. Kautsky ist offenbar von der Meinung ausgegangen, daß seine eine Broschüre bis zu einem gewissen Punkte neue Ansichten über die Auffassung der Revolution entwickle. Das ist sein gutes Recht, das ist sogar ein Verdienst. Das macht seine Broschüre im ganzen zu einer Aufklärungsschrift innerhalb der Partei, aber nicht zu einer propagandistischen Broschüre zur Vertretung von Partei-Interessen. Es handelt sich darum, wie sich Kautsky die Entwicklung vorstellt. Ich habe nichts dagegen, daß solche Broschüren geschrieben werden. Aber Kautsky hat unzweifelhaft in der Broschüre indirekt, aber doch ziemlich verständlich gegen eine Richtung polemisiert — (lebhaftes Zurufe: Das war sein Recht!) — selbstverständlich war das sein gutes Recht — er hat theilweise gegen mich polemisiert. Also die Broschüre entwickelt erstens neue Ansichten und zweitens war sie polemisch gerichtet. Das hat auch die „Leipziger Volkszeitung“ bestätigt in einem Artikel, der unzweifelhaft von einer Person, die Kautsky sehr nahe steht, hervührt, von der Genossin Rosa Luxemburg. Darin ist von dem „Gesackel und Gewackel der Revisionisten“ die Rede, und es wird gesagt, daß die Kautsky'sche Broschüre wie ein frischer Wind in den Nebel des Revisionismus hineinfahre. Da war doch eine Provokation vorhanden, darauf zu antworten. Darauf habe ich geantwortet in der Zeitschrift, an der ich gewöhnlich arbeite, seitdem ich aus der „Neuen Zeit“ ausgetreten bin. Warum ich Lezkyeres that, widerstrebt mir, auseinanderzusetzen; es waren Meinungsverschiedenheiten da, ich mußte herausgehen. Ich habe also meine Ansichten in den „Sozialistischen Monatsheften“ entwickelt. Der Artikel ist zwar scharf, aber nirgends werden die Motive und die Ehrlichkeit Kautskys verdächtigt. Was denn vom „Offenbacher Abendblatt“ geschrieben wurde, ist die reine Verdrehung der Thatsachen. Trotzdem haben zahlreiche Parteiblätter den Artikel abgedruckt, einzelne offenbar, ohne meinen Artikel zu kennen. Ich bin stets für Freiheit der Diskussion eingetreten, und ich muß entschieden dagegen protestieren, daß irgend ein Versuch gemacht wird, in dieser Weise, weil vielleicht ein paar argwöhnische Blätter davon Nütz genommen haben, einer Diskussion, die durchaus sachlich geführt wurde, ein Ende zu bieten. (Beifall und Zischen.)

Besetz: Ich bin mit Bernstein ganz darin einverstanden, daß nicht nur er, sondern wir alle auf das Energischste dagegen zu protestieren hätten, wenn irgendwo in der Partei der Versuch gemacht würde, freie Meinungsäußerungen zu verhindern. (Sehr gut!) Die Dinge werden heute so dargestellt, als sei in der Partei eine Richtung vorhanden, die irgend eine andere Richtung oder eine Minorität unterdrücken wolle. Das ist nach meiner Ueberszeugung das bitterste Unrecht, das man gegen die Partei in ihrer Gesamtheit scheudert. (Sehr richtig!) Denn dieser Vorwurf würde sich nicht gegen einzelne Personen in ihrer Eigenschaft als Redakteure richten, sondern gegen die Gesamtpartei;

speziell gegen die Parteitage, die ja dann ein derartiges Treiben, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, gebilligt hätten. Das ist aber nicht geschehen, und insofern jemand Ursache zu haben glaubt, sich über eine Person, also im vorliegenden Falle über den Redakteur der „Neuen Zeit“ beschweren zu müssen, weil er sich zurückgesetzt fühlt, so giebt es in der Partei Instanzen, an die diese Beschwerden zu richten sind. (Sehr richtig!) Die letzte Instanz ist der Parteitag. Ich bin weit entfernt, das Verfahren von Kautsky als Redakteur ohne Weiteres zu billigen; ich erinnere an meinen nach dem Lübecker Parteitag in der „Neuen Zeit“ erschienenen Artikel, worin ich das ausdrücklich ausgesprochen und hingugefügt habe, wer Ursache zu haben glaubt, sich über den Redakteur eines offiziellen Blattes zu beschweren, der weiß auch die Stellen, an die er sich zu wenden hat. Bisher sind an die betreffenden Organe, in erster Linie an den Parteivorstand, keinerlei Beschwerden gekommen (Hört! hört!) und ich konstatiere, daß auch auf dem Parteitag wohl Klagen laut geworden, aber keine Beschwerden vorgebracht sind. Wie stehen wir nun zu der Presse im Allgemeinen? Es giebt keinen einzigen Genossen, der die Meinungsfreiheit in der Partei beschränken will. (Sehr richtig!) Es giebt keine Partei unter allen, die existieren, in der die Meinungsfreiheit so ungehindert zum Ausdruck kommen kann, wie in der Sozialdemokratie. Aber Bedingung ist, daß die Presse, die im Dienste der Partei steht, auch der Kontrolle der Funktionäre unterstellt ist. Das ist klar im Organisationsstatut ausgesprochen. Nach dieser Richtung hin stehen die „Sozialistischen Monatshefte“ außerhalb der Partei. Als seiner Zeit die Herausgeber des Vorgängers der „Sozialistischen Monatshefte“, des „Soz. Akademikers“, an den Parteivorstand den Antrag stellten, den „Sozialistischen Akademiker“ als Partei-Organ anzuerkennen und in das Verzeichnis der Parteiblätter aufzunehmen, da lehnte der Parteivorstand diesen Antrag einstimmig ab. (Hört! hört!) Nun ist die „Neue Zeit“ offiziell anerkanntes Partei-Organ, das Blatt ist aus Parteimitteln direkt und indirekt unterstützt, denn die ganzen Opfer, die die „Neue Zeit“ erfordert hat, wären, wenn sie nicht hierfür gebracht wären, sonst in anderer Weise der Partei zu gute gekommen. (Sehr wahr!) Nachdem nun seit drei Jahren das Blatt offiziell in das Eigentum der Partei übergegangen ist, hat sich der Parteivorstand veranlaßt gesehen, nachdrücklich die Genossen aufzufordern, für die Vorbereitung einzutreten. Ja, wenn ein derartiger Erlaß vom Parteivorstand kommt, und auf der anderen Seite die berufensten Angehörigen der Parteivertretung sich freiwillig außerhalb des Organs stellen und selbst die wiederholten Aufforderungen des Redakteurs der „Neuen Zeit“ zur Mitarbeit unbeachtet lassen, so lasse ich es dahingestellt, wie man ein solches Verfahren zu beurtheilen hat. Die Personen, die keine gemeint hat, sind alle wiederholt von dem Redakteur der „Neuen Zeit“ bis in die letzten Monate aufgefordert, zu schreiben, sie haben es nicht getan. (Hört! hört!) Darüber, daß ein solches Verhalten der betreffenden Personen naturrechtliche demoralisierend wirken muß, kann doch kein Zweifel sein. Wenn ein außerhalb der Partei stehendes Organ in so provokatorischer Weise von sehr hervorragenden Genossen unterstützt wird, was muß das für einen Eindruck machen, und was hat es denn auf der anderen Seite für einen Sinn, die Parteigenossen zur Unterstützung der „Neuen Zeit“ aufzufordern, damit das Defizit aufgehört? Seine meint, es sei im Interesse der Vermeidung der Stagnation notwendig, solch' Blatt zu haben. Das heißt also, daß bis zu dem Augenblick, wo die „Sozialistischen Monatshefte“ gegründet sind, eine Stagnation in der Partei herrschte. (Seine: Das heißt es nicht!) Das wird doch im Ernst kein Mensch behaupten wollen. Sollte der Versuch gemacht werden, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, so wären die im Organisationsstatut vorgesehenen Instanzen da, um einzugreifen. Die „Sozialistischen Monatshefte“ aber stehen außerhalb der Partei, sie haben außerhalb der Partei stehen wollen, sie haben

nicht den Versuch gemacht, sich in den Parteikreisen einzufügen. Ich möchte ihnen daraus keinen Vorwurf, aber das muß klargestellt werden, um einmal die Grenzen für das, was als Parteipresse angesehen werden kann, zu ziehen. Meine sagt, die „Sozialistischen Monatshefte“ seien gegründet worden, um die Diskussionsfreiheit in der Partei zu ermöglichen. Das heißt wieder, daß dieselbe irgendwie beschränkt ist, und bis zum Beweis des Gegenteils bestreite ich das auf das Entschiedenste.

Nun sind die Dinge soweit gediehen, daß Bernstein das Wort Revisionismus schon als eine Verhöhnung auffaßt. (Widerpruch von Bernstein.) Ja, erlaube mal, mein lieber Bernstein, das Wort Revisionismus ist nicht von den Dogmatikern erfunden worden, das Wort habt Ihr ja selbst erfunden. (Zuruf: Schoenlaust!) Ich habe das Wort in Eurer Presse zuerst gelesen, und wie es eine Beleidigung sein soll, wenn man eine bestimmte Richtung — und eine solche ist es doch (Bernstein: Nein!) — als Revisionismus bezeichnet, das kann ich nicht verstehen. Gesehen denn nicht bei Euch dasselbe? Wollt Ihr behaupten, daß Ihr in Eurer Presse und nicht angreift? Sind wir nicht die Dogmatiker, sind wir nicht die Prinzipienreiter? Bin ich nicht in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ persönlich angegriffen worden? Ich habe nichts dagegen einzuwenden, denn es ist doch selbstverständlich, daß bei Meinungsverschiedenheiten ein Schießen herüber und hinüber stattfindet. Man ist weiter dazu übergegangen, von den Kautskyschen Broschüren zu behaupten, sie seien aufklärend, aber nicht propagandistisch. Was ist das für eine Listerei? Jede aufklärende Schrift wirkt propagandistisch, aber einerlei, was die Kautskysche Schrift ist, ob nur aufklärend und nicht propagandistisch oder beides, das ist ja ganz gleichgültig. Es sind zwei durchaus sachlich gehaltene Broschüren, in denen auch nicht in einer einzigen Zeile irgend eine Bemerkung enthalten ist, die man wirklich als beleidigend ansehen kann, man müßte denn eine sehr feine Haut haben. Wenn solche Broschüren von der anderen Seite auf den Indes gesetzt werden, kann man doch nicht fernerhin von Pressefreiheit reden. Denn wenn Ihr ein Recht habt, Eure Meinung vorzutragen, hat auch die andere Richtung das Recht, und nur das ist in der Kautskyschen Broschüre geschehen.

Im höchsten Grade bin ich überrascht, wie der Artikel von Karl Liebknecht eine Kritik finden konnte, wie sie ihm Bernstein hat widerfahren lassen. Ich habe den Artikel mit großem Interesse gelesen, es war eine der ersten Arbeiten, die ich von Karl Liebknecht gelesen habe, ich habe gefunden, daß der junge Mann eine schneidige Feder führt, und das hat mich gefreut. Aber ich bestritte entschieden und bitte den Beweis zu führen, daß darin auch nur eine beleidigende Zeile ist. Wie ist der Artikel entstanden? Jaurès hat aus der Veröffentlichung des Nachlasses von Liebknecht im „Vorwärts“ versucht, diesen für die revisionistische Richtung auszuschlachten. Und dagegen wehrt sich der Sohn, der auf dem Standpunkt seines Vaters steht; er sagt: Hände weg, der Alte ist mein Vater, der gehört nicht zu Euch, und darin hat er vollständig recht. (Stürmischer Beifall.) Wenn also der Sohn Liebknecht's den Vater, der leider nicht mehr antworten kann — und ich sage, wenn er antworten könnte, die Antwort des Alten würde noch ganz anders geklungen haben (Lebhafte Zustimmung), darauf könnt Ihr Euch verlassen — wenn der Sohn den Vater in Schutz nimmt, so ist das etwas ganz Selbstverständliches. Noch einmal: es ist keine Zeile in dem Artikel, die die Gegner als Beleidigung, als Verhöhnung, als Herabsetzung ansehen könnten. Man hat also keine Ursache, sich in dieser Beziehung zu beschweren.

Es ist ja außerordentlich bedauerlich, daß wir eine solche Debatte haben, die vor einigen Jahren einfach unmöglich gewesen wäre. (Sehr richtig!) Mit den Gegensätzen innerhalb der Partei, die nun einmal vorhanden sind und mit denen wir zu rechnen haben — darüber wird sich Keiner täuschen —, ist erst

diese Art der Polemik in die Partei hineingekommen. Süßen und brühen sind Fehler gemacht worden, und wenn die Diskussion den Erfolg hätte, daß man sich auf beiden Seiten vergegenwärtigte, daß wir Genossen einer und derselben Partei sind, daß wir deshalb auch nichtwendigerweise gewisse Rücksichten zu nehmen haben, so wäre das ein großer Vortheil.

Auf der anderen Seite ist es bedauerlich, daß die Dinge dahin kommen konnten, daß ein ganzer Theil hervorragender Parteigenossen, ohne von dem ihnen zustehenden Beschwerderecht genügend Gebrauch zu machen, sich ohne weiteres in ein außerhalb der Partei stehendes Organ geflüchtet hat und dort schreibt zum Gaudium der bürgerlichen Presse (Widerpruch und Zustimmung), die unausgeseht aus dieser Thatsache Kapital gegen die Partei schlägt. Nach dieser Richtung hin Wandel zu schaffen, sollte sich jeder Parteigenosse anlegen sein lassen. Ich wünsche nicht, daß wir ein zweites Mal nöthig haben, eine ähnliche Diskussion, die dann eine sehr viel schärfere Gestalt annehmen würde, auf einem Parteitage führen zu müssen. (Lebhafte Beifall, Händeklatschen.)

Dr. David-Mainz: Bebel hat wiederholt erklärt, es sei niemand mündtödt gemacht worden in der „Neuen Zeit“, es sei für die Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ nicht nothwendig gewesen, aus der „Neuen Zeit“ zu flüchten. Bebel irrt in dieser Beziehung. Es haben in der That Mündtödtmachungen stattgefunden. Ich bitte dies zunächst als Thatsache anzuerkennen zu wollen. (Zuruf: Ohne Beweis nicht!) Den Beweis hat ja Bernstein für sich geführt, ich will ihn, da Sie es provoziren, für meine Person auch führen. Ich habe seiner Zeit anlässlich der Agrardiskussion, die mich wiederholt in Gegensatz zu Kautsky gebracht hat, der „Neuen Zeit“ nach dem Erscheinen des Kautskyschen Buches über die Agrarfrage im Februar eine aktuelle Kritik des Buches zugesandt. Die „Neue Zeit“ hat wegen Raumangels diese Kritik erst im Oktober desselben Jahres gebracht. (Zuruf: Na also!) Unmittelbar nach der Drucklegung meiner Kritik folgte die Anhörung des Genossen Kautsky. Als ich auf diese Replik, die sehr scharfe persönliche Ausfälle enthielt, erwiderte, bekam ich die Mittheilung, meine Erwidderung würde aufgenommen werden, ich möge mich aber noch längere Zeit gedulden. (Zuruf: Beschwerde-Ansatz!) Beschwerde-Ansatz — mit diesem Argument hat ja auch Bebel seinen Vorwurf weiter zu begründen gesucht. Man konnte aber damals wohl selbst formell noch keine Beschwerde beim Parteivorstand einreichen, denn der Redakteur der „Neuen Zeit“ stand durchaus nicht in dem Verhältniß zum Parteivorstand, daß letzterer ein Eingriffsrecht oder die Oberaufsicht über seine redaktionelle Thätigkeit hätte ausüben können. (Sehr richtig!) Eine solche Oberaufsicht ist auch gar nicht möglich. Sie werden es aber doch begreifen, daß einem auf diese Weise das Gefühl beigebracht wird, daß die Mitarbeit an der „Neuen Zeit“ nicht sehr gern gesehen wird, wenn man auf diese Weise gewissermaßen hinausgegrault wird. Man kann einem gewiß keinen Vorwurf daraus machen, wenn man nun seine Meinung an anderer Stelle zum Ausdruck zu bringen sich ansieht. Die „Sozialistischen Monatshefte“ sind seiner Zeit gegründet worden, um in den Kreisen der Studenten Propaganda zu machen; das Blatt ist gewissermaßen hervor-gegangen aus dem „Sozialistischen Studenten“ und ist damals mit großen Eifern gehalten worden. Auch an den „Sozialistischen Monatsheften“ ist die Mitarbeit lange Zeit hindurch unentgeltlich gewesen, auch heute noch werden mit diesem Blatte Geschäfte in keiner Weise gemacht, es bedeutet auch heute noch ein finanzielles Opfer. Wenn man die Sache von der finanziellen Seite nimmt, wie es Hoffmann gethan hat, und behauptet, die „Sozialistischen Monatshefte“ seien schuld daran, daß die „Neue Zeit“ nicht florire, so ist das ganz hinfällig. Man müßte dann in die Finanzfrage der „Neuen Zeit“ einmal eintreten. Dann würde vielleicht die Thatsache, daß die „Neue Zeit“ finanziell nicht so florirt, wie sie wohl könnte, doch ein anderes Gesicht gewinnen. Jedenfalls erfordert

die „Sozialistischen Monatshefte“ nicht annähernd die Ausgaben wie die „Neue Zeit“. Dieses Blatt war notwendig; seine Bedeutung hat sich ganz natürlich daraus entwickelt, daß diejenigen, die die unter dem Namen Revisionismus zusammengefaßten Anschauungen vertraten, sich ein Organ schaffen mußten, in dem sie ihre Meinung ungehindert niederlegen konnten. Dies Organ hat auch jeder Zeit unter der Kontrolle der Partei gestanden; das Argument Nebels, die „Sozialistischen Monatshefte“ ständen außerhalb der Parteikontrolle, ist rein formell. Jeder, der für die „Sozialistischen Monatshefte“ schreibt und ein Parteigenosse ist, steht mit allen seinen dort entwickelten Anschauungen unter der Kontrolle der Gesamtpartei. (Sehr richtig!) Nebel hat die Ausführungen Bernsteins über die letzte kautskische Broschüre in ihrem Kernpunkt nicht erfaßt. Diese Broschüren waren Angriffsbroschüren gegen Bernstein und andere, worauf Bernstein das gute Recht der Abwehr hatte. Niemand aber hatte nachher das Recht, die Sache so zu drehen, als ob sich hier der gute Kautsky, der absolut Frieden haben will (Unruhe) und der böse Bernstein tritten, der jenem durchaus in die Waden beißen wollte. In den „Sozialistischen Monatsheften“ hat früher auch der alte Liebknecht mitgearbeitet (Zuruf: Wann?), ferner Ledebaur und Rosa Luxemburg. Früher war das also offenbar gestattet; warum soll es heute verboten sein? Wenn sich die erhobenen Angriffe in das finanzielle Gewand kleiden, so kann ich das nur für einen Vorwand halten. Was gemeint ist, ist, daß gewissen Genossen die in den „Sozialistischen Monatsheften“ niedergelegte geistige Arbeit unbequem ist. (Widerspruch und Zustimmung.) Es pulsiert in den „Sozialistischen Monatsheften“ ein reiches geistiges Leben. (Zuruf: Donnerwetter! Gelterkeit.) Der reiche Inhalt, der vollständige Ueberblick über das wirtschaftliche und politische Leben machen die „Sozialistischen Monatshefte“ zu einer außerordentlich wertvollen sozialdemokratischen Zeitschrift (Sehr gut! Widerspruch), die man jetzt von Seiten der Richtung, die das nicht gern sieht, niederzudrücken möchte. Dazu nimmt man dann solche Vorwände. Nebel hat wiederholt erklärt, kein Mensch in der Partei wolle den freien Meinungs-austausch unterdrücken. Ich bezweifle nicht die Ehrlichkeit dieser Uebersetzung (Zuruf: Das ist sehr nett von Ihnen!) — ich meine das ganz ernsthaft (Ja ja!) und schicke es nur voraus, um etwaigen falschen Auffassungen vorzubeugen die Spitze abzubrechen —; Ich habe diese Uebersetzung nicht, ich stehe unter dem Eindruck, daß man versucht, den freien Meinungs-austausch hinter dem einzufrachten. (Lebhafte Widerspruch und Zustimmung.) Diese Uebersetzung stelle ich der Nebels gegenüber. Nach allen Beobachtungen der letzten Jahre giebt es in der That Leute, die es gern sehen, wenn gewisse Anschauungen möglichst schwer an die Ohren und den Geist der Parteigenossen herankommen. Von diesem Standpunkt aus fasse ich den ganzen Angriff an. Ich stimme mit Nebel darin völlig überein, daß es unserer Partei unwürdig wäre, wenn dieser Versuch zu einem Erfolge führe. Die Annahme des Antrages Augsburg, die ich für ganz undenkbar halte, träge ja auch zahlreiche andere Organe, wie das „Archiv“, die „Kommunale Praxis“, sie träge die ganze Gewerkschafts- und die Genossenschafts- und die Arbeiter- und Arbeiterinnen- (Widerspruch.) Es entspräche nicht der Würde der Partei, wenn die freie wissenschaftliche Betätigung ihrer Mitglieder irgendwie erschwert würde. Ich bin daher über das Schicksal dieses Angriffs ganz beruhigt und hoffe, daß er der Entwicklung der Partei und auch der „Sozialistischen Monatshefte“ nicht den geringsten Abbruch thun wird. (Beifall und Bischen.)

Gummel-Mühlhausen: Mich hat nicht der Streit der Literaten hier angeführt, sondern das sachverständige Urtheil Hoffmanns über die elsass-lothringische Presseverhältnisse. (Hoffmann hatte darauf hingewiesen, daß in Elsass-Lothringen ein zweites Blatt in Mühlhausen herausgegeben werde, während das Blatt in Straßburg noch Zuschuß kostet.) Ich will ihm sagen,

wie die Dinge liegen. Am 20. September d. J. erhielten wir die Mittheilung aus Straßburg, daß am 1. Januar ab von dort keine Zeitung mehr geliefert werde, weil der Parteivorstand einen weiteren Zuschuß für das Mühlhäuser Kopfblatt nicht mehr leisten werde. Was sollten wir thun? Bei diesem Bescheide konnten wir uns doch nicht beruhigen. Wir mußten das Beste sorgen, daß wir vom 1. Januar ab ein anderes Blatt hätten. Mit Hilfe der Frankfurter Genossen konnten wir aus Frankfurt a. M. ein Kopfblatt für die elsass-lothringischen Kreise beziehen. Wenn Hoffmann das nicht weiß, sollte er sich doch vorher erkundigen. Auer und Gerisch haben auf die großen Summen hingewiesen, die für die elsassische Presse vom Vorstand ausgeben worden sind. Daran trägt auch der Vorstand mit die Schuld. Auf seine Empfehlung wurde für die „Elsass-Lothringische Volkszeitung“ ein Geschäftsführer angestellt, der ungeeignet war.

Die weitere Diskussion wird — mit Rücksicht auf das Fest im Stadter Keller auf morgen vertagt.

Persönlich bemerkt Adolf Hoffmann: Wenn morgen andere elsassische Genossen sprechen werden, wird man sehen, daß ich recht habe mit meinen Anschuldigungen der Mühlhäuser. Seine hat hier mein persönliches Geschäft, meinen Postenwerb als Buchhändler hineingezogen. Ich habe mich in meiner Rede bezieht, überhaupt keine Personen in die Debatte zu ziehen. Ich hätte gewünscht, Seine hätte sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Ich habe seit zehn Jahren überhaupt keine Parteibroschüre mehr in meinem Verlage verlegt, sondern ein ganz anderes Gebiet, das der Theaterliteratur, betreten. Ich habe der Partei nie Konkurrenz gemacht. Ich habe auch Herrn Bloch nicht vorgeworfen, daß er die „Monatshefte“ herausgibt, sondern einen Vorwurf nur den Genossen gemacht, die durch ihre Mitarbeit ein solches Blatt hochbringen, während das andere Blatt niedergedrückt wird. Seine's Argumentation verdient, daß ich ihm das Wort zurufe, das er mir einmal in einer Berliner Versammlung zurief: Rabulist!

Seine: Ich will nur konstatieren, daß ich gerade Hoffmann keinen Vorwurf daraus gemacht habe, daß er Buchhändler ist, sondern sein gutes Recht auszunutzen ich bereit habe, einen solchen Verlag zu haben. Ob die „Zehn Gebote“ vor 12 Jahren erschienen sind, ist ganz gleichgültig. Sie erschienen auch jetzt wieder und sind eine unserer wirkungsvollsten Agitationsbroschüren.

Hoffmann: Diese letzte Bemerkung beschämt mich. (Gelterkeit.) Aber wiederlegt hat mich Seine nicht. Er hat mir als Buchhändler das Recht abgesprochen, in dieser Frage Kritik zu üben. Aus der Art und Weise, wie ich mich mein Wort recht und schlecht verdiene, darf er mir aber keinen Vorwurf machen. Ich nehme ihm ja auch keinen Vorwurf nicht übel.

Seine: Ich habe Hoffmann nicht das Recht der Kritik abgesprochen, sondern nur sein Argument, man dürfe der Partei keine Konkurrenz machen, durch seine eigene Person widerlegt.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 16. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 9 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Der Vorsitzende theilt mit, daß als Vertreter der Landesorganisation der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialdemokraten in der Schweiz auch Genosse Ludwig Witt aus Zürich als Gast anwesend ist.

Zunächst erstattet den

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Möde-Strasbourg: Auf dem Parteitag sind anwesend 205 Delegierte mit 250 Mandaten, 37 Reichstags-Abgeordnete, die Mitglieder des Parteivorstandes, die Kontrollenre, 4 Genossen, welche auf Grund ihrer Stellung zur Parteipresse zur Teilnahme berechtigt sind, der Genosse Löwenstein-Mürnberg als Landtags-Abgeordneter, ferner 12 auswärtige Gäste, deren Namen vom Präsidium des Parteitages schon bekannt gegeben wurden. Einige Reichstags-Abgeordnete sind mit Mandaten versehen und deshalb als Delegierte aufgeführt. Die Kommission beantragt, diese sämtlichen Mandate, soweit sie im Sinne des Organisationsstatut als Mandate angesehen werden können, für gültig zu erklären.

Der Parteitag erhebt debattelos diesen Antrag zum Beschluß.

Möde-Strasbourg: Ein Protest liegt vor gegen das Mandat des Genossen Kroll-Chemnitz, dieser wurde in einer regelrecht einberufenen Parteiverammlung als Delegierter gewählt, auf einer späteren Konferenz wurde allerdings von den Chemnitzer Genossen der Wunsch geäußert, der Genosse Kroll solle sein Mandat wieder abgeben, was er jedoch nicht that. In dem Protest wird selbst angegeben, daß Genosse Kroll zu Recht gewählt ist, und deshalb beantragt die Kommission, dem Protest des Vorstandes des sozialdemokratischen Vereins in Chemnitz nicht stattzugeben und das Mandat für gültig zu erklären.

Dieser Antrag wird ebenfalls ohne Debatte angenommen.

Möde-Strasbourg fährt fort: Gegen das Mandat des Genossen Windhoff-Düsseldorf liegt ein Protest vor vom Vorstand des Arbeiter-Bildungsvereins in Ratingen und anderen Genossen. Windhoff sei nicht zu Recht gewählt worden, er habe, nachdem er in einer öffentlichen Parteiverammlung bei der Wahl unterlag, eine Kreiskonferenz einberufen und sich dort wählen lassen. In der Kommission ist festgestellt worden, daß die dortige Neu-Organisation bereits in Kraft getreten und Windhoff von der Kreiskonferenz mit Recht gewählt ist. Es wird beantragt, das Mandat für gültig zu erklären.

Windhoff-Düsseldorf führt aus, daß die Einberufung einer Kreiskonferenz zu Recht erfolgte. Diejenigen Personen, die jetzt gegen mein Mandat protestieren, haben auf der Kreiskonferenz kein Wort gegen mich gesprochen.

Das Mandat wird für gültig erklärt.

Möde-Strasbourg: Das Mandat der Frau Weich als Vertreterin der Frauen und Mädchen der sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Düsseldorf liegt nicht im Original vor, sie bringt nun die Abschrift eines von einigen Frauen unterschriebenen Mandats zum Parteitag, die lediglich von Windhoff bekätigt wurde, obwohl ihm, wie er zugiebt, das Original nicht zu Gesicht gekommen ist. Die Behauptung, daß eine öffentliche Versammlung nicht mehr möglich war; ist schon dadurch widerlegt, daß das Mandat bereits am 18. August ausgefertigt wurde. Die Kommission hat dieses Mandat für ungültig erklärt, weil sie auch die Ueberzeugung gewonnen hat, daß man in Düsseldorf in den weitesten Kreisen von dieser Delegation nichts weiß.

Frau Weich-Düsseldorf: Ich wurde von den sozialdemokratischen Frauen in Düsseldorf zur Frauenkonferenz gesandt. Durch die Chikanen der Behörden wurde es uns aber unmöglich gemacht, der öffentlichen Parteiverammlung beizuwohnen, wo die Delegierten zum Parteitag selbst gewählt werden sollten; es wurde nun zwar eine neue Versammlung einberufen, da wir aber der Ansicht waren, daß wir auch das zweite Mal ausgewiesen würden, sind wir gar nicht hingegangen. Nun haben wir zwar einen Frauenverein, in dem wir jedoch keine Politik treiben dürfen. Wir haben deshalb, um die Delegation einer Frau

zu ermöglichen, auf einer Liste die Unterschriften gesammelt, durch Nachkassierzeit ist diese Originalliste verloren gegangen, sie wurde von einem Genossen seiner Frau übergeben, die sie mir übermitteln sollte. Ich bitte, das Mandat nicht zu Kassieren, damit die Düsseldorf Frauen hier vertreten sind.

Genossinnen erhebt, dem Antrag der Kommission beizutreten. **Frau Weich** wurde schon Mitte August als Vertreterin zur Frauenkonferenz gewählt, aber ohne Delegation für den Parteitag selbst. Durch Befragen des Genossen Ludwig Schmid, der Dekonom des Düsseldorf Gewerkschaftshauses ist, haben wir festgestellt, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, nach eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Wenn wir nicht so verfahren, dann bekommen wir so viele Mandate von Frauen, daß es Aufsehen erregen muß.

Das Mandat der Frau Weich wird kassiert, daß wird sie als Gast gern zu den weiteren Verhandlungen zugelassen.

Darauf wird die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes fortgesetzt.

Vorläufig ausgeschlossen ist dabei die Polenfrage.

Eingegangen sind die Anträge 93, 95 und 98a, die, genügend unterstützt, zur Debatte gestellt werden.

Möde-Strasbourg: Es ist gestern ausführlich auf die Elsass-Lothringische Prekerhältnisse Bezug genommen worden. 1894 wurde das erste in Strasbourg gegründete Blatt, die „Elsass-Lothringische Volkszeitung“, mit einem Abonnentenstand von 5000 Mannen von der Regierung unterdrückt. Einige von außerhalb der Reichslande eingeführte Blätter fielen dem Diktator-Regime zum Opfer. 1898 wurde ein Fonds zur Gründung eines neuen Blattes aufgebracht. Ein Feller war es, daß man das Blatt statt in Strasbourg in einem Dorfe bei Strasbourg erscheinen ließ, um die hohe Kautions zu ersparen. Auch reichlich die von den Parteigenossen aufgetragenen Mittel für ein Centralblatt Elsass-Lothringens nicht aus. Es haben sich nun zwischen Strasbourg und Mülhausen Dinge zutragen, die ein weiteres Zusammenarbeiten der Genossen an diesen beiden Orten unmöglich machen. — Wir bekamen durch Mülhausener Korrespondenzen verschiedene Prozesse, deren Kosten wir Strasbourg nicht allein übernehmen konnten; nachdem uns nun der Parteivorstand den Zufuß gestrichen hatte, konnten wir den Mülhausenern das Blatt nicht mehr in der bisherigen Weise liefern, wir konnten uns durch die Mülhausener nicht rathieren lassen, einen eigenen Fonds für ein eigenes Blatt gegründet hatten. Die Strasbourg haben nun ein Lokalblatt gegründet, das, soviel wir die Mülhausener los sind, ganz gute Fortschritte gemacht hat. Wir sind herzlich froh, daß wir die Mülhausener los sind. (Geisterzeit.)

Levenseder-Spöck: Zunächst muß ich bedauern, daß gestern wieder eine Vertikale-Debatte heraufbeschworen ist. Die Genossen haben keine Lust, sich auch diesmal wieder mit der behaupteten Frage zu befassen. (Sehr richtig!). Sie wollen praktisch arbeiten. Die Akademiker sind es, die die Debatte begannen haben. (Widerstand und Zuruf: Hoffmann, Zubeil.) Vielleicht wäre es besser, wenn die Akademiker zwei oder drei Tage vor dem allgemeinen Parteitag ihren behaupteten Parteitag abhalten. (Geisterzeit.) Der Streit um die „Elsass-Monatshefte“ ist nicht so erheblicher Natur. Die Artikel, die Auer und andere dafür geschrieben haben, werden von den Arbeitern besser verstanden, als die Artikel in der „Neuen Zeit“, die zu theoretisch sind. Wenn das Wissen des Repetitors bereichert wird, so kann es uns ganz gleichgültig sein, ob das durch die „Neue Zeit“ oder durch die „Sozialistischen Monatshefte“ geschieht. Da das Behauptete herkommt, sollen wir es nehmen. Der Streit zwischen „Monatsheften“ und „Neue Zeit“ wäre am besten dadurch aus der Welt zu schaffen, daß die Redaktion der „Neuen Zeit“ und Kautsky die Redaktion der „Monatshefte“ übernimmt. (Große Geisterzeit.)

Doch nun zurück zum Bericht des Parteivorstandes! Die Genossen, die mich belegten haben, sind der Meinung, daß die Preisunterstützungen zu sehr angedrückt sind. Wo Auffklärung notwendig ist, soll der Parteivorstand die Presse des betreffenden Bezirkes nach Kräften unterstützen, aber verpulvern dürfen wir das Geld nicht. Mit Neugründungen haben wir schlechte Erfahrungen gemacht; da muß man vorsichtig sein. Vielleicht empfiehlt es sich, verschiedene Blätter zu verschmelzen. Wir hatten die Absicht, das Frankfurter mit dem Mainzer Organ zu vereinigen, um das Defizit des letzteren zu verringern, aber die Verhandlungen sind gescheitert. Weiter empfiehlt es sich, die Zeitungen zu verstaatlichen. Der alljährlich wiederkehrenden finanziellen Lage von Gerlach könnte dadurch abgeholfen werden, daß die Genossen nicht so viel Vergnügungsvereinen beitreten. Auch sollte man den gut situierten Genossen einmal näher auf den Pelz rücken und ihnen klar machen, daß es nicht genügt, den Stimmzettel für uns abzugeben, sondern daß es auch finanzieller Opfer bedarf. Den jüngeren agitatorisch thätigen Genossen sollte mehr Agitationsmaterial für die Kleinarbeit geliefert werden. Dem Vorschlag von Frohme, daß der Vorstand in seinem Bericht eine genauere Uebersicht über den Stand der Organisation geben soll, schließe ich mich an.

Kohls-Karlstraße: Eine Reform der Parteifinanzen ist dringend notwendig. Dem Vorstand werden alle möglichen Verpflichtungen aufgebürdet, aber er hat keine Mittel, die Genossen zu materiellen Beiträgen zu zwingen. Er ist, von dem Ertrag der Partei-Unternehmungen abgesehen, durch aus freiwillige Beiträge angewiesen. In Stuttgart wurde beschlossen, daß die Organisationen und Vertrauensleute 10 Prozent ihrer Einnahmen an den Vorstand abzuliefern hätten. Dieser Beschluß ist aber nicht durchgeführt worden, weil der Vorstand niemand zur Beachtung des Beschlusses zwingen konnte. Die alte Organisationsform genügt nicht mehr. Der Vorstand sollte mit der Reichstagsfraktion und den Landesvorständen zusammen berathen, wie eine festere Form gefunden und Remedur geschaffen werden kann. Die Organisationen sollten höhere Beiträge nehmen. Die Arbeiter-Gefangenevereine, die Arbeiter-Abschreibervereine erheben höhere Beiträge als die Partei. Der Vereinsmeierei muß entgegengetreten werden. Es wird in diesen Vergnügungsvereinen gelegentlich bei den Festen eine schlimme Deutelschneiderei getrieben. Auch sollten jetzt schon Extrabeträge für die Wahlen erhoben werden, sonst muß der Vorstand wieder ungeheure Summen an die Wahlkreise geben. Der Streik um die „Sozialistische Monatshefte“ ist ganz überflüssigerweise vom Zaun gebrochen worden. Bei dieser Debatte kommt für die Partei absolut nichts heraus und die Genossen im Lande ärgern sich nur darüber. Ist es denn für die Partei ein Schaden, daß die „Sozialistischen Monatshefte“ erscheinen? Die „Monatshefte“ können einem Bedürfnis entgegen und haben sich entwickelt. Die „Neue Zeit“ geht zurück. Die Ursache ist nicht bei denen zu suchen, die für die „Sozialistischen Monatshefte“ schreiben, sondern in der Organisation und Redaktion der „Neuen Zeit“. Wir haben nicht das Recht, den Genossen vorzuschreiben: in dieser Zeitschrift mußt du schreiben, in jener nicht. Die Hauptsache ist, daß ihre Artikel mit den Parteigrundsätzen in Uebereinstimmung bleiben. Die Entwicklung der „Neuen Zeit“ wird nicht nur durch die „Monatshefte“ gestört. Tausende von Abonnenten könnten noch für die „Neue Zeit“ und für die „Sozialistischen Monatshefte“ genommen werden. Die Hauptsache ist, daß agitiert wird und daß man gegenseitig Toleranz übt und sich nicht fortwährend herunterreißt. Aber die „Neue Zeit“ kostet, seit sie wöchentlich erscheint, 1 M. monatlich, und das können sich viele nicht leisten. Die Mitarbeiter sind der „Neuen Zeit“ doch nicht durch Zufall verloren gegangen; sie hat nur noch ein paar Mitarbeiter. Weber sagt: es wird kleiner mundstobt gemacht. Aber man versteht es doch, einen mundstobt zu machen, wenn er unbequem ist.

Holkowen-Augsburg: Der Augsburger Antrag ist lediglich aus dem Streben hervorgegangen, verschiedene hervorragende Parteigenossen an ihre Pflicht gegenüber den Partei-Organen zu erinnern. (Sehr richtig!) Wir finden im Vorstandsbericht eine Position: Minderumsatz bei der Buchhandlung Kordwärts 7536 Mark. Das hängt gewiß mit der wirtschaftlichen Depression zusammen, aber auch die Abstinenz verschiedener Parteigenossen gegenüber der „Neuen Zeit“ hat dies Resultat mit herbeiführen können. An der „Neuen Zeit“ arbeiten verschwindend wenige Reichstags-Abgeordnete mit, fast sämtliche Reichstags-Abgeordnete der Partei haben ihre Elaborate in den „Sozialistischen Monatsheften“ ab, in einem Organ, das nicht im Parteiverlag erscheint. Wir haben einen kleinen Buchhandel und wissen, daß es der Arbeiterschaft ungeheuer Opfer kostet, beide Zeitschriften kennen zu lernen. Sie müssen aber beide halten. Die „Neue Zeit“ muß nicht nur für Theoretiker, sondern auch für die breite Masse der Arbeiter geschrieben werden, unsere Agitatoren sollen daraus Kenntniß schöpfen. Die Kontroverse Bernstein-Kautsky ist nur dazu angethan, unseren Antrag zu stützen. Die Arbeiterschaft wird es in der gegenwärtigen Krisenzeit nicht verstehen, wenn innerhalb der Sozialdemokratie fortgesetzt derartige Meinungsverschiedenheiten eine Rolle spielen. Wenn wirklich die Meinungsfreiheit unterdrückt worden ist, muß Remedur eintreten. Langt die Redaktion nichts, dann weg damit, dann müssen die Betreffenden aber mit einem Antrag hervortreten. Besonders auffallend ist, daß auch ein Mitglied des Parteivorstandes seine Elaborate bei den „Sozialistischen Monatsheften“ abläßt. Der Parteivorstand sollte in erster Linie die Organe interessant gestalten, die er selbst den Genossen zur Verbreitung empfiehlt. So aber gestaltet er gerade die „Monatshefte“ interessant. (Geisterzeit.) Unser Antrag will, daß Polemiken gegen Artikel in der „Neuen Zeit“ wieder in Organen des Parteiverlages erscheinen. Das ist das Mindeste, was man verlangen kann; es muß sich ja in den Köpfen der Genossen der Eindruck festsetzen, daß es zwei Lager innerhalb der Partei gibt. Wir sind aber die einzige Partei. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo!)

Braun-Mürnberg: Ich bin ein ganz netter Kerl (Rufe: Na, na!), ich will nicht von den „Monatsheften“ und der „Neuen Zeit“ sprechen, sondern den Antrag von Nürnberg nochmals erläutern. Fischer hat diesen Antrag nicht begriffen, er hat auf das Protokoll hingewiesen, das über das Schicksal der gefassten Beschlüsse Auskunft erteile. Nein, wir wollen, daß auf dem nächsten Parteitage mitgeteilt werde, was der Parteivorstand und die Fraktion gethan haben, um die in München gefassten Beschlüsse durchzusetzen. Das ist etwas ganz Anderes, als was Fischer dem Parteitage weiß macht.

Kautsky: Ich bin nicht in der Lage, so nett zu sein wie mein Freund Braun, ich muß von der „Neuen Zeit“ sprechen. Ich habe diese Diskussion nicht gesucht und auch nicht gewünscht. Wie wenig ich wünsche, daß die Bernstein-Debatte wieder aufgenommen wird, habe ich dadurch bewiesen, daß ich auf die wiederholten Angriffe von Bernstein noch in den letzten Monaten, die mitunter sehr stark waren, keine Silbe erwidert habe. Habe ich aber die Diskussion nicht gewünscht, so habe ich auch gar keinen Grund, mich über sie zu beklagen. Im Gegentheil: es ist mir dadurch eine sehr angenehme Ueberraschung bereitet worden. In den letzten Jahren wurden in der Partei allenthalben Gerüchte kolportiert über das schwarze Schredensregiment, das der Großinquisitor führt, der jede Meinungsäußerung, die ihm nicht paßt, gewaltsam unterdrückt. Und was haben wir gestern und heute hier gehört? Nichts als Lappalien. Gewiß bedauere ich es, daß die „Neue Zeit“ eine Reihe von Mitarbeitern verloren hat, aber glauben Sie nicht, daß die „Neue Zeit“ dadurch in Verlegenheit gerathen ist. Ich veröffentliche viele Artikel von ganz unbekanntem Leuten, aber nicht aus Mangel an glänzenden Namen, sondern weil ich bestrebt bin, aus der

„Neuen Zeit“, wenn es auch eine wissenschaftliche Zeitschrift sein soll, nicht eine ausschließlich akademische Zeitschrift zu machen, sondern eine Zeitschrift, in der das proletarische Element ausgiebig zu Worte kommt. Es ist ein Organ des proletarischen Klassenkampfes, und auf diesem Gebiete können wir alle von Proletariern kernen. Sind auch die Artikel mitterer uninteressant, so bilden sie doch einen der wichtigsten Theile der „Neuen Zeit“. Wenn ich Mitarbeiter verloren habe, so behauere ich das nicht als Misshandlung, sondern als Parteigenosse. Welches sind denn die Ursachen, die eine Reihe von Genossen von der Mitarbeit an der „Neuen Zeit“ zurückhalten? Einmal soll ich nicht zudringlich genug sein, ich soll den Leuten nicht immer auf der Pelle sitzen, sie nicht mitzureden können, und zweitens soll ich die Leute schlecht behandeln und sie durch alle möglichen, mehr oder minder unanständige Methoden hinausgraulen. Was Dringlichkeit anbelangt, ja, in der Beziehung bin ich allerdings nicht gut beschnitten; da kann ich die Konkurrenz nach keiner Seite hin aufnehmen, da muß ich den Kampf aufgeben. (Sehr gut!) Wodurch aber habe ich die Genossen aus der „Neuen Zeit“ vertrieben? Ich soll sie dadurch vertrieben haben, daß ich zu jedem Artikel, der mir nicht paßte, eine Redaktionsnote gemacht habe. Nun, das liegt längere Zeit zurück, in der letzten Zeit ist das nicht mehr geschehen; und ich habe die Noten nicht gemacht, um die Genossen zu degradieren, sondern weil ich gefast sein muß, daß jeder Artikel, der in der „Neuen Zeit“ erscheint, von den Gegnern gegen uns ausgenutzt würde, sobald er eine Handhabe dazu bietet. Es erscheinen eine Menge Artikel, mit denen ich nicht einverstanden bin, die ich aber trotzdem aufnehmen, weil ich sie für nützlich halte, und von denen ich jedoch fürchte, daß sie gegen uns ausgenutzt werden könnten; dem heuge ich dadurch vor, daß ich darauf hinweise, daß einzig und allein der Autor für den betreffenden Artikel verantwortlich ist. Nun kann man über diese Frage denken, wie man will, jedenfalls habe ich diese Taktik vor längeren Jahren eingeschlagen und, merkwürdigerweise damals haben die Genossen für die „Neue Zeit“ gearbeitet, seitdem wir keine Zusätze mehr bringen, arbeiten sie nicht mehr für uns. (Aufe! Hörl hört!) Dann aber soll ich Mitarbeiter vertrieben haben durch unseren schlechten Ton. Vor dem schlechten Ton habe ich keine solche Angst, es ist das ein Zeichen einer gewissen Defizienz, einer gewissen Unreifenhaftigkeit, wenn man immer so großes Gewicht auf den guten Ton legt. (Sehr richtig!) Früher war es bei uns Mode, daß Jeder von der Arbeit frei weg sprach, wie ihm der Schnabel gewachsen war. So hat es auch die Bourgeoisie in ihren guten Zeiten gemacht, erst als sie Konterbanda wurde, hat sie die Rücksicht auf den guten Ton in ihren politischen Kämpfen in den Vordergrund gestellt. Und das sollen wir jetzt plötzlich auch machen? Ich würde es für ein trauriges Zeichen halten, wenn wir so viel Wert auf den guten Ton legen. Trotzdem aber war ich in den letzten Jahren ängstlich bemüht, jedes Wort zu vermeiden, das irgend eine Prinzessin auf der Erde verletzen und ihre sanfte Haut kränken könnte. Ich habe immer gedacht, daß die Genossen das Wort Revisionisten als Ehre ansehen; statt dessen halten sie das für eine Beschimpfung; es scheint, daß die Genossen, die sich als die kritischen Genossen bezeichnen, das Recht für sich in Anspruch nehmen, Alles zu kritisieren, daß sie selbst oder keine Artikel vertragen können. (Sehr richtig! Auf: Hysterische Jungfrauen!) Aber geben etwa die Genossen, die so empfindlich sind in Bezug auf den guten Ton, uns in gutem Ton voran? Gerade in der sogenannten Revisionsbewegung — ersuchen Sie, daß ich das Wort gebrauche (Weiterkeit) — findet man nicht immer den guten Ton. Ich weise nur auf die Artikel von Hegrim hin, in denen Genossen, die für unsere Programmforderung, das Militärgesetz, einbezogen, als Exoten hingestellt werden. Nennen Sie mir einen einzigen Artikel der „Neuen Zeit“, in dem in dieser Weise gegen Genossen polemisiert wird. Die selben Leute, die sich schon gekränkt fühlen, wenn man sie Revisionisten nennt,

haben plötzlich ein mangelhaftes Empfindungsvermögen, denn andere Genossen als Exoten hingestellt werden. Bernstein fühlt sich beleidigt durch den erstförend geschriebenen Artikel von Karl Liebknecht. Nun, Liebknecht hat auf eine Provokation hin geschrieben, Hegrim ohne jede Provokation. Die Revisionisten werden von uns niemals ohne Provokation angegriffen, aber sie verlangen, daß wir zu allen Angriffen schweigen! Nun soll ich auch dadurch Genossen hinausgraulen haben, daß ich Artikel, die mir nicht paßten, einfach hinansichob und den Leuten auf diese Weise das Mitarbeiten verweigerte. Zum Beweis wurde nun ein einziger Fall, der Fall David, vorgebracht. In Wirklichkeit ist dieser Fall nicht vereinzelt, wir leiden so an Raumangel, daß wir unterbrochen nicht aktuelle Artikel zurückstellen müssen, nicht nur von Revisionisten, sondern auch von Marxisten. Ich habe in den letzten Jahren sogar etwa zwanzig gegen Bernstein gerichtete Artikel überhaupt zurückgewiesen. Nach der David'schen Logik wären also die Gegner Bernstein's in der „Neuen Zeit“ vollständig mundtot gemacht. Wie verhält es sich nun mit David? Er hat im Februar einen Artikel geschrieben, der im Oktober abgedruckt wurde. Der Artikel wurde mir zu derselben Zeit eingeschickt, als eben die Broschüre von Bernstein erschienen war. Ich schrieb an David: „Ihr Artikel vermobelt mich zwar sehr, aber das ist für mich kein Grund, ihn abzulehnen; ich will ihn gerne bringen, jedoch können wir nicht zwei Polemiken neben einander führen. Eben ist das Buch von Bernstein erschienen, womit sich die ganze bürgerliche Presse beschäftigt, während sich mit der Agrarfrage momentan kaum Jemand beschäftigt; gestalten Sie daher, daß ich Ihren Artikel zurückstelle, bis die Diskussion über Bernstein erledigt ist.“ Ich habe also David nicht mundtot gemacht, sondern nur seinen Artikel zurückgestellt zu Gunsten von Bernstein. Ich habe diesem den Vortritt vor David gelassen. Das ist die Mundtödtmachung der Revisionisten! Die Bernstein-Debatte zog sich allerdings über den ganzen Sommer hin, aber ich habe sofort, nachdem sie beendet war, David's Artikel gebracht; er schickte mir dann wieder einen Artikel, ich schrieb ihm, ich würde denselben bringen, er sei aber viel zu lang, ich würde ihn früher veröffentlichen können, wenn er ihn etwas kürzen wollte. David erwiderte, ich möchte ihm das Manuskript zurückschicken, er wolle sehen, ob er ihn kürzen könne; ich schickte ihm das Manuskript, aber Hof und Meiter sah man niemals wieder. (Hörl hört!) David hat sich darüber weder bei einer höheren Instanz noch bei mir beschwert, ich mußte gar nicht, daß er sich verlegt fühlte, und jetzt sagt er, seine Würde erlaube ihm nicht mehr, für die „Neue Zeit“ zu schreiben. Wenn man so empfindlich ist, dann hört allerdings Alles auf. Ferner soll ich Bernstein herausgegrault haben. Auch das ist nicht richtig; die Mitarbeiterschaft, an der „Neuen Zeit“ habe ich ihm nicht verweigert, aber er war gewissermaßen mein Mitredakteur und unser persönliches Verhältnis wurde durch den Kampf ein unerträgliches, dadurch wurde auch unser Zusammenarbeiten unerträglich. Sie werden das begreiflich finden. Sollte etwa Jemand verlangen, daß Heine oder Vollmar mit Rosa Luxemburg zusammen ein Blatt redigieren soll (Weiterkeit), ich glaube, Heine und Vollmar würden das entschieden ablehnen, ob aber dann David als Vertheiliger von Rosa Luxemburg auftreten und verlangen würde, daß man sie mit Vollmar zusammenpaart, das glaube ich nicht. (Weiterkeit.) Gegen die Mitarbeiterschaft Bernstein's habe ich nie etwas einzuwenden gehabt, ich habe ihn sogar nach Schluß des Lübecker Parteitages aufgefordert, für die „Neue Zeit“ zu schreiben. (Hörl hört!) — Ich hätte noch viel zu sagen, aber meine Redezeit ist abgelaufen. Also nur noch eins: Lassen Sie die Sache nicht persönlich auf. Ich mußte wider meinen Willen persönlich werden, aber täuschen wir uns nicht: Es handelt sich um tiefgehende sachliche Meinungsverschiedenheiten, um Meinungsverschiedenheiten, die eben noch die italienischen Genossen auf's tiefste erregt und die die französischen Genossen vollständig auseinandergetrieben

haben! Sollen Sie trotz, daß wir einig geblieben sind und daß bloß eine gewisse Reibbarkeit das einzige Resultat all' dieser Debatten ist. Ich hoffe, daß auch diese Reibbarkeit in kurzem verschwinden wird. Wir stehen vor großen Entscheidungen. Die Reichstagswahlen werden uns zusammenschweißen und der letzte Rest von Erbitterung wird dadurch beseitigt, ich erwarte dazu einen großen Triumph, der bei der Bourgeoisie wieder den sozialistischen Schocken hervorgerufen wird, und dieser sozialistische Schocken wird noch durch die amerikanische Krisis vermehrt werden. Die Reichstagswahlen, der Kampf um den Zolltarif, sie bedeuten nicht das Ende des Kampfes, sie sind der Anfang des großen Kampfes. In diesem Kampfe wird der Rest von revisionistischen Rebellen gerührt werden (Widerpruch und Zustimmung) und wir werden wieder unsere Endziele in den Vordergrund stellen. (Bravorufe.) Dann werden wir Alle wieder einig sein in dem Ruf: Nieder mit dem Kapitalismus, es lebe die Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

Einger: Es ist ein Antrag eingegangen auf Schluß der Debatte über die Mitarbeit der Parteigenossen an den „Sozialistischen Monatsheften“, sowie über den Revisionismus. (Heiterkeit.) Das scheint mir ein sehr eigentümlicher Antrag zu sein. Ich kann einen Antrag verstehen, der die Diskussion schließen will, aber einen Antrag, der einen Teil der Fragen ausschließen will, scheint mir kaum zulässig. — Der Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Stadthagen: Auer erwähnte, daß der Verein „Arbeiterpresse“ in übermächtiger Laune einmal „Streikverein“ genannt worden sei. Der Grund, weswegen ein großer Teil der Genossen gegen die Versicherung, für die ich durchaus bin, ist, liegt nicht darin, daß der Verein einmal übermäßigweise als Streikverein bezeichnet worden ist, sondern daß bei der Gründung von Mitgliedern des Vereins „Arbeiterpresse“ ausgeführt worden ist, man dürfe in die Statuten nichts hineinnehmen, was einen Streik hindert, man müsse einen Streik als letztes Mittel gegen die Organe der Partei reservieren. (Hört! hört!) Ich freue mich, daß im Laufe der Entwicklung des Vereins „Arbeiterpresse“ diese Richtung gleich Null geworden ist. Wäre das nicht so, so müßte der Verein zweifellos auf das schärfste bekämpft werden. Ein Vorwurf ist also nur zu erheben gegen diejenigen Mitglieder des Vereins, die in der That einen Streikverein daraus machen wollten. Was die Frage der „Sozialistischen Monatshefte“ anlangt, so habe ich selten so viel Unrichtigkeiten aneinandergehäuft gefunden wie gestern. David sagte, es seien die „Sozialistischen Monatshefte“ unter großen Opfern selbstlos ins Leben getreten. Die Thatfachen sind absolut andere. Der „Sozialistische Akademiker“ ist im Jahre 1895 nicht von den jetzigen Mitarbeitern der „Monatshefte“ gegründet worden, sondern von anderen (Sehr richtig!) unter persönlichen Opfern und schweren Geldstrafen. Damit sollte nicht ein sozialdemokratisches Organ — das ist es auch heute noch nicht — gegründet werden, sondern ein sozialistisches Organ, das allen Richtungen des Sozialismus Raum giebt. Ich habe die Schriftkiste und die Aufzettel hier. 1897 ist das Blatt umgewandelt in die „Sozialistischen Monatshefte“. Das Programm ist dasselbe geblieben, es sollte ein Organ sein, das alle sozialistischen Richtungen, also auch die katholisch-sozialistischen, die liberal-sozialistischen und so weiter umfaßt. Die damaligen Gründer haben sich zum großen Teil zurückgezogen, als das Blatt in den Verlag von Edelheim überging. Einige von den Gründern hatten für die Unterstützung des Blattes über 500 M. jährlich besteuert. Selbstverständlich brauchte ihnen Edelheim diese Opfer nicht zu erstatten; die Betreffenden hätten das wohl auch kaum angenommen. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn ein Sozialdemokrat unter Hervorhebung seines Namens in irgend einem bürgerlichen oder antisozialdemokratischen Blatte schreibt. Wenn aber von einem Blatt, wie die „Sozialistischen Monatshefte“, ausdrücklich erklärt wird, daß sie kein sozialdemokratisches Blatt sind, sondern

ihre Spalten allen sozialistischen Strömungen öffnen: so soll man nicht damit kommen und unter der Flagge, daß es ein Partei-Organ sei, Fleckchen machen in einer Art und Weise, daß Scherl und Wertheim die reinen Waisenkinder dagegen sind (sehr gut! Große Heiterkeit.) Von allen diesen Dingen haben die Herren Mitarbeiter wahrscheinlich gar keine Ahnung. Die „Sozialistischen Monatshefte“ wollen einen Teil treiben zwischen die Gewerkschaften und die Partei, ein Versuch, der auf das allerschärfste bekämpft werden muß. Der Redakteur ist ja ein Sozialdemokrat. Ich kenne Herrn Bloch und weiß, daß er sich als einen Sozialdemokrat achtet. Aber noch im vergangenen Jahre war er der Meinung, daß Dr. Franz Oppenheimer nie für andere Parteien als die sozialdemokratische eingetreten sei. Von einem so gewandten Redakteur sollte man annehmen, daß er wenigstens die Stellung von Leuten wie Oppenheimer kenne, der nie aus seiner Ansicht ein Geiß gemacht hat; Oppenheimer ist nie Sozialdemokrat gewesen, er schrieb noch im Oktober 1891 in der „Welt am Montag“ in einem Artikel über Rudolf Virchow: „Wir, die wir nach wie vor unerschütterte auf dem Standpunkt stehen, daß nur der Liberalismus im allen eisten Sinne die Welt erlösen kann, die wir die Ueberzeugung von der psychologischen Unmöglichkeit der sozialistischen Erwartungen teilen u. s. w.“ (Hört! hört!) Ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe von Fällen anführen. Also der zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie, zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie den Unterschied nicht herauskennen kann, der auf Anfrage von mehreren Sozialdemokraten erwidert hat: „selbstverständlich sind Anarchisten und Oppenheimer u. s. w. alles Sozialdemokraten!“ (Bloch-Berlin ruft: Das ist alles gelogen!) Wenn Sie, Herr Bloch, auch einen solchen Ton in Ihrem Organ, den „Sozialistischen Monatsheften“, haben, so haben Sie doch kein Recht, hier eine derartige unerschämte Redewendung zu gebrauchen. (Große Unruhe. Hört! hört!)

Einger (unterbrechend): Ich habe den Zwischenruf nicht gehört; würde ich ihn gehört haben, so würde ich ihn mit derselben Entschiedenheit wie Stadthagen gerügt haben. — Ich muß sagen, daß es ein Mißbrauch des Gastrechtes ist, wenn jemand, der nicht Mitglied des Parteitagcs ist, sich herausnimmt, in einer solchen Weise die Verhandlungen des Parteitagcs zu führen. Ich hoffe, daß das nicht wieder vorkommt, sonst müßte man entsprechende Maßregeln ergreifen.

Stadthagen (fortfahrend): Die „Sozialistischen Monatshefte“ sind keineswegs ein sozialdemokratisches Organ, so viel Sozialdemokraten auch daran mitarbeiten mögen. Im übrigen bemüht sich der Redakteur, wie uns ja gestern ergeht ist, mit solcher Liebenswürdigkeit bei seinen Mitarbeitern um Artikel, daß man sich vor dem Mann gar nicht retten kann, wie man sich vor einem Reisenden nicht retten kann. Nach den Mitteilungen, die mir vom Genossen Julian Vordhardt-Königsberg geworden sind, liegt seit dem Jahre 1890, d. h. seitdem das präbunkapitalistische Unternehmen Edelheim dahinter steht, System daran, daß nur diejenigen zur Mitarbeit aufgefordert werden, die nicht Revisionisten nennen und dann nachher sich darüber beklagen, daß sie Revisionisten genannt werden. (Sehr gut.) Mir ist von Julian Vordhardt, der früher von Bloch zur Mitarbeit aufgefordert wurde, im vorigen Jahre ein Brief ausgegangen, in dem dargelegt wird: Vordhardt hatte in der Leipziger Buchdrucker-Affaire einen Gegenartikel geschrieben, Bloch erklärte, er könne ihn nicht aufnehmen, aber nicht wegen des Inhalts, sondern wegen Raummangels, die Sache sei allerdings aktuell, sie könne ja aber noch 4—5 Monate lagern. Bloch fuhr dann fort: „Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag: Sie lassen Ihren Artikel zunächst einmal ruhig liegen. Sowie ich nur irgend Raum erübrigen kann, theile ich es Ihnen mit, und Sie senden mir das Manuskript wieder ein, allerdings etwas umgearbeitet. Der aktuelle Fall ist dann vermutlich nicht mehr von Interesse u. s. w.“ (Große Unruhe.) Genosse David, das ist Ihr Redaktions-

(Sehr gut!) Aus dem Zirkular, das der Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“ gegenüber dem Preskzirkular des Parteivorstandes erlassen hat, möchte ich Ihnen gleich einige Stellen vorlesen. Für den „guten Ton“ gewisser Parteior-gane will ich zuvor nur noch eine mir vorliegende Zeitungsausschreibung zitieren, wo davon die Rede ist, daß der Sozialdemokratie auf ihrem Parteitage von den Uebertheoretikern, den Ueberdoktrinären, den Alles oder nichts- und Wit dem Kopf durch die Wand-Politikern aus unseren Reihen Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, daß diese Männer versuchen werden, den Parteitag auf das Niveau ihrer Geistesheit herabzudrücken. (Hört! hört! Große Unruhe.) Das ist der gute Ton! Ich bezweifle nicht, daß Sie einen guten Ton haben, nur be-halten Sie ihn bei sich. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Der Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“ wendet sich an die Gewerkschaftsführer und bittet, die „Sozialistischen Monatshefte“ doch unter allen Umständen abonnieren zu wollen. Es heißt in dem Zirkular: „Wir wissen zwar, daß die jetzige Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit es vielen Genossen fast unmöglich macht, selbst den geringeren Abonnementspreis der „Sozialistischen Monatshefte“ aufzutreiben. Andererseits glauben wir, daß die „Sozialistischen Monatshefte“ so viel Wertvolles bieten, daß niemand, der nicht durch Noth direkt dazu ge-zwungen ist, auf ihre Lektüre verzichten sollte.“ Weiter wird gesagt, daß die „Sozialistischen Monatshefte“ alles bieten; schließlich wird ausgeführt: „Wir werden Ihnen zunächst vorschlagen, daß Ihre Organisation als solche auf ein Exemplar der Zeitschrift abonnirt. Ferner wäre es sehr zweckmäßig, wenn Sie dieses Schreiben in Ihrer nächsten Versammlung vorlesen und daselbst zum Abonnement der Zeitschrift auffordern wollten. Als Gegenleistung für die damit verbundene Mühe erbieten wir uns, für jeden Abonnenten, den Sie uns auf der Liste angeben, an die Kasse der Organisation den Betrag von 50 Pf. zu zahlen.“ (Hört! hört! Große Unruhe.) Mit solchen Mitteln kann allerdings ein Partei-Organ nicht vorgehen. Die „Sozialistischen Monatshefte“ sind auf dem Gebiet der periodisch erscheinenden Zeitschriften genau das, was der „Lokal-Anzeiger“ und die übrige „Generalanzeiger“-Presse unseren Parteizeitungen gegenüber sind. Wir müssen verlangen, daß nicht ein Organ sich bildet, wie es die Redaktion zweifellos thut durch einseitige Duldung eines Standpunktes, das lediglich gegen die Partei Front macht, so daß wir im Reichstage in jeder Session gegen die „Sozialistischen Monatshefte“ haben auftreten müssen. Auch in dieser Session haben wir in der Alkoholfrage die „Sozialistischen Monatshefte“ wieder von den Hochschözen abschütteln müssen. Das ist kein sozial-demokratisches Organ. Arbeiter, die noch einen Rest von selbständigem Denken sich bewahrt haben, sollten nicht auf die Autoritätsduselei hineinfallen, von der dies Blatt allerdings voll ist. (Lebhafter Beifall und Unruhe.)

Wolmar: Ich bin der Meinung, daß man in solchen Dingen nicht an die Leidenschaft, die gewöhnlich blind ist, sondern einfach an den Verstand appelliren soll. Ich bin persönlich eigentlich recht wenig in der Frage interessiert, ich habe ein einfaches, schlichtes Gemüth (Heiterkeit), das nicht sehr schriftstellerisch ver-anlagt ist, und ich empfinde wenig das Bedürfnis, jeden Gedanken, der mit kommt, augenblicklich auch anderen Leuten auszubringen zu wollen. Ich habe mich an der Diskussion über den ganzen Komplex von Fragen, um die es sich hier dreht, wenig oder eigentlich gar nicht beteiligt. Wichtigem habe ich vor den Versammlungen der Parteitage die verschiedenen Streitaktien der letzten Jahre wieder nachgelesen, und ich habe mich, daß ich recht daran gethan habe, mich nicht zu betheiligen. Nach genauer Einsicht habe ich mir sagen müssen, daß nach meiner Auffassung neun Zehntel alles Gesagten hätte unter-bleiben können (Sehr richtig!), ohne daß die Partei dabei etwas verloren hätte. Ich werde mich also nicht weiter, als notwendig ist, auf die Sache einlassen. Die Thatsache steht fest: es wird darüber gesagt, daß die „Neue Zeit“ fort-

während zurückgeht. (Zurufe.) Ich denke ein Blatt, das 10 000 M. Defizit macht, wird wohl zurückgehen. (Zuruf: Das war immer so!) So, dann ist es immer zurückgegangen. (Große Heiterkeit.) Das Blatt steht schlecht, macht Defizit, trägt der Autorität der Partei, während andererseits die „Sozialistischen Monatshefte“, wie man über sie auch denken mag, fortwährend in die Höhe gegangen sind und gegenwärtig eine Verbreitung erreicht haben, die anderen Blättern ganz angenehm sein würde. Ueber diese Thatsache ist zunächst weitlet nicht zu reden. Ich bestreite durchaus nicht, daß das nicht angenehm für die Partei ist und daß es kein regelmäßiger Zustand ist, während die andere Zeitschrift, die sehr lange kein Partei-Organ war und erst seit einigen Jahren in Wirklichkeit diesen Titel verdient, sich so weiten Einfluß verschafft hat. Es scheint mir aber doch höchst merkwürdig, daß unter so vielen klugen Männern, die über diese Dinge gesprochen haben, keiner den Grund, der die Lage verursacht hat, klar erkannt hat. Wir scheint es das Einfachste von der Welt, daß die Ursache zunächst da zu suchen ist, wo sie vernünftigerweise zu suchen ist, das ist bei der Redaktion. Alles spräche doch dafür, daß ein Blatt, das die Autorität und den Geldbeutel der Partei hinter sich hat, einen außerordentlichen Einfluß erreichte und in die Höhe kommen müßte. Wenn es das nicht gethan hat, so kann das nur an der Redaktion liegen. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, bin ich der Ueberzeugung: Sie können beschließen, was sie wollen, eine Ueberzeugung tritt so lange nicht ein, als nicht andere Redaktionsprinzipien eintreten. Kautsky hat, wie früher, die Sache ja sehr hübsch dargestellt; er hat gesagt: „Was macht man mir eigentlich zum Vorwurf? Das sind ja Lappalien!“ Für mich steht aber die Sache einfach so: In Kautsky, über dessen Verdienste und Fähigkeiten ich ihm keine Komplimente zu machen brauche — die setzen fest — lebt ein Geist der Einseitigkeit, der Engherzigkeit, der Anduldsamkeit gegenüber anderen Meinungen, wie es in unserer Partei kaum bei einem anderen hervorragenden Parteigenossen der Fall ist. Daß das nicht bestritten werden kann, hat uns Kautsky ja selbst auf dem Parteitage im vorigen Jahre gesagt, als ihm dort persönliche Vorwürfe gemacht wurden und als man von der Denkfreiheit sprach, die wir gegenüber den bürgerlichen Parteien forderien, hat er es als einfach lächerlich bezeichnet, die gleichen Anforderungen an die Denkfreiheit innerhalb unserer Partei zu stellen. Denn die bürgerliche Gesellschaft sei ein Zwangs-institut, aber der Eintritt in unsere Partei sei etwas Freiwilliges, infolgedessen könne man diese Forderung nicht stellen. Er hat hinzugefügt, er betrachte als Erstes die Einheitslichkeit der Partei. Es geht ihm damit so, wie Goethe sagt: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist der Herzen eigener Geist“. Die Einheitslichkeit der Partei, das ist für Euch die Einheitslichkeit, die Eure Grund-sätze, Eure spezielle Meinung bedeutet. Andere Ansichten werden als falsch be-trachtet, sie werden nicht literarisch bekämpft, sondern man sucht sie auf jede Weise herbeizugewingen. Das ist der Unterschied, der zwischen der „Neuen Zeit“ und den „Sozialistischen Monatsheften“ besteht. Was der Verleger der „Monatshefte“ macht, davon weiß ich nichts, das geht mich auch zunächst nichts an. Es handelt sich um den literarischen Inhalt. Jeder einzelne Parteigenosse, der dort schreibt, tritt mit seinem Namen auf, deckt seine Ansichten verantwort-lich, und es wird einfach der Meinung der Leser überlassen, ihr Recht zu ziehen. Das will aber gerade Kautsky nicht, er hat erklärt, daß sein Organ nicht dazu da sei, verschiedene Meinungen zu vertreten, sondern die Einheitslichkeit der Partei soll darin bestetigt werden. Er sagt nun: das sind Lappalien. Ich möchte einen Vergleich ziehen: ich gehe nicht gern in eine Versammlung, in der ein etwässer, b. h. immer der gleiche Vorlesende vorhanden ist, der mir in der Debatte nur mit Misstrauen entgegentritt und mir bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ins Wort fällt, der mich meine eigenen Gedanken nicht einmal richtig ausführen läßt und dann hinterher bei jeder Gelegenheit mit dem schwachen

Beschuldigung. Das ist nicht nur Einem, das ist Vielen geschehen. Es ist heute gefragt worden, was denn eigentlich so Schlimmes gewesen sei. Haben Sie denn die Debatten der letzten Jahre vergessen? Erinnern Sie sich nicht, daß einer Reihe von Genossen, mich nehme ich aus — mir ist es Wurst (Geiterkeit) — sehr schlimme Dinge vorgeworfen worden sind, daß sie lächerlich gemacht sind? Die Vorwürfe, ihr Thun sei geeignet, die Partei zu sprengen, sie seien auf dem Wege ins bürgerliche Lager hinüber, sind doch unter Sozialdemokraten keine Kleinigkeiten. Im vorigen Jahre hat sich selbst Adler veranlaßt gesehen, dem Kautsky einen kleinen Stammbuchvers zu schreiben. Damals hat es geheißt: Wir haben uns geschlagen und werden uns wieder vertagen, und es ist auch schon eine gewisse Besserung eingetreten. Aber es scheint auch das Neueste zu sein, was Kautsky überhaupt zu leisten vermag. Ich halte es nicht für recht, wenn die Redaktion über alles, was in der deutschen und ausländischen Sozialdemokratie geschieht, von oben herab urtheilt, wenn Jaurès, der Mann, der an der Spitze der größten Bruderpartei in Frankreich steht, der „große Parteiverderber“ genannt wird, der nicht schnell genug verschwinden möchte. Und wie unhöflich, um nicht mehr zu sagen, hat man dem Genossen Wandervogel erwidert, als er seinen Brief veröffentlicht hatte. Das erachte ich als eine Lachlosigkeit, das kann vielleicht in einem freien Organ geschehen, aber in einem Organ, das sich annimmt, das wissenschaftliche Organ der Partei zu sein, muß der Redakteur sich jeden Augenblick der Verantwortung, die er trägt, bewußt sein. Nun wird gesagt, man könne sich ja beschweren. Das antworten uns auch die Minister jedesmal auf unsere Anfragen. (Geiterkeit.) Es heißt dann, wo sind denn die Beschwerden? Nicht wahr, Herr Geheimrath, es sind keine da? (Erneute Geiterkeit.) Wer würde sich auch gerne beschweren über einen Redakteur wie Kautsky. Ich glaube ihn genau zu kennen, um zu wissen, daß Beschwerden gar nichts ändern würden. Kautsky muß so genossen werden, wie er ist (Geiterkeit), er wird sich nicht ändern oder höchstens nur noch einseitiger werden, als er schon ist. (Geiterkeit.) Bebel hat schon in einem Artikel, den er im vorigen Jahre auf eine Aeußerung von mir in einer hiesigen Parteiverammlung geschrieben hat, den Einwand gemacht: warum beschwert man sich nicht? Ich stelle die Gegenfrage: wenn wirklich die Parteimitglieder und der Vorstand so leicht bei der Hand sind, hier Remedur einzutreten zu lassen, warum haben wir dann bei den zahlreichen unehrerlichen Dingen, die in der „Neuen Zeit“ vorgekommen sind, nie etwas von einem Eingreifen des Parteivorstandes gehört? (Pfannkuch ruft: doch!) Ja, hinterher wie es gedruckt war. Auf den ersten Artikel der Serie über die Opportunisten hätten Ihr schon genau sehen können, worauf die Sache hinausgeht, und sagen können: in der Weise verfährt man nicht gegen Parteigenossen. Aber nichts hat. Ihr gehan. Ihr habt es hinausgehen lassen und die Betreffenden haben sich damit abfinden müssen. Also damit kann man mir nicht kommen. Der Geist, der in der Redaktion der „Neuen Zeit“ herrscht, ist eben dergestalt, daß die Leute weggegangen sind. Welchen vernünftigen Grund könnt Ihr denn dafür angeben, daß bekannte Parteigenossen, Reichstags-Abgeordnete, für die Mitarbeit der „Neuen Zeit“ verloren gegangen sind? Wollt Ihr etwa die Theorie aufstellen, ein Komplott sei im Gange, um die Partei zu sprengen oder ins bürgerliche Lager zu führen? Das wäre doch lächerlich, es muß doch ein Grund vorhanden sein. Und das ist der: Sie haben sich abgestoßen gefühlt durch den Geist, der in der Redaktion der „Neuen Zeit“ herrscht, der ihnen nicht den nötigen Ellenbogenraum läßt, und deshalb sind sie zu dem anderen Organ gegangen. Wenn eine Veränderung in der „Neuen Zeit“ möglich wäre, würde ich mich am meisten darüber freuen. Ich erkläre aber, daß ich das für gänzlich ausgeschlossen halte. Es ist der ewige Geist der Kontrolle, der Geist der Disziplin — einer solchen Disziplin — der Disziplin des Kasernenhofes, gegen

den man sich Wendet; denken Sie doch daran, daß Sie es mit selbstständigen Menschen zu thun haben. Lassen Sie sie sich doch aussprechen und die Partei entscheiden, es ist ein Gefühl der Schwäche, wenn man das verhindern will. (Sehr richtig!) Der Antrag Augsburg ist nach meiner Meinung geradezu grotesk. (Geiterkeit.) Ich habe geglaubt, als ich den Antrag las, die Augsburger hätten sich in der Adresse geirrt, es sei ein Antrag für die Zentrumspartei, für die Kirchenorgane mit dem Zensor obenan, wo nur eine Meinung recht ist. Ich spreche weiter nicht gegen den Antrag, zumal der Antragsteller schon selber so glänzend gegen den eigenen Antrag gesprochen hat. (Geiterkeit.) Lassen Sie ruhig alle Meinungen frei aussprechen, sobald es in ehrlicher und loyaler (Auf: loyaler!) Weise geschieht. Lassen Sie keine Zwangsmaßregeln eintreten! Bebel meinte gestern, von einer Einschränkung der Meinungsfreiheit sei keine Rede. Aber der Antrag Augsburg bedeutet das (Bebel: Ich bin nicht für ihn!) — ja, aber außer Dir sind noch andere Leute im Saale. Es wird in dem Antrag gefordert, daß Polemiken nur in Parteiblättern ausgedrückt werden dürfen. Das heißt doch nichts weiter als: Wenn es dem Parteivorstand nicht gefällt, den Artikel aufzunehmen, dann sind die Leute mundtot. (Sehr richtig!) Sobald die Parteigenossen versuchen, Artikel zu verhindern, denen sie weiter nichts vorwerfen können, als daß sie in einer Zeitschrift erscheinen, die nicht im Parteiverband steht, dann handelt es sich um einen Meinungsdruck, dann will man die Meinungsfreiheit unterdrücken. Ich glaube nicht, daß Sie das thun werden, schon deshalb nicht, weil es keinen praktischen Erfolg hätte. Das Einzige, was geschehen könnte, wäre, daß das blühende Leben, das sich in den „Sozialistischen Monatsheften“ entwickelt, erstickt würde, ohne daß damit der „Neuen Zeit“ gekollten wäre. Wenn Sie glauben, daß sich dann die betreffenden Genossen dem Zensorstift Kautskys unterwerfen werden, dann täuschen Sie sich, sie würden es einfach unterlassen, überhaupt zu schreiben und nichts würde an die Stelle treten. Wenn der Versuch unternommen würde, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, dann wäre der kein echter Sozialdemokrat, der es fertig bekäme, sich einer solchen Zensur zu unterwerfen. Das wäre unehrerlich nicht der Mühe werth, zur Sozialdemokratie zu gehen und die alten Unfreiheiten los zu werden, nur um sie mit einer neuen zu vertauschen. (Bebel: hafter Beifall.)

Frau Bebel: Ich stimme in vielen Beziehungen mit der Kritik überein, die an der „Neuen Zeit“ geübt worden ist. Es ist kein Zweifel, daß die „Neue Zeit“ vielfach der Aktualität entbehrt, kein Zweifel auch, daß es ihr nicht immer gelungen ist, in dem gleichen Maße wie die „Sozialistischen Monatshefte“ neue Kräfte zur Mitarbeit heranzuziehen. Niemand, glaube ich, ist unter uns, der diesen Mangel mehr empfindet als Kautsky selbst. Aber diese Mängel sind zum Theil sehr erklärlich, es verbindet eben nicht jeder Redakteur die Eigenschaften eines betriebamen Geschäftsmannes zugleich mit der Gepflogenheit, sich zur Vorderbühne hinauszusetzen zu lassen und zur hinteren Thür wieder hereinzukommen. (Sehr gut!) Vielleicht werden die Anregungen, die Kautsky heute empfing, dazu beitragen, daß er sich mehr und mehr jenem Ideal des Redakteurs nähert, das Seine gestern aufgestellt hat, und daß er auch ein solcher unaußersichtlicher Redakteur wird (Geiterkeit), der es lernt, die Leute breit zu schlagen, denen, wie Seine sich ausdrückt, gar nicht viel an der Mitarbeiterschaft gelegen ist. Was die Heranziehung weiterer Kräfte anbelangt, auch solcher, deren Entwicklungsgang noch nicht abgeschlossen ist, so kann man ganz gut die Bedenken begreifen, die Kautsky davon abgehalten haben, solchen Kräften einen breiten Spielraum in der „Neuen Zeit“ einzuräumen. Es ist das Verantwortlichkeitsgefühl, das er als Leiter des offiziellen Organs der Sozialdemokratie, der Gesamtpartei und seinem eigenen Gewissen gegenüber hat, es ist die Erkenntnis, daß die „Neue Zeit“ in Kräfte bringt, wo der einzige

aber nicht alles so nachprüfen kann, wie es Vollmar als Oberhaupt
 hat, ein Ideal, das wir heute noch nicht verwirklicht sehen. Gerade in den
 letzten Jahren ist es gelungen, neue Kräfte heranzuziehen, und erstens
 wurde aus dem Proletariat selbst. Sie dürfen auch die einzige Nummer der
 „Neuen Zeit“ mit der einzelnen Nummer der „Monatshefte“ betrachten. Be-
 denken Sie, daß das eine ein Monatsblatt, das andere ein Wochenblatt ist. Man
 hat als einen der wichtigsten Gründe, weshalb es so vielen Genossen beliebt
 worden ist, in der „Neuen Zeit“ mitzuarbeiten, den Ton derselben angeführt.
 Es ist darüber schon manches Wort hier gesagt worden, ich will nur das erste
 hinzufügen: wenn die Revisionisten sich durch das Wort Revisionist beleidigt
 fühlen, warum wie uns nicht mit demselben Recht beleidigt fühlen, wenn man
 uns fortwährend Revolutionäre mit dem vierfachen r nennt, oder die Un-
 entwegten, die Zielbewußten u. s. w.? In dieser Beziehung ist, wie schon
 in Uebel gesagt wurde, gefündigt worden in und außerhalb Zions, und wir
 haben uns da gegenseitig nichts vorzuerwerfen. Kautsky ist der Bestimmte der
 Einseitigkeit gemacht, aber das Material, das zum Beweis dafür angeführt wird,
 reicht nicht aus. Der Redakteur derjenigen Zeitschrift, die sich nicht nur an-
 wagt, das wissenschaftliche Organ der Partei zu sein, sondern die es tatsächlich
 ist, es von Anfang an auch gewesen ist, wenigstens aus bestimmten, in der da-
 maligen politischen Situation liegenden Gründen vielleicht die offizielle An-
 zeichnung gefehlt hat, ist zu einer gewissen Reserve gezwungen, die sich ein-
 wärts der Kontrolle der Partei-Instanzen liegendes Organ nicht aus-
 sprechen braucht. Kautsky hat schon darauf hingewiesen, welche Rücksichten
 zu nehmen er gezwungen ist. Aber es kommt noch ein anderes hinzu: als
 Redakteur der wissenschaftlichen Zeitschrift der Sozialdemokratie hat er auch
 darüber zu wachen, daß die Ansichten sich immer mehr klären und immer weiter
 entwickelt werden. Da ist er der Partei wie keinem anderen Genossen bestim-
 mentlich, daß solche Meinungen zum Ausdruck kommen, die seiner eigenen
 besten Ueberzeugung nach im Interesse der Gesamtpartei, im Interesse des
 gewaltigen proletarischen Massenkampfes liegen, und durch dies Verantwortlich-
 keitsgefühl ist er ohne Zweifel verpflichtet, manchmal dem oder jenem Artikel
 eine Fußnote oder das von David bemängelte Schwänchen anzuhängen. Wenn
 David darin schon eine Beschränkung der Meinungsfreiheit und der Kritik er-
 blickt, so behauere ich ungern, daß wir nicht die angeführten Artikel oder
 die ungehaltenen Reden von David hören beziehungsweise lesen können, wenn er
 sich ansehenden Bedacht hätte gegen die Aufforderung des „Ratibühler Volks-
 freundes“, der Genoffin Dugenburg den Parteimaßstab anzulegen. Wenn
 wir die ganzen Vorwürfe, die heute erhoben worden sind, betrachten, so sieht
 es mit den beiden Theilen so aus: man erkennt wohl das Recht an, die alle
 Richtung, um sich so auszudrücken, mit aller Schärfe zu kritisieren und auch
 im härtesten Tone zu belämpfen, man verachtet sich aber mit allem Nachdruck
 gegen die Pflicht, selbst jeden scharfen Ton zu vermeiden, man fordert die
 Meinungs- und Bewegungsfreiheit für die eigenen Ansichten, ist aber unwillig,
 wenn auf die Kritik die Gegenkritik mit derselben Freiheit antwortet. Man
 behauptet eine souveräne Verachtung jeglichem alten Dogma, verlangt aber auf
 der anderen Seite den unbegrenzten Respekt vor dem eigenen neuen Dogma.
 Wenn die „Neue Zeit“ vielfach manchmal bezüglich des Tones wie auch der
 Wendung und der Bekämpfung anderer Tendenzen im Uebereifer gesündigt haben
 mag, so wird das begreiflich durch die geschichtlichen Bedingungen, unter denen
 sie ins Leben getreten ist. Was ist denn die „Neue Zeit“ für die Partei gewesen?
 Sie war hauptsächlich ein Windbleib, welches das große wissenschaftliche Werk
 unserer Meister Marx, Engels, Lassalle u. s. w. übertrug und dadurch gemacht hat
 der Tagespresse, der praktischen Tagesarbeit, dem praktischen politischen Kampf.
 Und dieser großen Aufgabe mußte sie nicht nur gerecht werden, indem sie die

Grundfläche, auf denen unser Programm und unsere Taktik fußt, in ruhigen
 sachlichen Artikeln entwickelte, nein, sie hatte auf der anderen Seite auch die
 Aufgabe, alle jene bürgerlichen Kreise und Plebs abzuwehren, die dem
 Sozialismus verfallen und sich an die Rockschöße des Proletariats anhängen
 wollten. Sie hat den wissenschaftlichen Sozialismus gleichsam in die Partei
 einführen müssen in stetem Kampf mit dem Pseudo-Sozialismus. Das Bassen-
 handwerk ist ein rauhes Handwerk, und wer sich fortwährend mit den Gegnern
 herumschlägen muß, der schlägt unwillkürlich auch mal im Kampfe mit den
 Genossen einen scharfen Ton an, der besser vermieden wäre. Soll die „Neue
 Zeit“ der Aufgabe getreu bleiben, die sie bis jetzt erfüllt hat, ich darf wohl
 sagen, glänzend erfüllt hat, so ist es notwendig, daß alle Parteigenossen, die
 dazu fähig sind und sich berufen fühlen, in rückhaltloser Weise für die „Neue
 Zeit“ zu arbeiten. Das ist möglich. So gut wie sich die beiden Tendenzen im
 praktischen Tageskampf der Partei, auf den Parteitagungen trotz scharfer Aus-
 einandersetzungen doch stets friedlich und scheidlich mit einander vertragen haben,
 so gut muß und kann das auch in dem Organ der Sozialdemokratie, in der
 „Neuen Zeit“, der Fall sein. Nur wenn das eintritt, werden uns jene Kräfte
 wieder zufließen, die jetzt verärgert und verbittert bei Seite stehen. Nur dann
 kann die „Neue Zeit“ sein, was sie sein soll und sie auch zu sein im Stande
 ist. Daß sie aber das ist, ist nicht nur notwendig im Hinblick auf die bevor-
 stehenden Kämpfe, von denen Kautsky gesprochen hat, sondern auch im Hinblick
 auf die keine Tagesarbeit, die wir zu leisten haben. Je mehr neue Elemente
 in den Vordergrund geschoben werden, um so notwendiger haben wir eine
 Stelle, die theoretisch leitend, führend, beratend, die Einheitslichkeit befähigend
 und fördernd ihr zur Seite steht, mit Rücksicht auf das gemeinsame Ziel, und
 das im Grunde nur gerichtet ist gegen den gemeinsamen Feind und für die
 Erklämpfung der gemeinsamen Freiheit. (Lebhafte Beifall.)

Ein Schlußantrag wird, nachdem ihn Mittag-Halle begründet, Ulrich-
 Offenbach ihn bekämpft hat, abgelehnt.

Ulrich - Offenbach: Ich bin wieder bei der „Neuen Zeit“ noch bei den
 „Monatsheften“ irgendwie beteiligt, ich habe also gewiß ein Recht zu sagen,
 daß ich nicht durch irgend einen Gedankenblase angefränkt bin, und ich bin
 in meiner Stellungnahme durch keinerlei persönliche Rücksichten beeinflusst. Ich
 meine, eine Thatsache sollte man doch beachten, daß seit den Debatten im letzten
 Jahre eine Aenderung der Situation nicht bemerkt wurde. Wir müssen uns klar
 darüber werden, welches die Ursachen sind, daß ein großer Theil von Partei-
 genossen an einem Blatt mitarbeitet, das nicht offiziell anerkannt ist. Ich
 komme zu derselben Ueberzeugung, die schon Vollmar ausgesprochen hat: die
 „Neue Zeit“ hat sich viel zu einseitig gehalten und viel zu wenig dem Rechnung
 getragen, was im vorigen Jahre schon ausgesprochen wurde. Die Redaktion der
 „Neuen Zeit“ thut nicht gut, wenn sie in so einseitiger Weise ihren Stand-
 punkt als den ansieht, der nur allein zur Geltung kommen kann. Aus Kautsky's
 Aeußerung, es sei ihm das persönliche Zusammenarbeiten mit Bernstein un-
 möglich, geht hervor, daß Kautsky selbst die Berechtigung der „Monatshefte“
 anerkennt. Das, was die „Monatshefte“ bringen, könnte auch die „Neue
 Zeit“ bringen. Es ist behauptet worden, man sei auf dem Wege der Besserung,
 und wenn ich den „Sammelruf“ Kautsky's höre, dann scheint mir das allerdings
 das Mittel zu sein, das zur Ueberbrückung der Differenzen führt. Wir müssen
 aber bitten, daß die beiden Seiten ihre Empfindlichkeit fallen lassen und sich nicht
 fortwährend über den Ton beklagen. Die Spinitätirei der einzelnen Genossen
 findet bei der breiten Masse keinen Resonanzboden. Wenn die Autoren, die da
 meinen, Artikel von welterhörender Bedeutung geschrieben zu haben, hören
 können, wie die Massen darüber denken, so würden sie von ihrer Bedeutung
 nicht mehr so fest überzeugt sein. (Lebhafte Zustimmung.) Laßt doch

intellektuelle Wortkannerei sein. (Bursfel: Das noch auf Herrn Bursfel.) Ich will mir gar nicht ein Vernehmen oder Kaustisch herausgeschreiben, die haben es alle beide nötig, einen Teil von ihrer Empfindlichkeit abzugeben. Angesichts der jetzigen Situation, angesichts des Brotwunders, sollte man sich nicht fortwährend in die Haare fahren. Wir in der Provinz haben darunter ganz besonders und mehr zu leiden, als die Theoretiker oben im Olymp (Wehsele Bursfel: Sehr richtig!), und uns, die wir draußen im Lande die Agitation zu betreiben haben, kommt es dann bisweilen vor, daß uns der eine Gegner den Kaustisch vorsetzt und der andere den Bernstein. Wir haben die Pflicht, das Pöbelarbitrium aufzuklären, daß der Kapitalismus bekämpft werden muß. Wenn wir aber mit solchen Streitigkeiten uns abgeben müssen, dann können wir nicht arbeiten und deswegen sollten die Polemiken eingestellt werden. Man sollte einfach alle Theoretiker gemeinsam einsperren, bis sie sich gegenseitig aufgefressen haben. (Zustimmung. Lebedour: Dann würde die Partei versimpeln!) Das ist nicht wahr! Die Partei hat so viel gesunde Lebenskraft, daß sie trotz der Theoretiker nicht versimpelt ist. (Ruse: Sehr richtig!) Die wissen oft selber nicht, was sie wollen! (Sehr richtig!) Oft fragt man sich, wenn man Artikel von Bursfel oder Kaustich gelesen hat, was sie denn eigentlich gemeint haben; wenn man sie dann fragt, halten sie uns lange Vorlesungen und an deren Ende weiß man erst recht nicht, was sie denn eigentlich wollten. Im übrigen ist die große Masse der Parteigenossen besser über den Marxismus unterrichtet, als sich die Herren denken. Das Klassenbewußtsein wird in den Massen immer stärker und bewahrt uns vor Dingen, wie wir sie in Frankreich sehen. Man noch ein Wort zu dem von Lebedeur angeführten Fall. Ich bin der Meinung, es geht doch nicht, Mainz und Frankfurt, wo so verschiedene politische Verhältnisse herrschen, als das Muster eines Gespannes vorzuführen.

Seine: Der scharfe Ton, der in der Debatte gegen die Akademiker angeklagen worden ist, ist nicht unverdient. Schon 1898 habe ich in der ersten Bernstein-Debatte gesagt: Wenn man mehr das Verbindende und weniger das Aermende betonen wollte, dann würde sich dieser ganze Streit nicht so entzündlich angewachsen haben. Im Praktischen sind wir ja Alle einig, aber die Lust am Theoretischen liegt den Deutschen einmal im Blute, und dieser alte Fehler wird nicht so bald überwunden werden. Einen Vorwurf jedoch verdienen die Akademiker nicht, nicht sie haben diese Debatte in Gang gebracht, sondern Genosse Adolf Hoffmann war es, der es sehr übel nehmen würde, wollte man ihn zu den Akademikern zählen. (Weiterkeit.) In der ganzen Diskussion scheint mir ein Punkt, und zwar der Hauptpunkt, noch nicht berührt zu sein. Unsere Mitarbeit an den „Monatsheften“ soll der „Neuen Zeit“ schaden. Der Schaden wird im Defizit der „Neuen Zeit“ gesehen. Wie wir dem Defizit der „Neuen Zeit“ aber durch unsere Mitarbeit an der „Neuen Zeit“ abhelfen sollen, das begreife ich nicht. Die „Neue Zeit“ hat ja jetzt nicht genügend Raum, wenn wir nun noch Alle mit unseren Elaboraten, wie sie ein Redner genannt hat, in die „Neue Zeit“ gehen würden, wo sollte das hin? Das Defizit der „Neuen Zeit“ erklärt sich daraus, daß sie einen viel zu hohen Redaktionsetat hat, nachdem sie Wochenchrift geworden ist, daß sie sich mit ständigen Mitarbeitern belastet hat, die, wenn ich für selbstverständlich halte, anständig bezahlt werden. Die Existenz der „Sozialistischen Monatshefte“ ist an dem Defizit der „Neuen Zeit“ ganz unschuldig. Frau Betkin hat gesagt, daß die „Neue Zeit“ sich in der Aufnahme von Artikeln eine gewisse Reserve auferlegen müsse. Ich stimme ihr darin bei, ein offizielles Blatt hat in der That gewisse Rücksichten zu nehmen, an die ein nicht offizielles Blatt nicht gebunden ist. Um so nötiger halte ich die Existenz eines nicht offiziellen Blattes. Allerdings meine ich nicht wie Frau Betkin, daß ein offizielles Parteiblatt zu jeder abweichenden und neuen Auffassung logisch wegen Hinweis auf die offizielle Auffassung fügen müßte. Ich glaube, man sollte

nach dem selbständigen Denken der Genossen etwas zutragen und ihnen nicht Alles vorkauen, sonst wären wir auch nicht anders als die autoritären Hasen. Aber ein unabhängiges Blatt kann schreiben, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, und darin liegt ein Vorzug. Webel bezweift uns an die Versäuberung. Das zeigt aber nur, daß er sich in einem Irrtum über das Wesen der geistigen Arbeit befindet. Wenn ich mich erst beschweren, wenn ich mir erst einen Platz für meinen Artikel erkämpfen soll, dann freut mich die ganze Sache nicht mehr, ei, dann rühre ich nicht erst die Feder an. Webel sagt, es seien Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ erschienen zum Gaudium unserer Gegner. Ich möchte wissen, wann das geschehen ist. Wenn unsere Gegner sich über etwas gaudiren werden, dann über den Augsburger Antrag und die Debatte über die Mitarbeit an den „Monatsheften“. Sollte es unsere Gegner gelücken, die alte Wühle vom Zuchthausstaat der Sozialdemokratie wieder in Bewegung zu setzen, dann haben ihnen die Antragsteller gründlich Wasser geliefert. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir hat Ulrich mit seiner Mahnung zur Einstellung des theoretischen Streites ganz aus der Seele gesprochen. Möge sie beherzigt werden von allen Seiten. Ich persönlich lege nicht sehr viel Werth auf diese theoretischen Diskussionen. Die „Sozialistischen Monatshefte“ verdanken ihr Emporblühen dem Umstande, daß sie sehr viel konkrete Artikel über wichtige Tagesfragen bringen, die nicht kommen würden, wenn sich Niemand an die richtigen Kräfte wendete. So soll auch die Redaktion der „Neuen Zeit“ fortfahren, so soll sie das Blatt interessant machen. Sie möge es versuchen.

Köpen-Hamburg: Ich habe schon auf einem früheren Parteitage die erste Mahnung an die Schriftsteller gerichtet. Heute will ich sie an die Theoretiker richten. Ich würde mit ihnen verfahren, wie ein Vater mit seinem ungeliebten Söhnen. (Weiterkeit.) Wenn man weiß, daß die „Neue Zeit“ ein solches Defizit hat, sollte man seine geistigen Produkte nicht in den „Sozialistischen Monatsheften“ ablegen. Spricht man von der Engbrüstigkeit der Redaktion der „Neuen Zeit“, dann sollte man doch nicht mit seinem Namen von und zu auf der Mitarbeiterliste der „Neuen Zeit“ prangen. Die Genossen im Lande werden sich sehr über das mangelhafte Solidaritätsgefühl der Genossen wundern, die in den „Sozialistischen Monatsheften“ schreiben. Man kann ja dafür sorgen, daß die „Neue Zeit“ nicht so einseitig ist.

Reich-Rölln: Es ist gut, daß die Frage der „Neuen Zeit“ und der „Sozialistischen Monatshefte“ hier einmal aufgerollt worden ist. So können die Dinge nicht weiter gehen. Die Gesamtpartei ist mit 10 000 M. jährlich an der „Neuen Zeit“ interessiert, sie muß Remedur schaffen und der gegenwärtigen Demoralisation ein Ende machen. Der Inhalt unserer geistigen Arbeit muß den Grundanschauungen unserer Partei entsprechen. Die Listeleien und Silbenstereorien der Leute, die Marx meistern und sich auf eine Pyramide stellen möchten, damit sie nur sichtbar sind, finden bei der großen Masse, die doch bereinst den Sozialismus zur That machen soll, kein Verständnis. Appelliren wir nicht an die geistige, wohl aber an die demokratische Disziplin unserer hervorragenden Parteigenossen. Ich finde es bedauerlich, daß Auer seinen Artikel über den Parteitag in den „Monatsheften“ niedergelegt hat. Da muß eine Maßnahme eintreten. Ich schätze die Arbeit Kaustich's sehr hoch, und ich bin überzeugt, auch wenn er nicht mehr an der Stelle blühe, wo er jetzt steht, würde er der Partei noch sehr mit allen Kräften dienen.

Bornheim: Ich muß zunächst den Vorwurf der Ueberempfindlichkeit zurückweisen. Aber es gibt Dinge, für die ich einzig empfindlich bleiben werde. Das sind die Fragen, wo es sich um die Bestimmung handelt, um die Ueberzeugungsfrage. Gegen den Ausdruck „Revisionismus“ habe ich mich gar nicht geäußert. Das Wort stammt nicht von mir, sondern von Schoenlant, und in neuerer Zeit

ist ein Buch erschienen von einem Manne, der außerhalb des Rahmens der Partei steht und seine eigenen Wege geht, der allerdings ein Sozialist ist. In diesem Buche über die Revision des Sozialismus steckt viel Arbeit und viel Geist, es ist von David und mir kritisiert worden und wir haben ausgeführt, daß eine Revision des Sozialismus sich unter keinen Umständen in der Richtung bewegen wird, die dieser Schriftsteller annimmt. Wenn trotzdem auf mich und Andere das Wort Revisionäre angewendet wird, so habe ich nichts dagegen, wohl aber müssen wir uns dagegen wenden, als ob die Revisionisten quasi halb und halb Verräter an der Partei seien. Es ist nicht wahr, daß wir fort und fort die Vertreter der anderen Richtung angreifen. Ich selbst habe die Broschüre von Kautsky über die Handelspolitik, eine wirkliche Agitationsbroschüre, kritisiert und ihren Werth rückhaltlos anerkannt. Wo es sich also um die Wahrung gemeinsamer Grundsätze der Partei handelt, gehen wir solidarisch zusammen. Ich habe ferner, als Kautsky's Broschüre über die soziale Revolution erschien und der bekannte Lorenz die Gelegenheit ergriff, Kautsky in verschiedenen Scharsmacherorganen zu benutziren, sofort im „Vorwärts“ zwei Artikel veröffentlicht, in denen ich für Kautsky eingetreten bin. Im wirklichen Kampfe werden wir uns nie in die Haare fallen. An dem Artikel von Liebknecht habe ich nur ausgeführt, daß er von dem Aufklärer des Revisionismus spricht. Das zu schreiben stand dem jungen Manne nicht an. Ich will nicht untersuchen, ob Jaurès ein Recht hat, sich auf den alten Liebknecht zu berufen. Liebknecht hat auch verschiedene Standpunkte zu verschiedenen Zeiten gehabt. Aber andererseits hat man so gethan, als ob Jaurès, die Hierde des internationalen Sozialismus, ganz außerhalb der Partei stehe; gewiß kann auch Jaurès in einem bestimmten Punkte Unrecht haben, er kann kritisiert werden, aber nicht wie man Parteiverräter kritisiert. In dem Artikel im „Offenbacher Abendblatt“ hieß es, nachdem die Bourgeoispreffe durch die Kautsky'schen Broschüren zur Wuth emporgehitzt war, hätte ich den Gegnern zur Freude geschrieben. Das ist falsch. Die „Post“ hat sogar gesagt, Bernstein's Standpunkt sei noch viel gefährlicher als der Kautsky's. Ich habe nicht eine ganze Richtung, sondern lediglich das Buch von Kautsky kritisiert, und die Kritik enthält nichts Verlegendes. Ich bitte Euch, Genossen, seid doch nicht so überaus nervös. (Große Heiterkeit.) Laßt uns doch das Recht der Kritik. Ich habe erst vor ein paar Tagen in einer großen Versammlung zu Frankfurt a. M. unter allgemeinem Beifall ausgeführt, daß immer Meinungsverschiedenheiten in der Partei bestehen werden, daß ich nicht den Tag herbeisehne, an dem diese geistigen Kämpfe aufhören, denn sie bedeuten unser geistiges Leben. Nun ist mir in der „Weltpolitischen Korrespondenz“ — und die „Leipziger Volkszeitung“ hat das ohne Protest abgedruckt — vorgeworfen worden, ich hätte mich über die Lübecker Resolution hinweggesetzt, es hätte gar keinen Zweck, Resolutionen in Bezug auf mich anzunehmen. Ich habe mich in Lübeck zwar gegen die Resolution Webel gewandt, weil sie etwas Falsches über mich enthält, aber im Innersten meines Herzens habe ich sie der von Seine vorgezogen, weil sie noch viel energischer als diese das Recht und die Nothwendigkeit der freien Kritik betonte. Ich habe dann die Resolution Webel gegen die Angriffe der gegnerischen Presse verteidigt und nun, nachdem ich nach einem ganzen Jahre agitatorischer Thätigkeit für die Partei, einmal gegen eine Broschüre von Kautsky polemisiere, kommt ein Blatt und sagt, ich kümmere mich nicht um Resolutionen. Ich glaube die Resolution so lokal wie nur möglich gehalten zu haben. Webel nicht mir zu, ich freue mich, daß er derselben Ansicht ist. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Nur noch ein Wort: Nach meiner Ansicht gehören „Sozialistische Monatshefte“ und „Neue Zeit“ zur Partei, sie ergänzen sich einander. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Partei kann stolz darauf sein, daß sie zwei solche Organe besitzt. (Beifall und Lachen.)

Auf Antrag von Rudolf Mühlberg wird die Debatte geschlossen, nachdem Kiesel-Berlin sich gegen den Schlußantrag ausgesprochen hat. Singer theilt mit, daß der Antrag 18 Stimmen gegen ist; der Antikaffler (Kollnager) hoffe, daß die Diskussion zur Verbesserung der Verhältnisse genüge. (Heiterkeit.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Mauksky: Den Vorwurf Vollmar's, daß ich die „Neue Zeit“ geistlich nicht als Partei-Organ betrachte, sondern als mein persönliches Organ, muß ich entchieden zurückweisen. Allerdings habe ich es in Lübeck als meine Aufgabe bezeichnet, in der „Neuen Zeit“ und durch sie für die Einheitlichkeit der Partei einzutreten. Aber ich verstehe diese Einheitlichkeit so, daß ich in der „Neuen Zeit“ das Organ aller Dorer erblicke, die auf dem gemeinsamen Boden des Parteiprogramms stehen und daß ich von der Partei alle jene Marxbeize fernzuhalten suche, die die Grenze zwischen sich und der Partei zu verwischen streben. Ich kann also die Vollmar'sche Bemerkung nicht anerkennen und muß seine Konsequenzen zurückweisen.

Emmel-Mühlhausen bemerkt Böhle gegenüber, daß er nicht den Standpunkt eingenommen habe, daß in einem bestimmten Falle die Prozeßkosten nicht bezahlt werden sollen. Die Landeskonferenz habe einen Antrag Böhle, diese Kosten zu zahlen, abgelehnt, aber die Mühlhäuser Genossen hätten später freiwillig den Betrag gezahlt.

David: Frau Zeitlin hat mir vorgeworfen, ich hätte aus Ueberempfindlichkeit mich gegen die Methode der Fußnoten gewandt; sie hat sich in der Adresse geirrt, das ist von anderer Seite geschehen; ich habe mich ausschließlich gegen diejenigen Lebenswichtigen Mittel gewandt, durch die man mir das Mitarbeiten unmöglich gemacht hätte, daß man sagte, es ist kein Raum oder es muß gestirgt werden und dergleichen. Wenn Kautsky sagte, ich hätte ihm zugemutet, mitten in einer Diskussion über die Kernfrage auch die Polenik über die Agrarfrage aufzunehmen, so weise ich darauf hin, daß mein Artikel eine Kritik eines Buches über die Agrarfrage war, also ein durchaus aktuelles Thema behandelte. Daß er dieses Bestreben vereitelte, war für mich ein berechtigter Grund, mich innerlich gegen dieses Verfahren zu wehren. Dadurch, daß es sich um die Kritik eines Buches des Redakteurs handelte, erhielt das Verfahren von Kautsky noch einen ganz besonderen Beigeschmack, der es mir unmöglich machte, die Parteilichungen anzurufen.

Vollmar: Es ist mir nicht eingefallen zu sagen, daß Kautsky die „Neue Zeit“ als sein persönliches Organ betrachte. Ich habe lediglich seine eigene Weigerung vom vorigen Parteitage berlesen, worin er sagt, es könne nicht Aufgabe der „Neuen Zeit“ sein, alle möglichen Meinungen zu Wort kommen zu lassen, sondern er habe die Einheitlichkeit der Partei zu wahren und zu schützen. Meiner Meinung nach ist Kautsky einer der Geister, die sich gar nicht denken können, daß auch ein Anderer recht hat.

Böhle-Ehrhagen versucht in einer persönlichen Bemerkung auf die Vorgänge bei der Landeskonferenz in Elßaß-Lothringen einzugehen, wird aber von Singer daran verhindert. Wehner bemerkt Johann, Emmel habe erklärt, je eher das Straßburger Blatt eingehe, desto besser für uns. (Hört! Hört!)

Frau Zeitlin: Auf Grund der Mittheilungen von David besuchte ich meine Wohnung, soweit sie sich auf die Person von David bezieht, halte sie aber fastlich anrecht und bedigne sie kameradschaftlich dem Genossen Seine. (Große Heiterkeit.)

Singer theilt mit, daß ein Begehrungsstelegramm der Genossen aus Köln eingetroffen ist.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Schluß 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

1/2 8 Uhr. Singer führt den Vorsitz.

In die Mandatsprüfungskommission ist an Stelle von Pape, Lübeck Wetters-Diefen eingetreten.

Die Diskussion über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt mit der Besprechung der Polenfrage und der dazu vorliegenden bereits mitgetheilten Anträge.

Wagowki-Posen: Die Vorwürfe, die von den nationalitätlichen Polen bei der bereits von Auer erwähnten Reichstagswahl gegen unsere Kandidaten aufgestellt sind, verdienen kaum eine besondere Beachtung. Die Sondergruppe der Polen ist ja, wie Auer ausführte, elf Jahre lang von der Partei unterstützt worden. Erst dann hat man eingesehen, daß die „Gazeta Robotnicza“ nicht den Sozialismus, sondern den Nationalismus unter den Polen gefördert hat. Nun stehen die neuen Reichstagswahlen vor der Thür, und es muß etwas geschehen. Mit der Doppelorganisation muß endlich einmal tabula rasa gemacht werden. Wir haben ja nun in Posen auch eine neue Zeitung herausgegeben, die „Gazeta Ludowa“, und beim Parteivorstand eine Unterstützung dafür beantragt, die bisher leider abgelehnt ist. Ich ersuche Sie, die Resolution Luxemburg anzunehmen. Dagegen möchte ich Webel ersuchen, seinen Wählertrugs-Antrag zurückzuziehen. Auf dem Parteisekretariat hat man sich alle Mühe gegeben, es zu einer Einigung kommen zu lassen. Was nügen aber alle Einigungsversuche, wenn die Polen im gegebenen Falle doch der Parole, die von Rankon, wo sie ihre Spitze haben, ausgegeben wird, folgen? Man geht doch wieder resultatlos auseinander. Ich bitte, dem Antrag 15 Lebus-Dresden nicht stattzugeben. Redebour hat auf dem vorigen Parteitag gefordert, man solle die Polen nicht unterdrücken. Ja, wollen wir denn das? Wir wollen nur keine Sonderorganisation. Redebour, der von der Polenfrage nichts versteht, spricht sich auf den Parteitag als Schützer der polnischen Nation auf, aber auf unsere Landestagstesse, wohin wir ihn laden, kommt er nicht. (Heiterkeit.)

Seymann-Breslau tritt der Behauptung entgegen, die auch in Parteiklättern aufgetaucht ist, als suchten die deutschen Sozialdemokraten Schlesiens die polnischen Sozialdemokraten Oberschlesiens zu unterdrücken. In den Monatsheften tritt Gemisse Dazginsky für die Gleichberechtigung der Polen ein. Ja, wer hat denn diese Gleichberechtigung bedroht? Die Polen sind es, die erklären, wir hätten nichts zu suchen; Oberschlesien gehöre ihnen. In Oświęcim haben 4—5 polnische Genossen die Reichstagskandidaten für Oberschlesien aufgestellt, ohne Organisationen hinter sich zu haben. Wer hat also unterdrückt? Nur die Nationalpolen! Die deutsche Sozialdemokratie hat die Agitation für die Partei und die Gewerkschaften nach Oberschlesien getragen. Deshalb beanspruchen wir aber keine Priorität. Wie steht es nun mit der Bedeutung der polnischen Sprache für Oberschlesien? es ist nicht unbedingt notwendig, daß polnisch agitiert wird. Wenn der Pole sich auch angeheimelt fühlt, wenn in seiner Muttersprache zu ihm geredet wird, so steht doch leider fest, daß die polnischen Arbeiter nur selten polnisch lesen und schreiben können. Ich ersuche, dem Antrag Webel nicht Folge zu geben. Wie oft schon ist eine Versöhnung angebahnt worden, aber wir haben es mit so unzuverlässigen Elementen zu thun, daß ich ihnen nicht glaube, wenn sie von Versöhnung sprechen. Für die P. P. S. ist der Klassenkampf Lebensfrage. Wenn wir nicht Verhältnisse bekommen fallen, wie in Mühlhausen, wo wir die französischen Protestler groß gezogen haben, müssen wir die Resolution Luxemburg annehmen. Die Sache der Polen ist in unseren Händen gut aufgehoben.

Dr. Winter-Beuthen giebt als Leiter der obererschlesischen sozialdemokratischen Angelegenheiten eine kurze Darstellung der Entwicklung des Streikfalles. Die selbstständige polnische Partei wurde vom Parteivorstand zuerst als eine Art Agitationskommission aufgefakt. Bis zu den Jahren 1897 und 1898 herrschte in Oberschlesien Freundschaft zwischen Deutschen und Polen. Im Jahre 1897 ging ich als freier Schriftsteller nach Oberschlesien und übernahm noch in demselben Jahre die Leitung der obererschlesischen Parteigeschäfte. Den Ursprung der ganzen Affaire gegen mich bildeten einige Zeilen von mir in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, die mir als Äußerungen von Germanistiksgedanken ausgelegt wurden. Ich wurde sogar als Sozial-Palastik bezeichnet und für unfähig zum sozialdemokratischen Agitator erklärt. Seit jener Zeit begannen die Zwistigkeiten und Gehässigkeiten immer wieder von Neuem. Der Nachtreich der polnisch-sozialistischen Partei erstreckt sich höchstens auf Rattowitz und seine nächste Umgebung. Wir haben die Zwistigkeiten auf einer Konferenz in Berlin beizulegen versucht. Es wurde damals eine Art sanfter Friede geschlossen. Nun trat der Gedanke auf, die polnische Agitation durch Verlegung der „Gazeta Robotnicza“ nach Oberschlesien zu stärken. Auch ich bin dafür eingetreten. Die Ansichten von der Feindschaft der polnischen Arbeiter gegen uns sind falsch; eine solche Feindschaft der polnischen Arbeiter, wenn sie nicht gerade sehr zum ausgelegten Theil gehören, existirt nicht; es ist Unsinn, daß die obererschlesischen Polen nur von polnischen Genossen berathen sein wollten. Wir deutschen Genossen haben dort ganz gute Arbeit geleistet. Nach 1898 und der Berliner Konferenz kam es zu weiteren Zwistigkeiten, insbesondere, als dann einige Personen an die Leitung der polnischen Partei herantraten, die besonders stark nationalitätlich gestimmt waren und deren Ansichten heute noch die polnische Partei Oberschlesiens beherrschen. Der letzte Hauptschlag, der gegen uns geführt wurde, war die Konferenz von Oświęcim, von der unseren deutschen Genossen vorher kein Wort gesagt wurde. Wir haben auf die Konferenz von Oświęcim mit der Konferenz in Waidorf geantwortet. Ob den bedenklichen Zuständen durch die Annahme der Resolution Luxemburg mit dem Amendement Webel ein Ende gemacht werden könne, scheint uns außerordentlich fraglich. Die That von Oświęcim wurde übrigens von zahlreichen polnischen Genossen nicht gebilligt, sie kamen zu uns ins Bureau und sagten, das geht doch nicht, wir haben immer zusammengehalten. Ich bin trotzdem für diese Resolution, ich habe schon in Waidorf erklärt, daß noch ein Versuch zu einer Einigung gemacht werden muß. Ich bitte also die Resolution Luxemburg anzunehmen, es kommt in der Hauptsache ja selbstverständlich nicht darauf an, was wir beschließen werden, sondern auf das, was wir in Oberschlesien thun. (Heiterkeit.) Auch die Anträge 12 und 13 empfehle ich anzunehmen, dagegen bitte ich, die Anträge 14 und 15 abzulehnen. Der letztere billigt ja auch die gewerkschaftliche Absonderung der polnischen Genossen, die noch schlimmer ist, als die Spaltung der polnischen Partei in den polnischen Bezirken.

Wito Luxemburg: Offenlich wird die heutige Polendebatte die letzte sein, die einen deutschen Parteitag beschäftigt. Ich hoffe, es wird uns gelingen, entweder die Ursache dieser ewigen Zwistigkeiten aus der Welt zu schaffen oder mindestens dem Heraustragen derselben auf deutsche Parteitage einen Stiegel vorzuschleiden. Es ist auch höchste Zeit, denn die Verhältnisse haben sich bereits so abnorm gestaltet, daß Abhilfe dringend notwendig ist. Das Vorgehen der polnischen Sonderbündler läuft darauf hinaus, daß die deutschen Genossen Oberschlesiens, welche selbstverständlich nicht zur polnisch-sozialistischen Sonderorganisation gehören können, und die polnischen Genossen, die nicht dazu gehören wollen, ihres Wahlrechtes beraubt oder gezwungen werden, für die ihnen aufstrotzenden Kandidaten zu stimmen, an deren Aufstellung sie nicht Theilnehmen dürfen. Wir sind es gewohnt, daß die Gegner der Arbeiterklasse

nach einer Beschränkung des Wahlkreises trachten. Daß aber eine Gruppe von Leuten, welche Anspruch auf den Namen Sozialdemokraten macht, das gleiche thut, das ist eine neue Erscheinung. Es handelt sich hier nicht etwa um einen Nationalitätenkampf innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die polnischen Genossen in Deutschland arbeiten in ihrer überwiegenden Mehrheit Hand in Hand mit den deutschen und gehören zur Gesamtpartei. In der ganzen Provinz Posen hat es die Sondergruppe polnischer Sozialisten nicht gewagt, eigene Kandidaten aufzustellen, ausgenommen einen Wahlkreis, den wir unberührt gelassen haben. Die polnischen Arbeiter Posens, soweit sie auf sozialdemokratischem Boden stehen, marschieren in Reich und Land mit den deutschen Genossen. Es handelt sich vor allem um eine Meinungsverschiedenheit, um eine Spaltung innerhalb der polnischen Sozialdemokratie. Der Kampf wird nicht geführt zwischen polnischen und deutschen Sozialdemokraten, sondern zwischen einer kleinen Gruppe von Sonderbündlern und der Gesamtpartei. Wir haben uns alle Mühe gegeben, eine Verständigung mit der Sondergruppe herbeizuführen, aber sie scheiterte an dem einseitig-nationalistischen Standpunkte dieser Gruppe. Man sollte meinen, daß, wenn man unter der Herrschaft desselben Kapitalismus, unter dem Druck desselben Klassenstaates, unter der Fuchtel derselben Polizei und Klassenjustiz steht, man auch dieselben Interessen hätte und eine gemeinsame Partei zur Wahrung dieser Interessen bilden möchte. Diese Wahrheit sollte sogar sozialdemokratischen Schülern geläufig sein. (Geisterzeit.) Aber die polnischen Sonderbündler nehmen für sich das Recht in Anspruch, eine eigene Partei zu bilden und keine Macht der Welt wird ihnen die einfache Thatsache bestreiten, daß wir nicht als Polen oder Deutsche, sondern als Arbeiter zur Partei gehören. Auch in der Form der Aufstellung der Reichstagskandidaturen begreifen diese Leute es nicht, daß wir nicht als Polen oder Deutsche, sondern als Sozialdemokraten die Kandidaten aufstellen. Die polnischen Sonderbündler sind die allerletzten, die das Recht haben, sich über Mängel an organisatorischer Selbstständigkeit zu beklagen; so lange sie zur Gesamtpartei gehören, genossen sie die größte Freiheit und Selbstständigkeit. Die Ansicht, daß sich das Vorgehen der Sonderbündler durch die brutale Unterdrückung der polnischen Nation rechtfertigen lasse, ist auch nicht stichhaltig. Nicht durch Absonderung von den deutschen Genossen, sondern im engsten Anschluß an sie können die Interessen der Polen am besten vertreten werden und die deutsche Sozialdemokratie — das müssen wir als Polen offen aussprechen — hat sich gegenüber dem polnischen Proletariat stets auf der Höhe seiner Aufgabe gezeigt. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die nachdrücklich und aufrichtig das polnische Volk gegen die Sakatisten schützt und diese als eine Theilerscheinung der Reaktion mit aller Macht bekämpft. Trotzdem haben sich die Sonderbündler von der Gesamtpartei losgelöst und ihr Vertreter hat auf unserem schlesischen Provinzialparteitag sogar erklärt, er pfeife auf die Beschlüsse der deutschen Sozialdemokratie. Den polnischen Sonderbündlern kommt es nur auf die Wiederherstellung des polnischen Nationalstaates an. Man sollte meinen, daß man mitten in den herrlichen Gefilden der preussischen Politik bringenbere Aufgeben zu löst hätte, als um den Rath des Königs dieser nicht existirenden polnischen Staaten zu streiten. Dieser separatistische Standpunkt hat die Sonderbündler dazu veranlaßt, vor allem die deutsche Sozialdemokratie zu bekämpfen und die Befreiung der polnischen Arbeiter von der deutschen Sozialdemokratie zu beginnen. Außer dem haben sich die Sonderbündler mit Haut und Haar allerhand russentischen Kommissen in London, Paris &c. ausgeliefert, auf die wir keinen Einfluß haben. Ich bin immer für die Verständigung gewesen, aber diese mußte eine einseitige und der Friede ein definitiver sein. Es käme für uns nicht darauf an, einzelne Reichstagskandidaturen auszu tauschen, sondern die polnischen Sonderbündler müssen sich in Reich und Land mit uns stellen. Ich akzeptire das Amendement

Bebel. Nicht als ob ich besondere Hoffnungen auf diese Verständigung habe, aber der Vernünftige muß immer ein Uebriges thun, und wir wollen auch hier die Vernünftigen sein. (Lebhafte Beifall.)

Lebedour-Berlin: Der Genosse Gogoiński hat mir das Recht bestritten, hier mitzureden. Deshalb? Weil ich auf eine Anfrage, ob ich in Posen einen Vortrag halten wolle, eine ablehnende Antwort gegeben habe. Wenn jeder Parteigenosse, der einmal genötigt war, einen Vortrag abzulehnen, deshalb nicht mehr mitreden dürfte, ja dann würden nicht mehr viel Redner übrig bleiben. (Geisterzeit.) Nun zur Sache. Als Auer seine Rede hielt, war ich sehr erfreut und dachte, daß wir über eine Polendebatte ganz hinwegkommen würden. Aus Auer's Rede ging hervor, daß der Vorstand entschlossen ist, was ich durchaus billige, alles Mögliche zu thun, um die Verbindung mit den polnischen Sozialdemokraten aufrecht zu erhalten und neue Fäden wieder anzuknüpfen. Da aber kam zu meinem Bedauern der Antrag Lugemburg, der wie Scheidewasser wirken muß. Das Bebel'sche Amendement modifizirt ihn glücklicherweise und nimmt ihm das Schlimmste. Wenn der Antrag Lugemburg unverändert angenommen würde, hätten wir den offenen Kampf zwischen unserer Partei und den selbständig organisirten polnischen Genossen. Leider hat Bebel den Antrag Lugemburg nicht vollständig verworfen. Ich kann mich nur für den letzten Passus im Antrag Bebel erklären, der über die Doppelsignaturen in Oberschlesien spricht. Die sind zweifellos ein schwerer Fehler. Daß aber eine Erklärung über die prinzipielle Stellung der deutschen zu den polnischen Sozialdemokraten jetzt abgegeben wird, die notwendig zu Differenzen führen muß, erscheint mir überflüssig. Frau Lugemburg hat mit der Empfehlung des Friedens geschlossen, aber vorher hat sie Alles gethan, um die polnischen Sozialdemokraten aufzubringen. Mit welchen Mitteln hat sie dabei gearbeitet? Ein Beispiel wird genügen. Unter den Umthaten der Polen nannte sie, daß auf der Konferenz gerufen worden sei: Wir pfeifen auf die Beschlüsse des deutschen Parteitages. Wer hat das Wort gesprochen? Ein junger Mann, Georg Haase, der bis zu seinem 21. Jahre Handlungslehrling in Dresden war, nach erreichter Volljährigkeit bemüht war, politisch thätig zu sein, eine Redakteurstellung zu bekommen, dann nach Westfalen ging, unter den Polen agitirte und als rabiatere polnischer Genosse zurückkam. Nun mögen Sie denken die polnischen Genossen viel haben, aber Sie werden die polnischen Genossen nicht verantwortlich machen wollen für die Aeußerung dieses Jünglings. Es ist unverantwortlich von Frau Lugemburg, daß sie, die Haase kennt, die Gelegenheit darge stellt hat, ohne seinen Namen zu nennen, als wenn er der berufenste Vertreter der polnischen Partei wäre. Was zum Drucke geführt hat, ist eine Kette von Vorgängen, in denen Fehler von beiden Seiten gemacht worden sind. Was zuerst das anfängliche gute Verhältnis gestört hat und das Schlimmste war, das war die Aufstellung der Kandidatur Kasprzak. Das war entscheidend für die Rebellion der polnischen Genossen. Kasprzak war, bevor er nach Deutschland kam, in Rußisch-Polen thätig. Auf Grund seiner Thätigkeit ist er von den polnischen Genossen aus der Partei ausgeschlossen worden. Proklamirt ist der Ausschluß in London. Die Genossen in Rußisch-Polen leben unter Ausnahmezuständen, wie wir zur Zeit des Sozialistengesetzes. Eine öffentliche Parteithätigkeit ist nicht möglich. Das schlimmste Epitheton herrscht. Ob Kasprzak mit Recht oder Unrecht ausgeschlossen worden ist, will ich nicht untersuchen. Die Thatsache steht fest, daß er für unwürdig erklärt worden ist, eine öffentliche Thätigkeit auszuüben. Ohne daß dieser Mann aufgehoben war, ist er als Reichstags-Kandidat aufgestellt worden. Stellen Sie sich vor, daß ein zur Zeit des deutschen Sozialistengesetzes von uns verfehelter Genosse etwa jetzt ohne Weiteres von der österreichischen Partei als Reichsraths-Kandidat aufgestellt würde, welcher Scheit der Unterstützung würde da ertönen. Gerade Genossin Lugemburg hat die Aufstellung

Herbeigeführt. Deshalb die Empfehlung. (Zustimmung.) (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Bezel: Die Annahme meines Amendements zur Resolution Lugemburg scheint mir die einzige mögliche Lösung der schwebenden Fragen zu bieten. Ob diese Annahme freilich von dem erwarteten Erfolge begleitet sein wird, weiß ich nicht. Genosse Ledebour hat bedauert, daß ich überhaupt einige Sätze des Antrages Lugemburg akzeptiert hätte. Ich habe nur das akzeptiert, was völlig der historischen Wahrheit entspricht, wie sie sich bei uns gestaltet hat. Obgleich heute die Genossin Lugemburg in ihren Ausführungen vollständig die Grenzen innegehalten hat, die meines Erachtens innegehalten werden müssen, so muß ich doch meinen abweichenden Standpunkt ihr gegenüber in der Polenfrage kurz charakterisieren. Mit Rücksicht darauf, daß diese Verhandlungen weit über Deutschland hinaus und namentlich bei den österreichischen Genossen mit dem größten Interesse verfolgt werden, will ich hier in aller Kürze historisch entwickeln, welche Vorgänge sich zwischen uns und unseren polnischen Genossen abgespielt haben. Es waren nicht polnische Genossen, die zunächst die Anregung gaben, daß überhaupt ein polnisches sozialdemokratisches Parteiblatt gegründet wurde, sondern das ging von unserer Seite aus. Ich habe auf dem Parteitag in Halle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, das polnische Proletariat mit sozialistischem Geiste zu erfüllen, die polnischen Arbeiter für die Sozialdemokratie zu erobern und sie den allgemeinen Interessen des Proletariats dienlich zu machen. Dann ist von polnischer Seite die Anregung gekommen, ein solches Blatt zu gründen. Es bestand denn auch in der Parteileitung nicht der geringste Zweifel, daß ein solches Blatt mit Parteimiteln zu unterstützen sei. Wir haben dann in 10 Jahren 30 000 M. auf die Unterhaltung dieses Blattes gewandt, wir haben fast die gesamten Kosten des Blattes bezahlt, weil die polnischen Genossen völlig mittellos dastanden. Wir haben, als dann die Verfolgungen der deutschen Behörden gegen die polnischen Genossen auf's neue und viel schärfer einsetzten, ohne Ausnahme alle daraus entstandenen Kosten bis auf den letzten Pfennig bestritten. Die deutsche Partei hat in 9—10 Jahren allermindestens 45 000 M. in selbstloser Weise für die polnischen Genossen aufgewandt. Als dann aus den Reihen der polnischen Genossen der Wunsch kam, sie möchten eine besondere polnische Organisation haben, die bei den sprachlichen Verhältnissen eine absolute Notwendigkeit sei, sind wir auch diesem Wunsche entgegengekommen. Wir haben gesagt: Gründet Euren Parteivorstand. Wir haben dann — darin hat Genossin Lugemburg vollständig recht — nie das geringste in die Angelegenheiten des Parteivorstandes hineingeredet. Die finanziellen Wünsche der polnischen Parteigenossen sind von uns bis zum letzten ohne jede Widerrede erfüllt worden. (Sehr richtig!) Wir waren also der Ansicht: die polnischen Genossen müssen ihre besondere Organisation haben; wir sind allerdings auch der Meinung gewesen, daß genau so wie innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie die Polen zwar eine besondere Organisation haben, die sich aber doch in die Gesamtorganisation der österreichischen Sozialdemokratie einfügt, das gleiche Verhältnis zwischen den Polen in Deutschland und der gesamten sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestehen und daß der deutsche Parteitag als oberste Instanz und Entscheidungsbehörde auch von Seiten der polnischen Genossen anerkannt werden muß. Das ist in den letzten Jahren nicht mehr geschehen, und die Dinge haben einen Charakter angenommen, daß wir leider genötigt waren, das Tischgespräch zwischen uns und uns zu zerbrechen. Wir haben namentlich in Bezug auf die „Gazeta Robotnicza“ uns gesagt, daß in diesem Blatte die sozialdemokratischen Lehren immer mehr zurücktreten. Wir haben daraufhin den polnischen Parteivorstand nach Berlin eingeladen auf unser Bureau, wir haben auch die Gegenseite eingeladen und eingehende Verhandlungen per gründlichsten Art gepflogen. Wir sind nach den

uns übersehen betreffenden Stellen und den weiteren Erklärungen des polnischen Parteivorstandes allerdings zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir als Parteileitung der gesamten deutschen Sozialdemokratie nicht mehr in der Lage seien, die Parteimittel der deutschen Sozialdemokratie für dieses Blatt herzugeben. Wenn an der Spitze der deutschen Polen ein Mann von der Zielgenauigkeit Dacknys's stände, wären die Dinge gewiß nicht so weit gekommen. Wir haben weiter die Erfahrung gemacht, daß die polnische Parteileitung nicht in der Lage war, auch nur die einfachsten Erklärungen, die wir ihr gaben, zu verstehen. Diese Situation wurde auf die Dauer unerträglich und unhaltbar. In der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ hat Genosse Dacknyslg einen Artikel: Nationalität und Sozialismus mit Bezug auf die Polen in Deutschland geschrieben, der den Eindruck erwecken konnte, als sei von unserer Seite den deutschen Polen nicht das ihnen gebührende Recht als Angehöriger der polnischen Nation gewährt worden. Es wird dort die Forderung der formellen Gleichheit der beiden Parteien erhoben. Diese formelle Gleichheit haben wir gegeben. Wir haben sogar manche Uebergänge den Polen in Anbetracht ihrer unterdrückten Lage nicht nachgetragen, aber Alles hat einmal eine Grenze. Wir mußten uns sagen, daß insbesondere die Art und Weise der nationalen Propaganda, wie sie in der „Gazeta Robotnicza“ betrieben wurde, uns eines Tages eine solche Verantwortung gegen eine dritte Seite auferlegen könnte, daß wir diese Verantwortung nicht mehr tragen könnten. Gewiß, es kann uns durchaus nicht gleichgültig sein, wie die polnischen Arbeitermassen in Deutschland denken und fühlen, nicht bloß bei Wahlen, sondern auch bei Streiks gegenüber dem Unternehmertum. Es sind Hunderttausende von polnischen Arbeitern in der Diaspora verstreut, wir haben sie im rheinisch-schlesischen Kohlenrevier in einer Kopfszahl von weit über 60 000, die meist Reichstagswähler sind. Es liegt auf der Hand, von wie außerordentlicher Wichtigkeit ein Handbündelgehen der deutschen und polnischen Genossen ist. Die polnischen Genossen hätten Alles thun müssen, um mit uns in Eintracht zu leben und zu handeln. Das ist leider nicht von jener Stelle geschehen, wie es hätte geschehen müssen. Das ist um so bedauerlicher, als namentlich die letzte Handlungsweise, die selbständige Aufstellung der polnischen Kandidaturen, uns als deutschen Reichstags-Abgeordneten unsere Position im Reichstage bei dem schweren Kampfe gegen die preussische Regierung ganz wesentlich erschwert hat. Unsere Stellung, die wir die besten Bundesgenossen der polnischen Genossen sind und dies auch in Zukunft für unsere Pflicht erachten werden, wird unseren Gegnern gegenüber durch das Verhalten der Polen nicht verbessert, im Gegenteil giebt die Verhältnisse unseren Gegnern nur neue Waffen in die Hände. Es besteht ein sehr wesentlicher Unterschied in der Stellung der Polen bei uns in Deutschland und in Oesterreich. In Oesterreich bilden die Polen einen geschlossenen Staat, Galizien. Die Zahl der polnischen Genossen in Oesterreich kann und muß eine ganz andere sein als bei uns in Deutschland. Bei uns bildet die polnische Bevölkerung nicht einmal eine selbständige Provinz, wie schon daraus hervorgeht, daß Oberschlesien, das jetzt der Hauptkampfplatz zwischen den deutschen und polnischen Genossen bildet, nie zum alten Polen gehört hat. Das Verhalten, das in dieser Angelegenheit von Seiten der polnischen Genossen geübt worden ist, muß als ein außerordentlich bedauerliches angesehen werden. Trotz allem und alledem aber meine ich, muß von uns noch einmal die Hand zur Versöhnung geboten werden. Genossin Lugemburg meinte wohl privatim zu mir, wenn ich doch nicht mit ihren Ansichten einverstanden wäre, dann wäre es am Ende gar nicht nötig gewesen, daß man von ihrer Seite einmal vernünftig gewesen sei. (Gelächter.) — Zwischenruf der Genossin Lugemburg.) Ich will damit kein Zerwürfniß zwischen uns wagen, es beruht ja ganz und gar in den Interessen der deutschen Sozialdemokratie bei der Verständigung, die wir herbeizuführen suchen, nicht das Ge-

eingesetzt werden werden, es versteht sich aber auch von selbst, daß wir Allen, was die Polen berechtigterweise verlangen können, gerecht werden. Ich muß allerdings die Meinung der Genossin Luxemburg, daß in diesem Falle nicht auf beiden Seiten Fehler gemacht worden seien, leider als nicht ganz richtig bezeichnen. Ich will auch keine Wunden hier aufreißen, aber es sind auch von unserer Seite, von den deutschen Genossen, Fehler gemacht worden. Die Neuerung des Genossen Winter, daß abgesehen von allen Parteitagbeschlüssen es darauf ankomme, was sie in Oberschlesien machten, nehme ich durchaus nicht tragisch. Mit der Annahme des Amendements thut die deutsche Parteivertretung kund, daß sie einer Verständigung nach Möglichkeit die Wege ebnen will, und ich nehme an, daß dann auch die deutschen Parteigenossen in Oberschlesien den Polen nach Möglichkeit entgegenkommen. Es mag ja schwer sein, unter den schwierigen Verhältnissen, in denen sie sich in Oberschlesien befinden, immer die Grenzen inne zu halten. Ich habe stets meine hohe Anerkennung darüber ausgesprochen, daß ein Mann von der wissenschaftlichen Bildung und der sozialen Stellung des Genossen Winter es freiwillig auf sich genommen hat, nach Oberschlesien zu gehen und dort seine so außerordentlich beachtende Stellung auszuüben. Es gibt kein deutsches Arbeitersekretariat, das unter so schwierigen Verhältnissen arbeitet, wie das von ihm eingerichtete. Die Berichte über die Wirksamkeit seines Arbeitersekretariats habe ich nicht nur mit voller Anerkennung, sondern mit Bewunderung gelesen. Lob, wo Lob am Platze ist, aber auch Tadel, wo er meiner Meinung nach gerechtfertigt ist. Ich hoffe, daß es trotz allem gelingt, eine Verständigung und Versöhnung herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Persönlich bemerkt

Rosa Luxemburg: So fleißig ich auch bei der Rede Bebel's zugehört habe, so habe ich doch die von ihm versprochene Erklärung seines abweichenden Standpunktes nicht herausfinden können. Es wundert mich auch, daß Bebel hier öffentlich von der Tribüne aus einen Scherz erwähnt hat, den ich vorhin muthwilligerweise ihm gegenüber gemacht habe. Bebel nimmt doch wohl nicht im Ernste an, daß ich solche Veranlassungen brauche, um vernünftig zu sein, um so mehr, als mich das gar keine große Anstrengung kostet. (Große Heiterkeit.) Lebedour muß ich auf den Passus, in dem er mir eine demagogische Erwähnung der Haase'schen Neuerung vorgeworfen hat, erwidern, daß die von Lebedourski (Große Heiterkeit) beschützten Polen sich wirklich sagen müssen: Gott beschütze uns vor unseren Vertheidigern! Denn er hat einen von Ihnen als würdigen und offiziellen Vertreter anerkannten Genossen als grünen Jungen bezeichnet. (Große Heiterkeit.) Lebedour meinte, Haase könne als ein Jüngling für seine Thaten nicht verantwortlich gemacht werden. Ich glaube, ebenso wenig wie Jugend als ein Entschuldigungsgrund für politische Raueität gelten kann, schätzt ein viel vorgerückteres Alter vor Thorheit. (Heiterkeit.)

Bebel erklärt persönlich, die Genossin Luxemburg habe ihn mißverstanden.

Lebedour: Ich würde den Witz der Genossin Luxemburg über meinen Namen anerkennen können, wenn er in ihrem eigenen Kopfe entstanden wäre. Sie hat aber damit eine Anleihe bei dem Knuten-Dertel gemacht, der mich im Reichstage Lebedourski geschimpft hat, um dadurch auszubräuen, daß ich eigentlich kein Deutscher, sondern ein Pole sei. Die Uebernahme dieses Witzes seitens der Genossin Luxemburg berührt sehr eigentümlich, da sie selber in Polen geboren und erzogen ist und versucht hat, in der polnischen Bewegung thätig zu sein.

Rosa Luxemburg: Ich habe gar keine Ahnung davon gehabt, daß der Name Lebedourski von dem Knuten-Dertel stammte. Ich habe ihn hier von Delegirten des Lebedour'schen Wahlkreises gehört. (Heiterkeit.) Lebedour, der die

polnischen Verhältnisse nicht kennt, sollte hier nicht als besonderer Sachverständiger in polnischen Dingen auftreten.

Lebedour: Meine Parteigenossen im 6. Berliner Wahlkreis lehnen die Idee, die ihnen Genossin Luxemburg zuweist, ab. Genossin Luxemburg hätte allen Grund gehabt, den Fall Kasprzak klarzustellen. Das hat sie nicht gethan. Das meine Sachkenntnis anlangt, so habe ich mich seit Jahren mit diesen Fragen beschäftigt und glaube darüber genau unterrichtet zu sein.

Genossin Rosen: Lebedour hat mir etwas unterstellt, was ich nicht gesagt habe. Ich habe gesagt: ebenso gut wie Lebedour in seinem Wahlkreise für Einigkeit eintritt, müßte er das auch für die Polen thun. (Lebedour ruft: Ich bin ja für Einigkeit!) Statt dessen hat er den Kasprzak mit Schmutz beworfen.

Lebedour: Ich habe den Mann nicht mit Schmutz beworfen, sondern nur Thatsachen mitgetheilt.

Singer: Es ist ein Antrag von Elm eingegangen, im nächstjährigen Parteibericht eine spezifizierte Abrechnung über die „Neue Zeit“ zu geben nach Art der über den „Vorwärts“ gegebenen. Ferner stellt eine Anzahl von Mitglidern folgende Anfragen: 1. Durch welche Instanzen wird die ständige Kontrolle über den zeitlichen Inhalt der „Neuen Zeit“ ausgeübt? Besteht eine Prüfungskommission? 2. Wer stellt die Redakteure an? 3. Wie werden dieselben sowie die ständigen Mitarbeiter honorirt? 4. Wer übt die finanzielle Kontrolle über die Einnahmen und Ausgaben der „Neuen Zeit“? 5. Beschäftigt wird im Parteiberichte keine spezielle Abrechnung über die „Neue Zeit“ gegeben? — Ich kann es nur dem Referenten anheimgeben, ob er es für wünschenswerth hält und geneigt ist, diese Frage in seinem Schlussworte zu beantworten. Zu verheißlichen ist nicht. Ein Theil dieser Fragen ist übrigens vom Referenten bereits beantwortet worden, die anderen Antworten sind durch unser Organisationskomitee gegeben. Es ist durch die Thatsache, daß die „Neue Zeit“ jetzt von der Partei aus geführt und geführt wird, übrigens selbstverständlich, daß die berufenen Instanzen der Partei, in erster Linie der Parteivorstand, Alles das thun, was sich die Fragesteller erkundigen. So alle Genossen wie die Fragesteller hätten sich das selbst sagen können. (Zuruf: Wer sind die Fragesteller?) — Das ist nicht nöthig zu wissen.

Bebel (zur Geschäftsordnung): Der Referent ist nicht verpflichtet, auf anonyme Fragen zu antworten. Aber der Parteitag hat ein Recht, zu wissen, wer die Fragesteller sind. Ich verlange, daß die Namen genannt werden. (Sehr gut.)

Singer: Es ist ein genügend unterstützter Antrag über diesen Punkt eingegangen. Würde das nicht der Fall sein, so hätte ich den Antrag nicht mitgetheilt; sondern ich hätte die Unterthigung gestellt. Wenn hier die Namen der Antragsteller gewünscht werden, so habe ich keinen Grund, damit zurückzuhalten. Es sind eine Reihe von Mitarbeitern der „Sozialistischen Monatshefte“. (Ural + Große Unruhe. — Zurufe: Namen nennen!) Ja, die Namen lauten: v. Elm, Paul Müller und Dr. Südekum. (Wiederholte Ural + Rufe: Erneute Bewegung.)

Darumher erhält das Schlusswort

Auer: Zunächst bemerke ich, um eine Neuerung von mir richtig zu stellen, daß wir auf das Verhältniß der Parteigestellten zum Verein Arbeiterpresse nur bezüglich des „Vorwärts“ in unserer Eigenschaft als Parteivorstand eingewirkt haben; bezüglich des „Hamburger Echo“ haben wir das nicht als Vorstand, sondern als Firmenträger gethan. Sodann konstatire ich, daß die Mittheilung der Münchener Neuesten Nachrichten, ich hätte gesagt, die Gewerkschaftsbeiträge wählten im Interesse der Partei möglichst niedrig sein, auf Verbum beruht. Genau das Gegentheil habe ich gesagt. (Allseitige Zustimmung.) Was die Gründung von Parteiblättern betrifft, so bin ich nicht der Ansicht, daß kein

bedürftlich nach neuen Mitteln vorliegt, wohl aber muß zwischen der Befriedigung des Bedürfnisses und den zur Verfügung stehenden Mitteln ein richtiges Verhältnis bestehen. Wir warnen nur deshalb vor Neugründungen, um leistungsfähige Organisationen, die zusammenbrechen müssen, zu verhindern. Ueber den Verein Arbeiterpresse sind Ausführungen gemacht, die, wenn sie auf bürgerlichen Kongressen fielen, einstimmig von uns beurteilt wurden. Es würde hier nicht gesagt werden: Da seht mal diese reaktionäre Banke (Sehr richtig!), die die Leute ausnutzt und sie dann wie eine ausgepreßte Zitrone bei Seite wirft. Finanziell überanstrengt wird die Parteifolge durch die bewilligten Zuschüsse zur Versicherung sicher nicht. Ich bin überzeugt, der Parteitag würde in jedem einzelnen Falle, wo wir ihn ersuchen, für Hinterbliebene der Parteigestellten etwas zu thun, einstimmig unsere Forderungen bewilligen. Da kann doch die Gewährung von Zuschüssen kein Verbrechen sein. Nun zur Polenfrage! Ich kann mich nur dem anschließen, was Webel gesagt hat. Wir wollen die Hand zur Verständigung bieten, wir erkennen die Gleichberechtigung unserer polnischen Genossen rückhaltlos an, und weil wir das thun, kann ich auch den Standpunkt von Gogowski nicht billigen. Sein Standpunkt ist der aller derer, die sich mächtig und hart fühlen; dieselbe Erklärung, wie er abgegeben hat, hören wir ja auch stets von der katholischen Kirche den Protestanten gegenüber. Nein, die polnischen Genossen sollen nicht durch das laubische Joch gehen, sondern wir wollen uns mit ihnen verständigen auf der von Webel bezeichneten Basis. Rosa Luxemburg hat die Aeußerung eines polnischen Genossen zitiert, wir pfeifen auf die Beschlüsse der deutschen Genossen. Diese Aeußerung ist nicht in der schroffen Form und nur bedingt gethan worden.

Genosse Haase, der ja jetzt vom Schicksal schwer geprüft ist — er hat eine mehramonatlige Gefängnisstrafe abzuahen — hat eine Recht darauf, daß seine Aeußerung richtig wiedergegeben wird. Ich habe von ihm eine Erklärung hier, in der er die betreffende Stelle seiner Rede wie folgt wiedergibt: „Ich bin allerdings der Meinung, daß auch der Lübecker Parteitag nicht das mindeste Recht hat, darüber zu befinden, ob wir als selbstständige Organisation bestehen sollen oder nicht. Darüber zu beschließen sind wir allein berechtigt. Im Interesse der internationalen Solidarität darf man auch erwarten, daß der Lübecker Parteitag keine Beschlüsse fassen wird, die das als programmäßig garantierte und von der deutschen Sozialdemokratie stets mit Nachdruck betonte und beständige Prinzip des „Selbstbestimmungsrechts“ aller Völker verletzen würden. Sollte aber der Parteitag allen Traditionen der deutschen Sozialdemokratie entgegen Beschlüsse fassen, die in unsere Selbstständigkeit und in unser Selbstbestimmungsrecht hineingreifen, so würden wir auf derartige Beschlüsse pfeifen.“

Es liegt mir durchaus fern, etwa den hier entwickelten Anschauungen Haases beizutreten, aber ich muß ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen, damit nicht die Herren, die Miettracht säen wollen, aus diesem einen Saß neues Werkzeug für ihr brautiges Handwerk holen. Ich wollte mich in dieser Sache nicht lassen, da ich ja, wie Sie verstehen werden, noch einige persönliche Angelegenheiten zu besprechen habe. (Heiterkeit.) Aber ich werde erlucht, noch über den Fall Kasprzak zu reden. R. wurde vor etwa zehn Jahren aus einer polnischen Organisation ausgeschlossen. Sie wissen, daß es sich um eine geheime Bewegung handelt, die vom Ausland aus geleitet werden muß. Und welche ungeheueren Schwierigkeiten damit verknüpft sind, brauche ich nicht erst auszuführen. Ebenso ist uns allen bekannt, wie gerade in der Emigration Zerwürfnisse mitunter beim besten Willen unterlaufen; es sind da schon Personen in schwerster Weise verdächtigt worden, und die Anschuldigungen haben sich nachher als vollständig unrichtig herausgestellt. Seit jenem Beschlusse sind zehn Jahre ins Land gegangen, und nichts ist gegen Kasprzak bewiesen worden außer der einen Thatsache, daß er mal irgendwo aus der polnischen Bewegung ausgeschlossen

worden ist. Die Genossin Luxemburg mag entschuldigen, wenn ich sie als Beispiel dafür anführe, wie schwer es ist, derartige Anschuldigungen zu widerlegen. Jetzt ist nicht, so ist Rosa Luxemburg aus irgend einer polnischen landesmännischen polnischen Organisation auch mal ausgeschlossen. Auf dem Züricher internationalen Kongress soll darüber geredet sein. Wenn nun aus diesem Grunde irgendwo die Behauptung aufgestellt wird, die Rosa sei nicht ganz lücker (Große Heiterkeit), so beweist das doch nichts. Es beweist das doch höchstens, wie unmöglich es ist, auf Grund derartiger vager Anschuldigungen gegen Genossen in der Weise vorzugehen, wie wir gegen Kasprzak vorgehen sollten.

Genosse Braun hat, da er zur Begründung seines Antrages nicht viel zu sagen wollte, Veranlassung genommen, Ihnen mitzutheilen, daß aus dem Parteibureau Briefe geschrieben werden. Das kommt thatsächlich vor. (Heiterkeit.) Im Laufe des Jahres werden sogar etliche Tausende von Briefen geschrieben. Nur sind dieselben in der Regel nicht so holperig stilisiert, wie Braun, der spricht, wie er schreibt (Heiterkeit), ihren Inhalt hier vorgetragen hat. Stilistisch so ungeschickte Briefe schreiben wir nicht; inhaltlich mögen ja die Angaben stimmen. Durch die Ausführungen von Braun ist mir eines klar geworden; er hat meine diesjährigen Sommerferien dadurch gestört, daß er mir Artikel von sich zugesandt hat. (Heiterkeit.) Ich konnte mir nicht erklären, was das zu bedeuten hat, bei aller Freundschaft, die uns beide verbindet (Heiterkeit), konnte ich keinen vernünftigen Grund für diese Aufmerksamkeit finden. Jetzt ist es mir klar. Braun trauete damals schon, daß er hier die Rede halten würde, in der er die Anschaffung eines Kaufstempels für das Parteisekretariat empfiehlt, und um Material für diese Rede zu gewinnen, hat er mir seine Letztartikel geschickt. (Erneute Heiterkeit.) Ich sollte mich darüber äußern. Der Zweck ist nicht erreicht worden, über dem Lesen der Artikel bin ich eingeschlafen. (Große Heiterkeit.) Dann habe ich vergessen, zu antworten, und so hat er seinen Zweck nicht erreicht. Damit ist diese Frage erledigt. Ob der Vorstand Kaufstempel anschaffen wird oder nicht, weiß ich nicht. Ich bin mit Unterbrechungen länger als 20 Jahre in der Parteileitung thätig, wir haben nie einen Stempel gehabt, und es ist auch so gegangen. Sollte er später gebraucht werden, Gott, das können Mähe kriegen wir auch noch fertig.

Nun zu einer ernstern Angelegenheit! Der Parteibeamte, von dem bei der Frage der Mitarbeit an den „Sozialistischen Monatsheften“ die Rede war, bin ich. (Auf: Leider!) Ich habe keinen Anlaß, das zu bemängeln, außer dem waren ja einzelne Genossen offen genug, meinen Namen zu nennen. Daß ich Parteibeamter bin, weiß ich. Ich bin mir auch meiner subalternen Stellung gegenüber der Volkshoheit, die Sie repräsentieren, durchaus bewußt. Ich weiß, daß diese meine Stellung als Parteibeamter mir Pflichten auferlegt, die ich, soweit meine Kräfte reichen, auch erfüllt zu haben glaube. Aber recht angenehm ist das ewige Erinnern daran, daß man Parteibeamter ist, wo doch zwischen den Zeilen immer das Wort „besolde!“ steckt, gewiß nicht. Jemanden gewissermaßen mit Stockschlägen auf den Magen an seine Parteipflicht zu erinnern, hat immer etwas Mißliches. Ich bin überzeugt, viele haben nicht daran gedacht, aber manche haben daran gedacht. Ich muß mich schuldig bekennen, an den „Sozialistischen Monatsheften“ mitgearbeitet zu haben. Ich habe für die „Neue Zeit“, so lange sie besteht, bisher nur einen Artikel, für die „Sozialistischen Monatshefte“ vielleicht ein halbes Duzend geschrieben, aber mehr sicher nicht. Das hängt ganz eigenhümlich zusammen, ich gehöre von Haus aus nicht — entschuldigen Sie den Ausdruck — zum Federwich, meine Sache ist es nicht, literarisch thätig zu sein. Allerdings hat es eine Zeit gegeben, wo ich des lieben Brotes willen versuchte, literarisch thätig zu sein, die angenehmste Zeit meines Lebens war das nicht. Auch heute noch habe ich sehr selten das Bedürfnis, mich

schristlich zu äußern, an der Literatur leide ich nicht. Leute wie ich be-
 dürfen der Anregung, wenn sie mal zur Feder greifen sollen. Und da geht
 sich allerdings der Unterschied zwischen der Redaktion der „Sozialistischen Monats-
 hefte“ und der „Neuen Zeit“. Mag sein, daß das daßer kommt, weil an
 der Spitze der „Sozialistischen Monatshefte“ ein Vertreter steht, der seiner
 Stammesangehörigen nach zu dem beweglichen Element gehört, während das
 an der „Neuen Zeit“ nicht der Fall ist. (Geiterleit.) Natürlich bin ich bei
 der Redaktion der „Neuen Zeit“ nur zweimal aufgefordert worden, über einen
 bestimmten Gegenstand zu schreiben, das erste Mal vor langen Jahren durch
 Dieb, der von mir einen Artikel über das Schnapsmonopol wünschte. Ich war
 bewegen genug, ihn zu schreiben, er hat nichts gekaut (Geiterleit), welche
 Caaslematik reicht dazu nicht aus, aber geschrieben habe ich ihn. Später
 hat mich Kautsky aufgefordert, den Petrolog für Diebnecht zu schreiben, und
 da habe ich in der Freundschaft, in der Kautsky und ich zu einander stehen und
 hoffentlich bis ans Ende unseres Lebens stehen werden, ihm gesagt: Lieber Karl,
 das ist keine Aufgabe für mich, der bin ich nicht gewachsen. Zu einem Petrolog
 für Diebnecht mußt Du Dir eine andere Feder suchen. Bei anderer Gelegenheit
 bin ich bereit, Dir entgegenzukommen. Ich habe auch noch andere Gründe
 privater Natur angeführt. Von einem Wehnen der Mitarbeit an der „Neuen
 Zeit“ überhaupt kann keine Rede sein. Freiwillig habe ich auch für die „So-
 zialistischen Monatshefte“ nichts geschrieben. Aber Bloch sitzt einem im Nacken
 wie der Teufel einer armen Seele (Geiterleit), er läuft und rennt und schreibt,
 daß man schon, um ihn endlich los zu werden, sagt: Na, in drei Teufels Namen,
 ich thu es. Und so ist es denn gekommen, daß ich etwa sechs Artikel für die
 „Sozialistischen Monatshefte“ geschrieben habe. Das reut mich nicht, wenn
 auch solche Artikel darunter sind. Speziell Webel weiß ja, daß er mir in offter
 Liebe und Freundschaft sagte: Weist Du, der Artikel, den Du jetzt geschrieben
 hast, ist herzlich schlecht. (Geiterleit.) Das war der Dank dafür, daß ich ihn
 vorher in einem Artikel zu seinem 60. Geburtstag ganz ordentlich gelobt hätte.
 (Kamerade Geiterleit.) Aber darauf mache ich aufmerksam, daß ich über alle die
 Partei bewegenden theoretischen Fragen auch keine Zeile geschrieben habe, ich werde
 auch hüten, mich in den Streit unserer Kirchenräter einzumischen. (Geiterleit.)
 Nein, dazu bin ich ein viel zu alter und schlauer Fuchs (Große Geiterleit),
 als daß ich derart unproduktive Arbeit leistete. Ich habe da meine Meinung,
 wenn ich gepreßt werde, äußere ich mich auch über diese Frage, im Großen
 und Ganzen aber stehe ich auf dem Standpunkt, daß man in Fragen, über
 die man nicht völlig beschlagen ist, auch nicht in die Diskussion eingreifen soll.
 Zu meinem letzten Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ über den
 Parteitag bin ich ebenfalls gedrängt worden, ich habe ihn geschrieben und es
 tut mir nicht leid. In der Parteipresse ist er ohne Kritik abgedruckt worden,
 ich darf daher wohl annehmen, daß die Redaktionen geglaubt haben, durch seine
 Wiedergabe den Genossen einen gewissen Genuß zu bereiten. (Geiterleit.) Daß
 mich die Parteigenossen, die den Genuß gehabt haben, mich nun ausgänken, begreife
 ich nicht. (Geiterleit.) Ich gestehe, daß ich diesen Artikel viel lieber schrieb,
 als alle früheren, mit Ausnahme desjenigen zu Webels Geburtstag, denn über
 die Dinge, die ich darin behandelt habe, darf ich mir, gestützt auf meine lang-
 jährige Parteithätigkeit, ein gewisses Urtheil erlauben. Wäre die Aufforderung,
 mich über diese Dinge zu äußern, von der Redaktion der „Neuen Zeit“ ge-
 kommen, nicht einen Augenblick hätte ich gehäwankt, sondern Ja gesagt. Diese
 Aufforderung ist nicht gekommen, und ich mache Kautsky nicht den geringsten
 Vorwurf daraus, denn er hat für den Parteitagartikel seinen langjährigen,
 selbstverständlichen Mitarbeiter in der Person von Webel, der auch diesmal den
 betreffenden Artikel geschrieben hat. Es konnte mir gar nicht einfallen, mich
 aufzulassen und von der „Neuen Zeit“ zu verlangen, daß sie von mir noch

extra einen Artikel bringt. Ich hätte das schon deshalb nicht gethan, weil ich ja
 sonst fürchten mußte, das Defizit noch zu vergrößern. (Geiterleit.) Wünscht
 aber Kautsky, daß ich für den nächsten Parteitag, wenn wir noch leben und ge-
 sund sein sollten, den Artikel schreibe, mit Kuffhandl Die Aufregung einzelner
 Genossen, als ob wer weiß was in der Partei geschehen wäre, den immer sich
 wiederholenden Hinweis auf den Parteideamten Auer, der sich dieses Verordens
 schuldig gemacht hat, begreife ich ja. Die Zahl derer, die vom Entstehen der
 „Monatshefte“ und ihres Vorgängers, des „Akademikers“, an sich zur Mitarbeit
 bereit erklärt haben, ist eine sehr große, und die besten Namen, die die Partei
 aufzuweisen hat, befinden sich darunter. Der Name Auer fehlt allerdings in
 den ersten Listen der Mitarbeiter, nicht etwa, weil ich ein Feind derartiger
 Unternehmungen wäre in dem Sinne, daß ich der freien Meinungsäußerung,
 wenn sie sich nicht innerhalb der Schablone der Parteiorganisation vollzieht, die
 Möglichkeit der Eritenz absprechen will, sondern weil ich bei der Gründung
 des „Sozialistischen Akademikers“ gar nicht gefragt bin, ob ich mitarbeiten will.
 Meine schriftstellerischen Fähigkeiten sind von den Grimbern mit Fug und Recht
 so gering eingeschätzt worden, daß sie sich sagten: Ach, den Auer brauchen wir
 nicht erst zu fragen, der versteht davon doch nichts. (Geiterleit.) Ich bin auch
 als erster im Parteivorstand gegen die Aufnahme des „Sozialistischen
 Akademikers“ in die Liste der offiziellen Parteiorgane gewesen, und zwar weil
 ich mir sagte, wenn der „Sozialistische Akademiker“ seinem Programm ent-
 sprechend gehalten werden soll, so müssen mit innerer Nothwendigkeit Reibereien
 in der Partei entstehen insofern, als die einen oder anderen sagen: Das können
 wir nicht billigen, das sind Meinungen, die offiziell von der Partei nicht gedeckt
 werden können. Das habe ich im Parteivorstand geltend gemacht, und daraufhin
 haben wir einstimmig beschlossen, das Blatt nicht in die Liste aufzunehmen. Man
 hat damals diese meine Stellungnahme in den Kreisen der Akademiker sehr un-
 günstig beurtheilt. Mit Unrecht, denn nie war ich ein Gegner derartiger Unter-
 nehmungen. Aber die offizielle Verantwortlichkeit dafür durch Aufnahme in die
 offizielle Liste hielt ich damals für falsch, und würden die „Sozialistischen
 Monatshefte“ heute die Aufnahme beantragen unter der Bedingung, daß sie ihre
 bisherige Haltung weiter beobachten wollen, so würde ich auch heute wieder er-
 klären: Nein, das können wir nicht. Ich bin ein ganz entschiedener Anhänger
 der freien Meinungsäußerung. Wir stehen nicht die glänzenden Worte zur
 Verfügung und der feierliche Ernst, mit dem wir gestern einen Lobgesang auf
 das Recht der freien Meinungsäußerung in und außerhalb der Partei zu hören
 bekommen haben, sachlich aber bin ich einer der entschiedensten Vertreter des
 Rechtes der freien Meinungsäußerung, und ich wünsche nur, daß man bei den
 Diskussionen diejenigen Formen und Normen wahren möge, die für den Ver-
 kehr unter Genossen angebracht sind. Aber den Folgerungen, die nach der
 glänzendsten Rede für das Recht der freien Meinungsäußerung hier noch immer
 gezogen worden sind, kann ich mich nicht anschließen. Ich bin bei diesen Plati-
 doyers den Eindruck nicht losgeworden: Ganz sauber ist die Sache nicht, es steht
 etwas dahinter. Ja, die freie Meinungsäußerung für die Sache, der man selbst
 angehört, die verlangen alle, auch die Stodkonserverativen. Eine derartige Forde-
 rung soweit zu erheben, als man sie selber braucht, das ist noch keine Aner-
 kennung des Rechtes der freien Meinungsäußerung. Dies Recht muß in vollem
 Umfange auch für die Kritik des Gegners anerkannt werden. Nun frage ich Sie,
 was kommen wir hin, wenn der Grundsatz gelten soll, der früher nie in der
 Partei gegolten hat, daß derartige freie literarische Organe, wie die „Soz.
 Monatshefte“ es sind oder die „Deutschen Worte“ des Genossen Bernerstorfer,
 aber wie es vor dem Sozialistengesetze die neben dem offiziellen, wissenschaft-
 lichen Organ: „Die Zukunft“ bestehende „Neue Gesellschaft“ war, von Partei-
 schriftstellern nicht mehr benutzt werden dürfen? Wo kämen wir hin, wenn der

Grundgesetz: Meinungsfreiheit im vollen Umfange, aber die Blätter werden angeschlossen, in die da schreiben darf" (Heiterkeit). Das reiche Best wird vollkoffert. Wie die „Sozialistischen Monatshefte“ darf nicht geschrieben werden. Da fällt mir jener Wiener Censur ein, bei dem sich ein Schriftsteller beklagte. Wissen Sie, man verliert ja alle Lust zu schreiben unter solchen Verhältnissen. Und da antwortete der Censur: Über ich bitte, Herr Doktor, Sie befinden sich in einem höheren Verstand; Sie können schreiben, was Sie wollen, nur für's Verstandlichen brauchen Sie unsere Erlaubnis. (Stoße Heiterkeit.) In dieselbe Lage können wir, wenn wir einen solchen Grundhieb gelassen lassen wollten. Also man schickt die Artikel nur noch an Kautsky, der untersucht sie auf die Doktrin, auf die Tendenz, stellt fest, daß die Wahrheit der Bewegung gestützt wird, daß die Anschauung unzulässig ist, und wenn ich den günstigsten Fall rechne, dann hängt er ein Schwänzchen an, im ungünstigsten Falle aber sagt er, das ist ganz unwissenschaftlich gedacht, das veröffentlichte ich überhaupt nicht. Ich begreife durchaus die außerordentliche Schwierigkeit, die die Redaktion eines offiziellen wissenschaftlichen Organs bietet; aber eben, weil ich sie anerkenne, halte ich auch Unternehmungen und Blätter für notwendig, wie wir sie in den „Monatsheften“ haben. (Sehr wahr!) Die ganze große Aufregung aus den Kreisen der Genossen ist, die Empfindung habe ich, besonders hervorgerufen worden durch die Mittheilung über das Defizit der „Neuen Zeit“. Einzelne Redner nannten es geradezu ungeheuerlich, daß man, wo die „Neue Zeit“ Rathenbe von Marx an Defizit hat, Konkurrenzunternehmen unterstützen könne. Das Defizit hat es Ihnen angethan, und Vollmar hat den Schluß daraus gezogen, daß die „Neue Zeit“ in der Dekrete sei. Ich wundere mich, daß von anderer Seite kein Wort der Aufklärung gekommen ist. So bin ich es den Genossen schuldig. Das Defizit der „Neuen Zeit“ ist keine neue Erscheinung, auch nicht in der allgeheiligsten Höhe. Die „Neue Zeit“ hat seit der ersten Stunde ihres Erscheinens bis heute noch keinen Jahrgang gehabt, in dem sie nicht Defizit gemacht hätte, und ich fürchte, das wird auch noch in der Zukunft so bleiben. Die Höhe des Defizits hat differirt, im ersten Jahre betrug es mit den Einführungskosten 18 000 M., der niedrigste Betrag war 7000 M. — Im Jahre 12, 11, 10, 9000 M. Defizit gehabt. 10 000 M., das wäre so die Mittellinie. Deshalb ist es ganz falsch, von einem Rückgang der „Neuen Zeit“ zu sprechen. Der Abonnentenstand der „Neuen Zeit“ ist gewiß heute nicht so hoch, wie er gewesen ist. Aber es dreht sich dabei um wenige Hundert Abonnenten. Ihr Abonnentenstand beträgt heute 8400 (Gerisch: 8280), aber über 2000 ist sie noch nie weit hinauskommene. Ein Nachweis dafür, daß seit dem Erscheinen der „Sozialistischen Monatshefte“ die „Neue Zeit“ wesentlich gehitren habe, läßt sich absolut nicht führen. Auch in seinem Jahre hat die „Neue Zeit“ die Papier, ihren Druck und das aus den Erträgen bezahlt; auch in der Kampfperiode nicht. Redaktion und Mitarbeiter werden durch die Einnahmen aus dem Abonnement gedeckt. Auch die frühere Gesellschaft mit Dietz zusammen hat immer Zuschüsse geleistet. Aber auch damals war die „Neue Zeit“ de facto im Partei-Eigenthum, nun ist sie es auch de jure. (Stoße Heiterkeit.) Ich hoffe, daß diese Darstellung doch den einen oder anderen Delegierten beruhigen wird. Wenn Sie das Defizit jetzt schon in Aufregung setzt, was würde erst geschehen, wenn die „Sozialistischen Monatshefte“ nicht mehr heraus zu werden dürfen, und alle die zahlreichen Mitarbeiter ihre manchen Mal recht langen, ich sage nicht langweiligen Artikel, nicht mehr in den „Monatsheften“ abdrucken dürften, wenn dieser ganze Anwalt von Manuskripten die „Neue Zeit“ trübe. Das Verdoppeln des Umfangs reicht nicht aus, und für das Besondere einer theureren Neuauflage fehlen unseren Arbeitern die Mittel. Das Defizit würde mindestens auf die doppelte Höhe steigen. (Hoffmann: Die „Neue Zeit“ soll aus nicht doppelt werden!)

Es ist auch nicht überraschend, daß die „Neue Zeit“ sich in dieser Lage heute noch so wie am ersten Tage befindet. Das ist das Schicksal aller Revuen, die nur für bestimmte Zwecke erscheinen und nicht auf das Censationsbehrlirnis einer gewissen Leserschaft berechnet sind. Sie theilt das Schicksal mit allen Ihren Kollegen, die „Sozialistischen Monatshefte“ nicht ausgenommen. Ich stehe der Firma Edelheim und den Herausgebern der „Monatshefte“ nicht so nahe, um zu wissen, wie es in ihren Büchern aussieht; aber Gerüchte laufen doch um, die die Meinung, Edelheim habe die Partei mit seinen Büchern überhördnet und solche Missgeschäfte, als recht falsch erscheinen lassen dürften. Ohne in die Details eingemeißelt zu sein, bin ich überzeugt, daß die Firma Edelheim sehr hoch wäre, wenn sie das Defizit für die „Sozialistischen Monatshefte“ nur in dem Maße zu bedenken hätte, wie wir das Defizit für die „Neue Zeit“ bedenken.

Als alter Kampfgenosse möchte ich zum Schluß noch einige Worte an Sie richten. Es ist sentimental, aber wenn es mich drückt, muß es heraus. Ich kann nicht verschweigen, daß es mich schmerzlich berührt, wenn auch diesmal wieder, wenn auch nicht in der Größe wie auf dem Parteitage in Hannover, von der Richtung, die von den anderen als die besonders geliebte und „unentwegt“ hingehört wird, immer wieder direkt oder indirekt der Ton angeflissen wird. Wenn es nicht anders ist, dann muß der Bruch eintreten, dann müssen wir aus einandergehen, dann mag es heißen: hier rechts, hier links, so kann es nicht weitergehen.“ (Lebhafte Zustimmung von allen Seiten der Versammlung.) Ich stehe seit 30 Jahren in der Partei, ich nehme für mich in Anspruch, so gut und so weit meine Kräfte reichen, im Dienste der Partei zu allen Zeiten und unter allen Verhältnissen meine Pflicht erfüllt zu haben, so gut wie alle Anderen. Da thut es weh, wenn einem immer wieder, wenn auch nur durch die Klänge, zu vernehmen gegeben wird: Ihr Wirt nicht mehr mit, das ist eine andere Richtung. Ich meine, für die Beurtheilung des Mannes kommt doch vor allen Dingen in Betracht, wie er in Zeiten der Gefahr, wo es auf den Mann ankommt, sich bewährt hat. Da möchte ich doch an meine alte Kampfgenossen einmal die Frage stellen, an diejenigen, die mit solchen Drohungen immer spielen: wann und wo seid Ihr in die Bresche getreten, um mit Aufgebot der letzten Kraft die Partei und ihre Interessen zu vertreten, und ich war nicht in Eurer Mitte? (Wiederholte lebhafteste Zurufe.) Wann und wo hat es Wunden im Kampfe gegeben, in dem mein Blut sich mit Euerem Blut nicht gemischt hätte? Was ich hier für mich ausspreche, spreche ich auch für viele Andere aus. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Art und Weise, immer mit solchen Drohungen zu kommen, das ist nicht wohlgefallen. Ich für mich würde sie vielleicht nicht besonders ernst und tragisch nehmen, ich für mich empfinde sie zwar unangenehm, aber ich würde sie ertragen, wie wir alle miteinander eben uns gegenseitig ertragen müssen, aber derartige Dinge führen zu Mißverständnissen nach außen und sind deshalb für Parteigenossen nicht wohl angebracht. (Sehr richtig!) Ich sage: ich nehme diese Drohungen nicht so tragisch, ich glaube nicht daran. Ich befinde mich da — und damit will ich schließen — in der Situation des Durchein, dem sein Demut die Liebe hindert und der ihr aus diesem Anlasse gerucht:

Auf einmal auseinander,
Dandl, daß nicht net thoa,
Bleiben wir weita bei einanda,
Schau, was thutst dem alloa?

(Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Herrn Augustin: Ich bin nicht aus einer polnischen Organisation ausgehoben, sondern eben nur von jener Sondergruppe, der ich aber nie angehört habe. Daher möchte ich als Vertreterin der Stadt Ratowisch dem Ges

nossen Kuer sagen, daß man sich dort mit der Absicht trägt, ihn zum Ehrenbürger von Rawitsch zu ernennen. (Heiterkeit und Bravo!)

Kantsky: Kuer wird mir zugeben, daß ich wiederholt den Wunsch ausgesprochen habe, er möge mitarbeiten, aber jedesmal glaube ich aus seinen Bemerkungen herauszuhören, daß er mir keine Gegenliebe schenkt. Immer sagte er, er sei kein Schriftsteller, er passe nicht unter die Kirchengäuter. Die Antwort mag sehrzähft gewesen sein, ich habe sie aber ernst genommen. Nach seinen heutigen Erklärungen muß ich sagen, daß ich ihn mißverstanden habe. Ich nehme ihn beim Wort, und er kann sicher sein, daß er von uns jetzt so getreten wird, daß ihm Hören und Sehen vergeht. (Heiterkeit.)

Wolff Hoffmann-Berlin: Ich habe nicht gesagt, daß ich die Meinungsäußerung einschränken will, sondern mich nur gegen einen Boykott der „Neuen Zeit“ durch die Genossen gewandt. (Allseitige Zustimmung.)

Wolff Braun-Münberg: Gegen die Summe persönlicher Bemerkungen, die Kuer mir freundschaftlich gewidmet hat, mich zu wenden, ist mir unmöglich. Ich nehme nur eine heraus. Die von mir an Kuer gesandte einzige Zeitungsnummer enthält einen Artikel, der die Antwort auf seinen Brief war. Wer mit Kuer hadeln will, muß gefaßt sein, ein Opfer seines laugscharfen Bites zu werden. Ich habe mitgelacht, mehr wie irgend einer auf dem Parteitag.

Gerisch erhält das Schlusswort zur Debatte über den Kasernenbericht: Ich werde Sie nicht lange in Anspruch nehmen, sondern habe nur einige tatsächliche Mängelstellungen zu machen. Es ist vom Genossen Wolff bestritten worden, daß die Bochumer Genossen früher mit der Gründung eines Zentralblattes einverstanden waren. Die Sache ist so, daß den Bochumer Genossen vom Parteivorstand mitgeteilt wurde, daß der jetzige Zustand nicht mehr länger aufrecht erhalten werden könne. Sie waren damit auch einverstanden, äußerten sich auch nicht dagegen, und erst in letzter Zeit haben sie dagegen Einspruch erhoben. Wichtig zu stellen ist ferner in der Bochumer Unterstützungsangelegenheit, die auch den Kontrollleuten vorlag, daß der betreffende Genosse zu der Zeit, da er die Unterstützung empfing, ihrer nicht unwürdig war. Auch die Bochumer Genossen sind erst später zu einer anderen Auffassung gekommen. Was den Vorschlag Frohne's betrifft, so halte auch ich es für wünschenswert, daß festgelegt wird, wie viel organisierte Parteigenossen wir in Deutschland haben. Aber eine solche Statistik werden wir in zehn Jahren noch nicht komplett haben. War es doch nicht einmal möglich, wie ich schon ausführte, von den wenigen Parteiverlegern Angaben über die Auflage der Parteipresse zu erhalten. Was soll da erst geschehen, wenn wir uns an Tausende von Leuten zu wenden haben. Es sollte mich sehr freuen, wenn wir eine solche Statistik bekämen, aber die Erfüllung dieses Wunsches können wir noch lange Zeit vertagen. Den Antrag 94 des Genossen Emmel, betreffend die Kauktion für die „Mülhauser Volkszeitung“, bitte ich dringend abzulehnen. Es handelt sich da nicht bloß um die Genehmigung der Kauktion von 20 000 M. Wenn das Blatt bisher bestehen konnte, so doch nur, weil es ein Kopfbblatt ist und die Herstellungskosten sehr niedrig sind. Wenn das aufhört, werden auch die Kosten höher. Den Antrag 98 des Genossen H. Hoffmann bitte ich dagegen anzunehmen. Es ist nötig, daß auch der Parteitag dem Vorstand einen Rückhalt gibt, wenn er genötigt ist, sich gegenüber unüberlegten Gründungen ablehnend zu verhalten. Nun noch einige Worte zu dem Antrage, wonach für die nächste Zeit genaue Vorechnungen über die „Neue Zeit“ im Berichte des Vorstandes aufzunehmen sind. Das sollte eigentlich schon in diesem Jahre geschehen. Als aber über diese Frage entschieden werden sollte, waren nicht alle Mitglieder des Vorstandes beisammen und da Meinungsverschiedenheiten bestanden, so unterließ diesmal noch die Aufnahme. Nächstes Jahr wird der Vorstandsbereich genaue Nachweisungen über die „Neue Zeit“, die „Wolffheit“ und den „Wahren Jakob“ ebenso enthalten, wie bisher über den

„Vorwärts“. Ich kann aber heute schon bekannt geben, daß im Rechnungsjahre 1901/1902 für die Redaktion der „Neuen Zeit“ 17 500 M. aufgewendet wurden. Davon entfielen 10 000 M. auf die Redaktion, die natürlich aus mehreren Personen besteht, und 7000 M. auf die Mitarbeiter. Was über die früheren Defizite zu sagen ist, hat Kuer schon ausgeführt.

Es wird zur Bestimmung geschritten.

7. Ein glied seinen Antrag infolge des von Gerisch gegebenen Aufschlusses zurück.

Zunächst wird den Partei-Instanzen auf Antrag der Kontrollkommission einstimmig die Farge für die Geschäftsführung des letzten Jahres erteilt.

Der Antrag 98 wird angenommen, Antrag 99a abgelehnt. Antrag 99b dem Vorstand zur Erwägung überlesen, Antrag 9 (Münberg) abgelehnt.

Von den Anträgen zur Polenfrage gelangt die Resolution der Genossen Lugenburg (91), in Verbindung mit dem Amendement Debel (95) zur Annahme.

Die Anträge 12, 13, 14 und 15 sind dadurch erledigt.

Auf Vorschlag von Singer wird der vorgerückten Zeit wegen der nächste Punkt der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Tätigkeit, nicht mehr in Angriff genommen, sondern werden noch einige kleinere Angelegenheiten erledigt.

Geest-Dremen erstattet den Bericht der Beschwerdekommision, der die Beschwerde des Genossen Jahn-Berlin überwiesen wurde. Jahn war als Berichterstatter für den „Vorwärts“ und auch rednerisch für die Partei thätig. Er erkrankte später und es war ihm nicht mehr möglich, seinen Verpflichtungen zur Zufriedenheit der Parteigenossen nachzukommen, so daß er seines Postens als Berichterstatter für den „Vorwärts“ enthoben wurde. Er hat sich später beschwerdebeführend an den Wahlverein des 3. Wahlkreises gewendet, der jedoch die Entscheidung der Prekominmission mit Rücksicht auf die moralischen Qualitäten Jahn's billigte. Gegen diese Entscheidung wurde Beschwerde beim Parteivorstand erhoben; dieser hat die Entscheidung bestätigt. Darauf hat sich Jahn an die Kontrollleure gewendet, die ihn jedoch ebenfalls ableisten. Nun ist er an den Parteitag gekommen. Was die Beschwerdeschrift an sich betrifft, so ist sie in einer Form gehalten, daß sie schon bezwungen nicht geeignet wäre, berücksichtigt zu werden. Wir haben uns aber daran natürlich nicht gehalten. Aus dem Material jedoch, das uns Pfannkuch für den Vorstand und Melker als Vertreter der Kontrollleure vorlegten, sind wir zu der Entscheidung gekommen, der Beschwerde nicht stattzugeben. Die Entscheidungen der Partei-Instanzen sind durchaus gerechtfertigt und es muß gesagt werden, daß sich der Vorstand gegen Jahn durchaus nobel benommen hat. Ich beantrage, die Beschwerde zu verwerfen.

Pfannkuch-Berlin: Jahn bedurfte unseres Erachtens dringend der Erholung. Sein nervöser Krankheitszustand ging jedoch nicht so weit, daß ihm irgend eine Partei-Instanz die Parteithätigkeit unter sagt hätte. Die Sache ist so: Die Berliner lehnen es ab, die Verantwortung für die agitatorische Thätigkeit Jahn's zu übernehmen, und somit wir uns aus eigener Wahnehmung ein Urteil bilden konnten, ging dieses dahin, daß die Partei die Verantwortung für die fernere Thätigkeit Jahn's nicht mehr übernehmen kann. Seine moralischen Verpflichtungen für das fernere Fortkommen Jahn's hat der Parteivorstand bis zum Übermaß erfüllt und ich empfehle den Antrag der Beschwerdekommision.

Die Beschwerde Jahn's wird dem Antrage der Kommission entsprechend als unbegründet verworfen.

Singer schlägt nun vor, den Punkt Maifeier noch zu erledigen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Verhandlungen heute etwas länger dauern.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Hierzu gehört der Antrag 59.

Richard Fischer-Berlin: Ich glaube, der Gegenstand, der uns hier beschäftigt, rechtfertigt es, wenn ich — ohne weitere Begründung — Sie einfach bitte, unsere vorjährige Resolution einstimmig anzunehmen. In unserer Stellung zur Maifeier hat sich seit dem letzten Jahre ohnehin nichts geändert. Ich schlage Ihnen daher folgende Resolution vor:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weibefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Ich bitte, dieser Resolution Ihre Zustimmung geben zu wollen.

Die Diskussion hierüber wird eröffnet.

Windhoff-Düsseldorf begründet den Antrag 59. Die Maifeier hat auf den Parteitagen immer die wenigste Zeit in Anspruch genommen. Ich bin nun der Meinung, daß der Parteitag mit der Durchführung seiner Beschlüsse Ernst machen muß. Es genügt nicht, Versammlungen zu halten und Feste zu feiern. Um Remedur zu schaffen, ist es angebracht, daß von den Genossen in den einzelnen Orten mehr geschieht. In manchen Orten Westfalens ist von einer Maifeier gar nichts zu hören. Würden die Genossen energisch eingreifen, dann müßte die größte Mehrzahl der Arbeiter, die bei den Wahlen für die Sozialdemokratie stimmen, auch für die Arbeitsruhe eintreten. Resolutionen sind oft weiter nichts als Papierschiffe, die auf dem Papier stehen.

Müller-Görlitz ist ebenfalls mit der Art, wie die Maifeier jetzt in vielen Städten begangen wird, nicht einverstanden. Er nimmt aber nicht den Standpunkt der Düsseldorfser ein, sondern ist entgegengesetzter Meinung. Durch die Annahme noch so vieler scharfer Resolutionen werden wir keinen Schritt weiter kommen. Speziell wir in Schlesien können von unseren Gewerkschaftsorganisationen nicht verlangen, daß sie auf Einführung der Arbeitsruhe am 1. Mai drängen. In der Mitte der 90er Jahre wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Maifeier durch die Schaffung starker gewerkschaftlicher Organisationen zu ermöglichen sei. Die Organisationen sind inzwischen immer stärker geworden, aber gerade das Gegenteil der gegebenen Erwartung ist eingetroffen. In Breslau hat Webel gesagt, daß die Berliner Genossen die Durchführung der Maifeier den Gewerkschaften überlassen. Ich halte das für richtig und würde deshalb empfehlen, den letzten Theil der Resolution Fischer wegzulassen und es den Gewerkschaften zu überlassen, ob sie die Arbeitsruhe einführen wollen. Wenn das geschieht, so bin ich überzeugt, daß wir in einigen Jahren die Maifeier nicht mehr durch Arbeitsruhe begehen werden. Ich schließe mich der Meinung Wehling's an, daß unser bestes Demonstrationsmittel die Wahlen sind.

Spannkuch: Da es der Referent unterlassen hat, auf den Antrag 59 einzugehen, will ich einige Worte dazu sagen. Ich bitte, diesen Antrag abzuschließen und schließe mich dem Gedankengänge des Vorredners an. Die Maifeier wurde durch einen internationalen Beschluß festgesetzt. Wir Deutsche rechnen es uns als besonderes Verdienst an, daß wir die Maifeier in einer Weise zur Durchführung gebracht haben, wie sie unserer Arbeiterbewegung würdig ist; wir marschieren in dieser Beziehung an der Spitze aller Nationen. An den Be-

schlüssen zu rütteln halte ich für zwecklos. Aber ich meine, wir sollen auch nicht weiter gehen, als es die wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben, mit denen wir im Augenblick sehr zu rechnen haben. Zumerhin ist es gut, wenn auch der ideale Standpunkt zum Ausdruck gebracht wird und deshalb empfehle ich die Annahme der vorgeschlagenen Resolution.

Paul Hoffmann-Hamburg bittet ebenfalls den Antrag 59 im Interesse des Ansehens der Maifeier abzulehnen. Alle Ermahnungen nützen nichts, so lange nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeitsruhe erlauben. Sogar bei uns in Hamburg ist es vorgekommen, daß einzelne Gewerkschaften in Folge der schlechten Verhältnisse die Arbeitsruhe nicht durchführen empfahlen.

Deyer-Leipzig bittet um Zustimmung zu der Resolution. Die Maifeier soll auch in Zukunft so begangen werden, wie es die Partei bisher gethan hat. Man hat ja schon hören müssen, die Partei werde schließlich froh sein und es werde ihr ein Stein vom Herzen fallen, wenn sie die Maifeier auf die Gewerkschaften abwälzen könne und nicht mehr durchführen brauche. Spannkuch hat ganz recht, wenn er verlangt, daß die idealen Zwecke festgehalten werden müssen. Ich stimme dem Genossen Müller zu, daß die Maifeier in Schlesien selbstverständlich zur Zeit nicht durch Arbeitsruhe zu begehen ist; aber das beweist doch nichts gegen die großen Industriezentren.

Kots-Carlruhe: Die heutigen Reden zeigen, daß es mit der Maifeier vielfach nicht mehr so genau genommen wird, wie früher. Daran können auch die leidenschaftlichsten Reden nichts ändern, sie scheitern an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Es kommt darauf an, möglichst impotente Demonstrationen zu veranstalten und daß am Abend wenigstens ordentliche Versammlungen veranstaltet werden, also wenn die Feier, wie es vielfach der Fall ist, in ein ganz gewöhnliches Vergnügen ausartet. Die Sache sollte auf dem internationalen Kongreß besprochen werden.

Wels-Berlin: Tausende von agitatorisch thätigen Personen sind mit mir der Ueberzeugung, daß es so nicht weiter gehen kann. Ich begreife es mit Freuden, daß hier zum ersten Mal auf einem Parteitag die Diskussion darüber angeschnitten wurde. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, die Wege zu ebnen, daß die Gewerkschaften die Sache in die Hand nehmen. Es muß außerdem, daß die Gewerkschaften die Konsequenzen der Auslösung dieses Parteitagsbeschlusses durch den Einzelnen ziehen müssen und gezwungen sind, jährlich Tausende Mark auszugeben, die für den Lohnkampf weit besser zu gebrauchen sind. In England kümmert sich kein Mensch darum, und wir brauchen uns nicht zu schämen, wenn wir die Thatsachen offen besprechen.

Fischer-Berlin erhält das Schlußwort: Der Düsseldorfser Antrag ist unannehmbar, weil er in sich den Gedanken birgt, als ob unsere Resolution nur platonische Bedeutung hätte und es uns mit dem Gedanken der Arbeitsruhe gar nicht ernst sei. Wie die Dinge heute liegen und namentlich wie hier der Gedanke begründet wird, müssen wir uns auch dagegen wenden, daß die Maifeier-Veranstaltung einfach den Gewerkschaften überlassen werde. Die Maidemonstration ist durch die internationalen Kongreßbeschlüsse mit unserer Zustimmung beschlossen worden; es ist daher für uns ein Gebot der Pflicht gegenüber der internationalen Solidarität, an diesem Akt der Solidarität theilzunehmen. Und wenn jetzt Einzelne die Form der Arbeitsruhe beseitigen wollen, so können wir das nicht durch einen Beschluß des Parteitages, sondern dann müssen wir nächstes Jahr einen solchen Antrag an den internationalen Kongreß in Amsterdam richten. Denn die Erstrebung der Arbeitsruhe und die Unterstützung der Veruche dazu ist 1893 durch den internationalen Kongreß in Zürich ausdrücklich beschlossen worden. Genosse Wels ist auch im Irrthum, wenn er gegen die Arbeitsruhe sich ausspricht, weil sie durch den Zusatz: „soweit es ohne Opfer möglich ist“ ohnehin unwirksam gemacht sei. Dieser Passus ist in der

Resolution für nicht enthalten, weil wir von jeder den Standpunkt vertreten, die Massedemonstration müsse durchgeführt werden, auch wenn sie Opfer verlange; nur zu einer Kräftprobe zwischen wirtschaftlicher Macht der Unternehmer und der Arbeiterklasse wollen wir sie nicht werden lassen. Im Uebrigen aber wollen wir die Massedemonstration mit der Kraft und Geschlossenheit begreifen, wie es der Bedeutung unserer Partei im Reich und unserer Verknüpfung gegen die internationale Solidarität entspricht. Ich bitte Sie daher, die Resolution anzunehmen.

Die Resolution wird mit großer Majorität angenommen, der Antrag 50 dagegen abgelehnt.

Die Versammlung vertagt sich auf Mittwoch. Schluß 7 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 17. September. — Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Hallmar.

Eingegangen ist ein Glückwunschtelegramm von dem Internationalen Arbeiter-Verband in Genf.

Frau Weiß-Düsseldorf, deren Mandat vom Parteitag nicht anerkannt worden ist, hat das Original des Schriftstückes, durch das sie delegiert worden ist, dem Bureau vorgelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung liest

Rehner-Hamburg folgende Erklärung ab:

Die Neuherung Auer's vom Montag über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften ist mir erst nachträglich aus der „Münchener Post“ bekannt geworden. Es handelt sich dabei um meine Person. Die betreffende Neuherung, die mir von dem von Auer erwähnten hervorragenden Gewerkschaftsführer unterzeichnet worden ist, beruht auf Unwahrheit. Dieser hervorragende Gewerkschaftsführer — es ist der Leiter des Buchdruckerverbandes, Döblin — hat mich auf dem Saalberkühler Kongress sagen, daß ich meinen Widerspruch gegen die fortgesetzte Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge ausdrücklich als im Namen der Fraktion abgegeben bezeichnet hätte. Ich habe jedoch behauptet, daß ich im Namen der Fraktion spräche, noch habe ich meinen Widerspruch begründet mit dem Hinweis auf die Schädigung der Partei. Döblin hat aber seine Neuherungen nicht, wie Auer meinte, auf dem allgemeinen Gewerkschaftskongress gehalten, sondern auf der Generalversammlung des Buchdruckerverbandes. Ich habe sofort schriftlich gegen die Behauptung Döblin's protestiert. Döblin hat dann seine Behauptung eingeschränkt und nur aufrecht erhalten, ich hätte im Namen der Fraktion gesprochen. Mein Widerspruch war aber ein rein persönlicher. Ich habe nie die Reichstagsfraktion für meine persönliche Auffassung verantwortlich gemacht.

Es folgt nun Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Dazu liegen vor die Anträge 57, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 66a, 69, 72 und 108. Alle Anträge sind genügend unterstützt.

Berichterstatter Rosenow: Dem Parteitag liegt ebenso wie in früheren Jahren der Rechenschaftsbericht der Fraktion bereits gedruckt vor und ich glaube mich deshalb kurz fassen zu können, doch halte ich es für notwendig, einen Punkt besonders hervorzuheben. Es ist das jene Vorlage, die in der verflochtenen Session des Reichstages die wichtigste gewesen ist und die auch bei den kommenden Wahlen im Vordergrund stehen wird; es ist die Zolltarif-Vorlage. Von der wichtigsten und der bürgerlichen Presse ist uns der Vorwurf gemacht worden, unsere Fraktion habe sich bemüht, auf die Verschleppung der Verhandlungen über den Zolltarif hinzuwirken. Ich muß da gleich sagen: Wenn wir wirklich

so gehandelt hätten, so wäre es lediglich im Interesse der Wähler geschehen. Wir halten es für eine Misachtung der breiten Massen des Volkes, wenn die Regierung in einseitiger Weise solche wichtige Beschlüsse fassen läßt, ohne die Wähler zu befragen. Dennoch haben wir bisher keine Obstruktion getrieben, nicht weil wir das nicht wollen, sondern weil wir es nicht brauchen. Zur Verschleppung der Verhandlungen haben die Mehrheitspartei selbst am meisten beigetragen. Wenn gesagt wird, wir als Minoritätspartei hätten die Pflicht gehabt, uns in unseren Reden auf das Mindestmaß zu beschränken, so ist darauf zu erwidern, daß wir gar keine Ursache haben, uns unsere Redefreiheit auch nur im geringsten beschränken zu lassen. Wir haben uns denn auch in keiner Weise abhalten lassen, von der Freiheit, Anträge zu stellen und sie zu begründen, Gebrauch zu machen und haben verlust, durch unsere Anträge dem Tarif eine ganz andere Form zu geben.

Was bisher in der Kommission durch unsere Vertreter geschehen ist, war nur eine oberflächliche Prüfung, die eingehende Prüfung jeder einzelnen Position behalten wir uns für das Plenum vor. Wenn die Regierung solche Angst hat, der Tarif könne nicht rechtzeitig zu Stande kommen, ja, warum hat sie denn mit der Einbringung desselben so lange gezögert? Jahrelang besagte sie alle möglichen kapitalistischen Interessentengruppen, aber die Arbeiter wurden im wirtschaftlichen Ausmaß nicht gehört. Von Anfang an wurden die Agrarier umschmeichelt, niemals hat die Regierung die agrarischen Forderungen ernsthaft bekämpft. Hat sie doch sogar zu dem in der Manege des Fürst's Buchs verlangten 15 Mark-Zoll geschwiegen! So geriet die Regierung in eine Zwickmühle, den Agrariern sind die Zölle zu niedrig, den Monopolisten zu hoch. Daher das lange Zögern; erst infolge der Verkünderung des Tarifs über London sah sich die Regierung endlich veranlaßt, mit ihrem Entwurf hervorzutreten. Und nun sollen wir gewissermaßen im Rausch den ganzen Tarif annehmen! Rein, angesichts der Bucherpläne ist eine scharfe Opposition am Platze, zumal, da die Kommission Beschlüsse gefaßt hat, die auf eine noch weitere Vertehrung der Lebensmittel hinauslaufen. Diese Beschlüsse, welche Preissteigerungen des Fleisches, des Gemüses, des Viehes, der Würst, der Kartoffeln bewirken sollen und denen sich die Erhöhungen der Zölle auf Industrieerzeugnisse anschließen, müssen eine solche Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse herbeiführen und zwar lediglich im Interesse nur einer kleinen Clique innerhalb der herrschenden Klasse, daß unser Standpunkt dem Zolltarif gegenüber nur derselbe bleiben kann, den unser Fraktionsordner bei der ersten Lesung ausgesprochen hat mit den Worten: In die Grube mit diesem Entwurf. (Bravo!) Außer ihrem Interesse am Brotwucher haben die herrschenden Klassen für nichts mehr Interesse gezeigt, natürlich auch nicht für die Sozialpolitik. Das zeigte sich schon bei unserer Nothstandsinterpellation. Mit völlig leeren Händen stand man uns gegenüber. Die einzigen sozialpolitischen Schritte, die man in dieser Session getan hat, sind das Seemannsgesetz und das Gesetz über die Kinderarbeit. Die Seemannsordnung ist dabei aus den vorigen Sessionen herübergenommen und jetzt nur abgeschlossen worden. Dabei zeigt sie einen durchaus reaktionären Charakter. Niemals sind unsere Anträge so brutal niedergestimmt worden, wie hier. Wir stimmten deshalb auch in der Schlussabstimmung dagegen. Das Kinderarbeits-Gesetz ist in dieser Session überhaupt nicht weiter verathen worden. Es zeigt dabei große Unvollkommenheiten und Unzulänglichkeiten. Die Bekämpfung der Kinderarbeit besteht nicht bloß im Verbot der Kinderarbeit, sondern in der Verbesserung der Lage der erwachsenen Arbeiter, besonders in der Hausindustrie. Im Reichsamt des Innern scheint man sich einzubilden, die Arbeiter schäiden aus reinem Uebermuth ihre Kinder zur Erwerbserwerb. Es ist aber nur die bittere Noth, die die Eltern dazu drängt. Eine Verbesserung der sozialen Lage der Eltern ist eine der wirksamsten Bekämpfungen